EIDGENÖSSISCHE BANKENKOMMISSION
COMMISSION FÉDÉRALE DES BANQUES
COMMISSIONE FEDERALE DELLE BANCHE

Jahresbericht
Rapport de gestion

EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB

ARCHIV-EXEMPLAR

1987

EIDGENÖSSISCHE BANKENKOMMISSION
COMMISSION FÉDÉRALE DES BANQUES
COMMISSIONE FEDERALE DELLE BANCHE

Jahresbericht
Rapport de gestion

EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB
EBK CFB

1987

Herausgeber
Eidg. Bankenkommission
Editeur
Commission fédérale des banques

Marktgasse 37, Postfach 1211, 3001 Bern
Telefon 031 61 69 11
Telex 912 449
Telefax 031 61 69 26

Vertrieb
Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale
3000 Bern

Diffusion
Office central fédéral des imprimés et du matériel
3000 Berne

Inhaltsübersicht Seite

Deutsche Fassung 5

Verzeichnisse (Revisionsstellen und Anlagefonds) 69

Französische Fassung 129

Sommaire Page

Version allemande 5

Listes (institutions de revision et fonds de placement) 69

Version française 129

Inhaltsverzeichnis Seite

Abkürzungen 8

Bankenkommission und Sekretariat 9

I. Einleitung 11

II. Wesentliches in Kürze 12

III. Aufsicht über die Banken 14

1. Revision der Bankenverordnung 14
   1.1 Neue Liquiditätsvorschriften 14
   1.2 Geltungsbereich des Bankengesetzes 17
   1.3 Ausserbilanzgeschäfte 21
      1.3.1 Erhebung 21
      1.3.2 Studie des Institutes für schweizerisches Bankwesen 22

2. Rundschreiben 24

3. Praxis der Aufsichtsbehörde 25
   3.1 Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit 25
      3.1.1 Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken 25
      3.1.2 Marcos-Gelder 29
      3.1.3 Mitwirkung an Kursmanipulationen 30
      3.1.4 Geldwäscherei 31
      3.1.5 Kursschnitte 33
      3.1.6 Verletzung der Treuepflicht durch Angestellte 34
   3.2 Länderrisiken 35
   3.3 Bilanzwahrheit und -klarheit 36
   3.4 Anerkennung von leitenden Revisoren 38
   3.5 Umwandlung von Genossenschaftsbanken in Aktiengesellschaften 40

3.6 Bankähnliche Finanzgesellschaften 41
3.7 Prospekt für die Ausgabe von Notes 44
3.8 Ausländisch beherrschte Banken 45
3.8.1 Gegenrecht 45
3.8.1.1 Libanon 46
3.8.1.2 Japan 47
3.8.1.3 Liste der Gegenrecht bietenden Staaten 48
3.8.2 Konsolidierte Aufsicht 48

4. Revisionsaufwand bei Banken 49

5. Beziehungen zu anderen Behörden und zu Verbänden 53
5.1 Behörden des Bundes 53
5.2 Nationalbank 54
5.3 Ausländische Behörden 54
5.4 Verbände 56
5.5 Revisionsstellenkonferenz 56

6. Behandelte Geschäfte (Statistik) 57
6.1 Sitzungen 57
6.2 Verfügungen 57
6.3 Empfehlungen und Risikoverteilungs-Meldungen 58

7. Unterstellte Banken, Finanz- und Revisionsgesellschaften 58
7.1 Bestand Ende 1987 58
7.2 Erteilte Bewilligungen im Jahre 1987 59
7.3 Aufgabe der Geschäftstätigkeit 60

IV. Aufsicht über die Anlagefonds 61

1. Praxis der Aufsichtsbehörde 61
1.1 Bankinterne Sondervermögen 61
1.2 Europrogramme 61

2. Musterreglement für Wertschriftenfonds 62

3. Grenzüberschreitende Probleme 63
3.1 Internationale Beziehungen 63
3.2 Errichtung von Anlagefonds im Ausland durch schweizerische Banken 63

4. Behandelte Geschäfte 64

5. Entwicklung der Anlagefonds im Jahre 1987 64

V. Aufsicht über das Pfandbriefwesen 66

1. Überprüfung der Pfandbriefzentralen 66

2. Änderung der Pfandbriefverordnung 66

VI. Interna 67

1. Bankenkommission 67

2. Sekretariat 67

3. Rechnung 68

Abkürzungen

ABV	Verordnung (der Eidgenössischen Bankenkommission) vom 22. März 1984 über die ausländischen Banken in der Schweiz (SR 952.111)
AFG	Bundesgesetz vom 1. Juli 1966 über die Anlagefonds (SR 951.31)
AFV	Verordnung vom 20. Januar 1967 über die Anlagefonds (SR 951.311)
AuslAFV	Verordnung vom 13. Januar 1971 über die ausländischen Anlagefonds (SR 951.312)
BankG	Bundesgesetz vom 8. November 1934 über die Banken und Sparkassen (SR 952.0)
BankV	Verordnung vom 17. Mai 1972 zum Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen (SR 952.02)
PfG	Pfandbriefgesetz vom 25. Juni 1930 (SR 211.423.4)
PfV	Pfandbriefverordnung vom 23. Januar 1931 (SR 211.423.41)
ROG-EBK	Reglement vom 4. Dezember 1975 über die Organisation und Geschäftsführung der Eidgenössischen Bankenkommission (SR 952.721)
VSB 87	Vereinbarung vom 1. Juli 1987 über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken

Eidgenössische Bankenkommission

Präsident
Dr. iur. Hermann Bodenmann, Brig

Vizepräsident
Prof. Dr. iur. Alain Hirsch, Genf

Mitglieder

Dr. rer. pol. Amilcare Berra, Montagnola

Dr. iur. Silvio de Capitani, Zürich

Dr. iur. Paul Ehrsam, Zumikon (bis 31. Dezember 1987)

Prof. Dr. rer. publ. Peter Nobel, Zürich (ab 1. März 1988)

Prof. Dr. rer. pol. Hans Schmid, St. Gallen

Hans Wyer, Staatsrat, Visp

Sekretariat

Dr. iur. Kurt Hauri, Direktor

Fürsprecher Daniel Zuberbühler, stellvertretender Direktor, Rechtsdienst

Romain Marti, Vizedirektor, Bewilligungen

Kurt Lindegger, Vizedirektor, Revisorat

Dr. ès. sc. écon. André Cornu, Anlagefonds

Adresse

Marktgasse 37, Postfach 1211, 3001 Bern
Telefon 031/61 69 11, Telex 912 449, Telefax 031/61 69 26

I. Einleitung

Die Bankenkommission ist für die Beaufsichtigung von drei Bereichen des Finanzsektors zuständig. Es sind ihr zur selbständigen Erledigung übertragen die Aufsicht über die Banken (Art. 23 Abs. 1 BankG), die Anlagefonds (Art. 40 AFG in Verbindung mit Art. 23 Abs. 1 BankG) sowie das Pfandbriefwesen (Art. 39 PfG). Über ihre Aufsichtstätigkeit hat die Bankenkommission dem Bundesrat mindestens einmal jährlich Bericht zu erstatten (Art. 23 Abs. 3 BankG). Mit dem vorliegenden Bericht kommt sie dieser gesetzlichen Pflicht für 1987 nach.

Die Berichterstattung befasst sich insbesondere mit den im abgelaufenen Geschäftsjahr behandelten bedeutungsvollen Fragen der Aufsicht sowie mit der Politik und Praxis der Bankenkommission. Der Bericht enthält überdies die Verzeichnisse der von der Bankenkommission beaufsichtigten in- und ausländischen Anlagefonds sowie die Liste der für die Revision von Banken und Anlagefonds anerkannten Revisionsgesellschaften. Dagegen werden im Jahresbericht keine detaillierten statistischen Angaben über die Entwicklung und den Stand des schweizerischen Bankwesens publiziert. Hierzu wird auf die im Herbst 1988 erscheinende umfassende Publikation der Schweizerischen Nationalbank «Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1987» verwiesen, die neben der Kommentierung statistischer Unterlagen auch ein Verzeichnis der dem Bankengesetz unterstellten Banken umfasst.

Neben dem Jahresbericht veröffentlicht die Bankenkommission im «Bulletin» ihre wichtigsten Entscheide (letztmals 1987 Heft 17).

II. Wesentliches in Kürze

Am 25. November 1987 änderte der Bundesrat auf Antrag der Bankenkommission und der Schweizerischen Nationalbank die Liquiditätsvorschriften der Bankenverordnung und setzte sie auf den 1. Januar 1988 in Kraft. Die neuen Vorschriften sind einfacher ausgestaltet und erleichtern dadurch Planung, Berechnung und Kontrolle der geforderten Mindestliquidität. Zugleich werden die Anforderungen für alle Bankengruppen herabgesetzt. Die Kassenliquidität ist nicht mehr nur am Monatsende, sondern als Monatsdurchschnitt einzuhalten. Sie kann damit ihre «Stossdämpferfunktion» gegen unerwartete Geldabflüsse aus dem Bankensystem besser erfüllen. Die unnötigen Umtriebe sowie störenden Zinsausschläge an den Monatsenden fallen weg. Der geforderte Notvorrat an leicht verwertbaren Aktiven wird anders umschrieben und trägt den Veränderungen im Bankgeschäft seit der letzten Anpassung der Liquiditätsvorschriften im Jahre 1972 Rechnung. Neu werden die Banken verpflichtet, Klumpenrisiken auf der Passivseite zu melden und für eine angemessene Liquiditätsvorsorge im Bankkonzern zu sorgen (vgl. III., Ziff. 1.1, S. 14 ff.).

Die Bankenkommission überprüfte im Berichtsjahr ihre Praxis zum Geltungsbereich des Bankengesetzes. Nach bisheriger Auffassung gelten nur diejenigen im Finanzbereich tätigen Gesellschaften als Banken im Sinne des Bankengesetzes, die Publikumsgelder entgegennehmen und damit das Zinsdifferenzgeschäft betreiben. Diese Definition trägt dem veränderten wirtschaftlichen Umfeld nur ungenügend Rechnung und berücksichtigt die Ziele der Bankenaufsicht zu wenig. Die Bankenkommission will deshalb dem Bundesrat vorschlagen, auf Verordnungsstufe die unbestimmten Gesetzesbegriffe der Bank und der öffentlichen Empfehlung zur Annahme fremder Gelder erweitert zu umschreiben. Damit sollen die für das Funktionieren der Kredit- und Kapitalmärkte wichtigen, sehr grossen Finanzgesellschaften sowie die Emissionshäuser erfasst werden. Auf die neu erfassten Gesellschaften sollen grundsätzlich alle gesetzlichen Bestimmungen Anwendung finden. Das Bankengesetz erlaubt jedoch in vielen Bereichen, den Besonderheiten einzelner Gesellschaften Rechnung zu tragen. Flexible Übergangsbestimmungen sollen zudem insbesondere in der Frage des Gegenrechts stossende Auswirkungen verhindern (vgl. III., Ziff. 1.2, S. 17 ff.).

Am 1. Oktober 1987 trat die revidierte Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken der Schweizerischen

Bankiervereinigung in Kraft, welche sämtliche Banken in der Schweiz sowie fast alle der Bankiervereinigung angeschlossenen bankähnlichen Finanzgesellschaften unterzeichnet haben. Sie trägt der Kritik der Bankenkommission an der bisherigen Privilegierung von Bankkunden, die über schweizerische Rechtsanwälte oder Treuhänder mit einer Bank verkehren, Rechnung. Die Ausnahmen von der Pflicht zur Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten gegenüber den Sorgfaltspflichtvereinbarungen von 1977 und 1982 werden wesentlich eingeschränkt (vgl. III., Ziff. 3.1.1, S. 25 ff.).

Auch 1987 haben sich die Voraussetzungen für eine Lösung des internationalen Verschuldungsproblems nicht grundlegend verbessert. Die Bankenkommission beschloss deshalb, den Wertberichtigungssatz für alle ausstehenden Forderungen in Problemländern von 30 auf 35 Prozent zu erhöhen. Bis Ende 1988 müssen alle Banken die erhöhten Anforderungen an die Wertberichtigungen für Länderrisiken erfüllt haben. Die Banken müssen damit rechnen, dass der Wertberichtigungssatz per Ende 1989 weiter erhöht wird (vgl. III., Ziff. 3.2, S. 35 f.).

III. Aufsicht über die Banken

1. Revision der Bankenverordnung

Nach mehrjährigen Vorarbeiten (vgl. Jahresbericht 1985 S. 8 f. und 1986 S. 15) unterbreiteten die Bankenkommission und die Schweizerische Nationalbank am 18. September 1987 ihren unter Mitwirkung von Vertretern verschiedener Bankengruppen erarbeiteten Entwurf für eine Änderung der Liquiditätsvorschriften der Bankenverordnung (Art. 15 – 20) dem Bundesrat. Dieser verabschiedete in seiner Sitzung vom 25. November 1987 den Entwurf mit einigen Änderungen formeller Natur und setzte die neue Verordnung auf den 1. Januar 1988 in Kraft (vgl. Ziff. 1.1, S. 14 ff.). Da der Änderung der Liquiditätsvorschriften der Vorrang eingeräumt wurde, verzögerten sich die Arbeiten an den anderen Revisionsvorhaben betreffend den bankengesetzlichen Geltungsbereich (vgl. Ziff. 1.2, S. 17 ff.) und die Behandlung der Ausserbilanzgeschäfte der Banken (vgl. Ziff. 1.3, S. 21 ff.).

1.1 Neue Liquiditätsvorschriften

Die Liquiditätsbestimmungen der Bankenverordnung vom 17. Mai 1972 wurden sowohl von den Banken als auch von der Bankenkommission und der Schweizerischen Nationalbank seit langer Zeit als überholt erachtet. Sie wurden deshalb von Grund auf überprüft und den heutigen Erkenntnissen angepasst. Die Änderung der Bankenverordnung weist folgende Grundzüge auf:

a) Die revidierte Verordnung hält am Erfordernis verbindlich vorgeschriebener Mindestsätze für die von den Banken im Verhältnis zu ihren kurzfristigen Verbindlichkeiten zu haltende Kassenliquidität (greifbare Mittel) einerseits und die Gesamtliquidität (greifbare Mittel und leicht verwertbare Aktiven zusammen) andererseits in Anwendung von Art. 4 Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 BankG fest. Die Berechnung beider Liquiditätsarten wird jedoch durch den Übergang vom bisherigen progressiv gestaffelten Stufentarif zu proportionalen Unterlegungssätzen wesentlich vereinfacht und damit auch die Planung und Kontrolle der gesetzlich vorgeschriebenen Liquidität erleichtert. Sodann werden die bei den Revisionen der Bankenverordnung von 1961 und 1972 aus heute nicht mehr massgebenden geldpolitischen Gründen jeweils massiv erhöhten Liquiditätsanforderungen der Schweizer Banken auf ein im internationalen Vergleich erträgliches

Mass herabgesetzt. Die Erleichterungen sollen allen Bankengruppen möglichst gleichmässig zugute kommen.

b) Die Vorschriften über die Kassenliquidität werden konsequenter auf die schon bei Erlass des Bankengesetzes von 1934 neben dem Gläubigerschutz massgebliche geldmengenpolitische Zielsetzung ausgerichtet. Sowohl für den Gläubigerschutz als auch für die von der Nationalbank betriebene direkte Geldmengensteuerung ist es wichtig, dass im Bankensystem genügend hohe Bestände an Notenbankgeld vorhanden sind, weil unerwartete Abflüsse in das Bundeskonto oder den Bargeldumlauf der Nichtbanken zu sehr hohen Zinsausschlägen führen. Im Unterschied zur geltenden Regelung werden die Banken durch das neue «Stossdämpferkonzept» ausschliesslich zur Haltung von Frankenliquidität gezwungen, während auf der Passivseite nur noch die kurzfristigen Verbindlichkeiten in Schweizer Franken als Berechnungsbasis dienen. An Stelle der bisher faktisch von den Banken nur an den Monatsenden eingehaltenen, jedoch mit unnötigen Umtrieben, störenden Zinsausschlägen sowie «Window dressing» verbundenen Kassenliquidität tritt ein nicht täglich, dafür aber im Durchschnitt von 30 Tageswerten einzuhaltender verbindlicher Mindestsatz. Dieser wird auf das geldpolitisch und für den Gläubigerschutz notwendige Mass beschränkt, wie es verantwortungsbewusste Banken ohnehin freiwillig aus betriebswirtschaftlichen Gründen halten würden. Um den sich ändernden Bedürfnissen Rechnung tragen zu können, wird die Kompetenz zur Festsetzung des Unterlegungssatzes an das Eidg. Finanzdepartement delegiert, welches den Satz auf Antrag der Bankenkommission und der Nationalbank festlegt.

c) Die neuen Regeln zur Gesamtliquidität beruhen auf der im Ausschuss für Bankengesetzgebung und -aufsicht bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gewonnenen Einsicht, dass eine Bank über einen ausreichenden Notvorrat an Liquidität verfügen sollte, um im Falle einer gegen sie gerichteten Vertrauenskrise und der dadurch ausgelösten übermässigen Einlagenrückzüge die fälligen Verpflichtungen so lange erfüllen zu können, bis von anderen Banken und allenfalls den Behörden ein Auffangnetz bereitgestellt ist. Eine Bank soll deshalb genügend leicht verwertbare Aktiven halten, um eine Zeitspanne von ein bis zwei Wochen aus eigener Kraft überstehen zu können. Die revidierte Verordnung baut auf der bestehenden Definition der leicht verwertbaren Aktiven und der kurzfristigen, innert eines

Monats fälligen Verbindlichkeiten auf. Sie dehnt jedoch erstens den Katalog der leicht verwertbaren Aktiven auf die bei ausländischen Notenbanken verpfändbaren oder diskontierbaren Wertpapiere sowie allgemeiner auf die in einem grossen, effizienten Markt rasch verkäuflichen oder anderweitig mobilisierbaren Wertpapiere erstklassiger Schuldner und die gängigsten Edelmetalle aus. Zweitens trägt sie der aus betriebswirtschaftlicher Sicht auf ein Gleichgewicht von Zahlungsein- und -ausgängen ausgerichteten dynamischen Planung der Zahlungsmittelströme dadurch Rechnung, dass nicht nur wie bisher die Interbank-, sondern auch die Kundenpositionen auf der Aktiv- und der Passivseite gegeneinander zu verrechnen sind. Erst der Überschuss auf der einen oder anderen Seite geht voll in die Liquiditätsrechnung ein: ein Überschuss auf der Aktivseite als leicht verwertbares Aktivum, ein Passivenüberschuss als kurzfristige Verbindlichkeit.

d) Durch die fortschreitende Verlagerung innerhalb der Bankpassiven von vielen Kleingläubigern zu grossen institutionellen Anlegern, welche dank besserem Informationsstand frühzeitiger auf negative Ereignisse oder Gerüchte reagieren können, sind die Banken heute vermehrt der Gefahr massiver Liquiditätsabflüsse ausgesetzt. Eine Bank muss deshalb solche Klumpenrisiken auf der Passivseite erfassen und begrenzen sowie allenfalls durch zusätzliche Liquiditätsreserven abdecken können. Die revidierte Verordnung verpflichtet die Banken, ihre kurzfristigen Verpflichtungen gegenüber einem Kunden oder einer anderen Bank an ihre Revisionsstelle zu melden, wenn sie 10 Prozent ihrer gesamten kurzfristigen Verbindlichkeiten übersteigen.

e) Die nationalen Liquiditätsregeln können nicht auf konsolidierter Grundlage unbesehen auf einen international tätigen Bankkonzern angewendet werden, da die Liquiditätsbedürfnisse der einzelnen Konzerngesellschaften primär auf die Usanzen und Vorschriften im jeweiligen Sitzland abzustimmen sind und eine einheitliche Liquiditätssteuerung des Konzerns technisch kaum zu bewerkstelligen wäre. Die revidierte Verordnung verpflichtet jedoch die Banken, für eine angemessene Liquidität des von ihnen beherrschten Bankkonzerns zu sorgen. Eine Vertrauenskrise löst in der Regel bei sämtlichen Konzerngliedern einen Liquiditätsabfluss aus, weshalb der Notvorrat die Bedürfnisse des gesamten Konzerns abzudecken hat. Die Konzernleitung hat die hiefür erforderlichen schriftlichen Weisungen zu erlas-

sen und deren Vollzug sicherzustellen. Die Revisionsstelle hat das Liquiditätskontrollsystem zu beurteilen und dazu im Revisionsbericht Stellung zu nehmen.

f) Auf Liquiditätsvorschriften für Ausserbilanzgeschäfte, namentlich Eventualverpflichtungen und von der Bank eingeräumte offene Kreditlimiten, wird weiterhin verzichtet. Zwar können Ausserbilanzgeschäfte beträchtliche Liquiditätsabflüsse auslösen, die von den Banken in die Vorsorge für die allgemeine Zahlungsbereitschaft einzubeziehen sind. Doch sind Zeitpunkt und Umfang der Inanspruchnahme von Eventualverpflichtungen und Kreditlimiten nicht zum voraus bestimmbar. Sie hängen bei den Eventualverpflichtungen überdies nicht vom Willen des daraus Berechtigten, sondern von den Marktgegebenheiten und der Lage des Hauptschuldners ab, können also im Falle eines Runs auf eine Bank anders als die kurzfristigen Einlagen nicht sofort eingefordert werden und fallen daher nicht unter das Notvorratskonzept. Im Zusammenhang mit der Erweiterung der Eigenmittelvorschriften auf die Ausserbilanzgeschäfte bietet sich nochmals Gelegenheit, deren Bedeutung für die Liquiditätsrechnung weiter zu prüfen.

1.2 Geltungsbereich des Bankengesetzes

Die Bankenkommission befasste sich im Berichtsjahr eingehend mit dem Geltungsbereich des Bankengesetzes und überprüfte ihre diesbezügliche Praxis:

Voll dem Bankengesetz unterstehen nach Art. 1 die Banken (Abs. 1), denen die Finanzgesellschaften bis auf wenige Sonderbestimmungen gleichgestellt sind, sofern sie sich öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfehlen (Abs. 2). Vermögensverwalter und Börsenfirmen unterstehen dem Gesetz nur, wenn sie einen «Bankbetrieb» führen (Abs. 3). Bis heute betrachtete es die Bankenkommission grundsätzlich für eine Bank als begriffsnotwendig, dass sie sich öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfiehlt und mit diesen Publikumsgeldern das Zinsdifferenzgeschäft betreibt. Wie im letzten Jahresbericht (S. 18 f.) und im Bulletin 16 (S. 5 ff.) dargelegt, interpretiert sie aber den Begriff der öffentlichen Empfehlung zur Annahme fremder Gelder extensiver als früher, indem sie eine solche beispielsweise bereits bejaht, wenn eine Finanzgesellschaft über eine Bank bei de-

ren Kunden eine geringe Anzahl Schuldverschreibungen mit grosser Mindeststückelung plaziert. Fehlen aber solche Publikumsgelder, so kann nach der geltenden Praxis eine Finanzgesellschaft das Zinsdifferenzgeschäft in beliebigem Umfang mit Mitteln betreiben, die sie zum Beispiel bei einer Vielzahl von Banken aufnimmt. Die Abwicklung aller bilanzneutralen Geschäfte steht ihr offen.

Diese Praxis trägt der starken Verlagerung der Tätigkeit der Banken auf das indifferente Geschäft in den letzten Jahren nicht Rechnung. Mit der Verwischung der herkömmlichen Grenzen zwischen Kredit- und Kapitalmarkt (securitization) wurden die Anlage am Kapitalmarkt und die traditionelle Bankeinlage bis zu einem gewissen Grade austauschbar. Deshalb erscheint es nicht mehr richtig, für die Definition der Bank nur auf das Zinsdifferenzgeschäft abzustellen. Die Auslegung des Bankbegriffs hat sich vielmehr entsprechend den Vorstellungen des Gesetzgebers bei der Revision des Bankengesetzes 1971 (BBl 1970 I 1164 f.) dem veränderten wirtschaftlichen Umfeld anzupassen. Auch berücksichtigt die bisherige Praxis die Zielsetzung der Bankenaufsicht nur ungenügend (vgl. Jahresbericht 1986 S. 17 f.). So könnte das Funktionieren der Kredit- und Kapitalmärkte durch Schwierigkeiten eines sehr grossen Finanzintermediärs, der sich bei einer Vielzahl von Banken und institutionellen Anlegern refinanziert, gefährdet werden.

Die expansiven und defensiven Zielsetzungen der Gegenrechtsbestimmung (Art. 3bis Abs. 1 Bst. a BankG) können nur ungenügend verwirklicht werden, wenn auch Banken aus Ländern, welche kein oder nur beschränkt Gegenrecht bieten, völlig ungehindert über eine bankähnliche Finanzgesellschaft auf den Schweizer Finanzmärkten und insbesondere im Emissionsgeschäft tätig sein dürfen. Fraglich ist ferner, ob die Anleger, die durch die Vermittlung von Emissionshäusern Kapitalmarktpapiere erwerben, genügend geschützt sind. Die kapitalmarktrechtlichen Schutzvorkehren wie die Prospekthaftung greifen nämlich nur, wenn einerseits eine gewisse Mindestsolvabilität und andererseits der dauernde Bestand der Emissionshäuser gesichert ist. Schliesslich wird der Wettbewerb verzerrt, wenn Finanzgesellschaften klassische Bankgeschäfte wie das Emissionsgeschäft betreiben dürfen, ohne sich wie die Banken an gewisse im Bankgeschäft festgelegte Mindeststandards und Kontrollen halten zu müssen.

Diesen Mängeln kann durch eine zeitgemässe Auslegung der unbestimmten bankengesetzlichen Begriffe der Bank, des Führens eines Bankbetriebs und der öffentlichen Empfehlung zur Annahme fremder Gelder weitgehend Rechnung getragen werden. Um diese neue, auf das Bankengesetz abgestützte Auffassung ohne Verzug rechtsgleich anwenden zu können, wird nicht der Weg der Praxisänderung beschritten, sondern eine Teilrevision der Bankenverordnung vorgesehen, die Gegenstand eines Vernehmlassungs- und verwaltungsinternen Mitberichtsverfahrens sein wird. Die Bankenkommission hat einen entsprechenden Entwurf ausgearbeitet und mit der Schweizerischen Nationalbank besprochen. Sie wird ihn dem Eidgenössischen Finanzdepartement zur Weiterbehandlung zustellen. Die Bankenkommission möchte damit die Möglichkeiten des geltenden Gesetzes in diesem Bereich ausschöpfen. Diese Absicht lag auch dem Beschluss des Bundesrates zugrunde, die Teilrevision des Bankengesetzes zurzeit nicht weiterzuverfolgen (vgl. Jahresbericht 1986 S. 14, Geschäftsbericht des Bundesrates 1986 S. 288 f.). Sollte dieser Weg nicht zum Ziele führen, wird die Frage der Gesetzesrevision erneut zu prüfen sein.

Nach dem Entwurf der Bankenkommission soll der bisherige Bankbegriff als Grundsatz auch weiterhin seine Berechtigung behalten. Darüber hinaus sollen aber als Banken auch Unternehmungen gelten, die sich in bedeutendem Umfang bei verschiedenen Banken, Finanzgesellschaften, Versicherungen oder andern institutionellen Anlegern refinanzieren, um damit eine unbestimmte Zahl von Personen oder Unternehmungen, die keine wirtschaftliche Einheit bilden, auf irgendwelche Art zu finanzieren. Als Zweites sollen auch Unternehmen als Banken angesehen werden, die hauptsächlich im Finanzbereich tätig sind und mit verschiedenen Partnern in erheblichem Umfang Ausserbilanzgeschäfte tätigen. Das entscheidende Abgrenzungskriterium zwischen diesen Banken und den bankähnlichen Finanzgesellschaften im bisherigen Sinne wäre also kein qualitatives, sondern, mit Blick auf die Bedeutung dieser grossen Finanzintermediäre für das Funktionieren der Finanzmärkte, ein quantitatives. Die genaue Grenzlinie wird von der Praxis zu ziehen sein.

Ferner sollen nach dem Entwurf in Zukunft auch Unternehmungen als Banken gelten, die neu auszugebende, für den Handel bestimmte Wertpapiere oder Wertrechte fest oder in Kommission über-

nehmen und öffentlich anbieten (Emissionshäuser). Der Entwurf verzichtet darauf, die Tätigkeit einer vollunterstellten Bank von derjenigen eines nichtunterstellten Vermögensverwalters abzugrenzen. Die Bankenkommission behält sich aber vor, durch eine Neufassung des entsprechenden Rundschreibens (Definition des «Bankbetriebes» im Sinne von Art. 1 Abs. 3 Bst. b BankG) den Anwendungsbereich des Bankengesetzes allenfalls auf gewisse Vermögensverwalter zu erweitern.

Der Entwurf sieht auch vor, den Begriff der öffentlichen Empfehlung zur Annahme fremder Gelder (Art. 3 BankV) neu zu umschreiben. Er stellt klar, dass sich bereits öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfiehlt, wer fortgesetzt Publikumsgelder entgegennimmt. Finanzgesellschaften sollen in Zukunft dem Gesetz unterstehen, wenn sie Gelder von ihrer angestammten Kundschaft entgegennehmen. Im Sinne der bisherigen Praxis will der Entwurf den Finanzgesellschaften nur eine Refinanzierung bei Banken gestatten. Wenn sie allerdings damit die erwähnte quantitative Grenze überschreiten, sollen bankähnliche Finanzgesellschaften aus Gründen des Funktionsschutzes als Banken betrachtet werden. Für Privatbankiers, die ohnehin dem Bankengesetz voll unterstellt sind und lediglich einige, aufs Ganze gesehen weniger bedeutende Privilegien besitzen, soll sich an der bisherigen Definition der «öffentlichen Empfehlung zur Annahme fremder Gelder» nichts ändern.

Auf Unternehmen, welche nach dem Entwurf neu unter das Bankengesetz fallen, sollen grundsätzlich alle seine Vorschriften Anwendung finden. In bezug auf die Bewilligungsvoraussetzungen, die Pflicht zur Publikation der Rechnungen und die externe Revision ergeben sich keine Schwierigkeiten. Auch die Anwendung der bankengesetzlichen Geschäftsführungsvorschriften, die an einzelne Geschäfte anknüpfen, dürfte zweckmässig sein. In begründeten Fällen erlauben nämlich das Bankengesetz im Bereich der Eigenmittel und der Liquidität und die Bankenverordnung bei der Risikoverteilung, den Besonderheiten Rechnung zu tragen. Um die Durchsetzung des Gegenrechtsprinzips als eines der Ziele der Verordnungsrevision nicht zu gefährden, sollen die neuerfassten Gesellschaften grundsätzlich auch die Bewilligungsvoraussetzungen des Gegenrechts erfüllen. Flexible Übergangsbestimmungen und eine entsprechende Praxis der Bankenkommission in der Anwendung der Gegenrechtsbestimmung sollen stossende Auswirkungen verhindern.

1.3 Ausserbilanzgeschäfte

Die von der Bankenkommission im Sommer 1986 eingesetzte Arbeitsgruppe, welche die bilanzunwirksamen Geschäfte der Banken systematisch auf ihre rechtlichen und wirtschaftlichen Risiken zu analysieren und Vorschläge für ihre aufsichtsrechtliche Behandlung zu unterbreiten hat (vgl. Jahresbericht 1986 S. 19 ff.), konnte ihre Arbeiten noch nicht abschliessen. Im Berichtsjahr wertete sie einerseits eine statistische Umfrage über die Ausserbilanzgeschäfte der betroffenen Schweizer Banken aus. Andererseits behandelte sie eine im Auftrag der schweizerischen Grossbanken erstellte Studie des Institutes für schweizerisches Bankwesen der Universität Zürich zu den Risiken der Ausserbilanzgeschäfte mit Vorschlägen für ihre Eigenmittelunterlegung.

1.3.1 Erhebung

Anhand eines von der Arbeitsgruppe entwickelten Schemas, welches sich im wesentlichen an die Gliederung und die Begriffsumschreibungen des Ausschusses für Bankengesetzgebung und -aufsicht bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hält, wurden die Ausserbilanzgeschäfte per 31. Dezember 1986 durch eine einmalige Umfrage bei den Banken auf konsolidierter Grundlage, also einschliesslich der von ihnen beherrschten in- und ausländischen Unternehmungen des Finanzbereichs, erhoben. Von der Umfrage nicht erfasst wurden vor allem die Regionalbanken sowie die Raiffeisenkassen, welche in den betreffenden Geschäftssparten keine bedeutende Tätigkeit aufweisen. Der Wert der bei den Banken hinterlegten bzw. verwalteten Kundenvermögen wurde nicht in die Statistik einbezogen.

Aus den von 198 Banken bis Ende April 1987 eingegangenen Meldungen lassen sich folgende Schwerpunkte festhalten:

	in Mia. Fr.	in %
Gesamttotal der Ausserbilanzgeschäfte	791	100
wovon		
Devisentermingeschäfte	555	70
Unwiderrufliche Kreditlimiten	57	7
Currency-swaps	27	3
Standby letters of credit	23	3
Interest rate swaps	22	3

Das Gesamttotal der erfassten Ausserbilanzgeschäfte erreichte somit annähernd die Höhe der vom gesamten schweizerischen Bankensystem einschliesslich der Finanzgesellschaften Ende 1986 ausgewiesenen Bilanzsumme von 848 Milliarden Franken. Das hervorstechendste Merkmal ist der hohe Anteil der Devisentermingeschäfte. Diese sind nach der geltenden Bankenverordnung (Art. 13 Abs. 1 Bst. b) mit 0,3 Prozent eigenen Mitteln zu unterlegen. Offene Devisenpositionen müssen mit 10 Prozent eigenen Mitteln abgedeckt werden (Art. 13 Abs. 1 Bst. c BankV). Ein wesentlicher Teil der Devisentermingeschäfte dient der Abdeckung von Währungsrisiken. Die vor allem an ausländischen Finanzplätzen verbreiteten unwiderruflichen Note Issuance Facilities und Revolving Underwriting Facilities beliefen sich auf 4,7 Milliarden Franken, nehmen sich also im Vergleich zu den von ausländischen Finanzinstituten ausgewiesenen Volumina relativ bescheiden aus. Nach der geltenden Bankenverordnung werden sie allerdings – ohne dass dies gerechtfertigt erscheint – nicht mit Eigenmitteln unterlegt.

Die Ausserbilanzgeschäfte verteilten sich wie folgt auf die in die Umfrage einbezogenen Bankengruppen:

	in Mia. Fr.	in %
Kantonalbanken	5,6	0,7
Grossbanken	601,9	76,1
Übrige Banken	29,8	3,8
Privatbankiers	4,2	0,5
Ausländisch beherrschte Banken	62,5	7,9
Filialen ausländischer Banken	86,9	11,0
Total	790,9	100,0

1.3.2 **Studie des Institutes für schweizerisches Bankwesen**

Im Auftrag der Schweizerischen Grossbanken erstellte das Institut für schweizerisches Bankwesen der Universität Zürich unter Leitung von Prof. Dr. Conrad Meyer eine umfangreiche Studie, welche der von der Bankenkommission geleiteten Arbeitsgruppe im August 1987 abgeliefert wurde. Sie untersucht die vom Ausschuss für Bankengesetzgebung und -aufsicht bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich aufgelisteten 38 Geschäftsarten von Ausserbilanz-

transaktionen mit dem Ziel, anhand gemeinsamer charakteristischer Merkmale der verschiedenartigen Geschäfte einzelne Kategorien für eine systematische aufsichtsrechtliche Behandlung herauszukristallisieren. Im Vordergrund stehen dabei die verschiedenen Risikoarten, welche sich aus diesen Geschäften ergeben können, nämlich Bonitätsrisiko, Erfüllungsrisiko, Postlaufrisiko, Länderrisiko, Plazierungsrisiko und Abwicklungsrisiko. Die Arbeit gelangt in einer vergleichenden Darstellung zur Unterteilung der Ausserbilanzgeschäfte in die drei Kategorien Eventualverbindlichkeiten, feste Zusagen und Terminkontrakte. Die Studie anerkennt, dass die klassische Bankbilanz nur noch über einen beschränkten Teil der Bankaktivitäten und damit auch der eingegangenen Risiken Auskunft zu erteilen vermag, weshalb der Begriff der Bilanz weiterzufassen sei und bilanzneutrale Geschäfte mit in die Überlegungen einzubeziehen seien. Deshalb wäre vorerst die Buchführung und Bilanzierung der neuen Geschäftspraktiken zu regeln, wozu jedoch weder im Ausland noch in der Schweiz bis heute eine einheitliche und allgemein anerkannte Praxis zu erkennen sei. Die Arbeit verzichtet deshalb auf Vorschläge für eine sachgerechte buchhalterische Behandlung der Ausserbilanzgeschäfte. Hingegen befasst sie sich eingehend mit der zentralen Frage der Eigenmittelunterlegung für die verschiedenen Kategorien von Ausserbilanzgeschäften. Die Untersuchung gelangt zum Ergebnis, dass von den 38 untersuchten Geschäftsarten nach der geltenden Bankenverordnung 23 in der einen oder anderen Form bereits mit Eigenmitteln zu unterlegen sind. Damit verfüge die Schweiz im Vergleich zu ausländischen Lösungen zurzeit über das wohl umfassendste Unterlegungskonzept, weil die am 1. Dezember 1980 revidierten Eigenmittelvorschriften der Bankenverordnung nicht nur die bilanzierten Aktiven, sondern auch Eventualverbindlichkeiten, schwebende Geschäfte und offene Positionen berücksichtigen.

Die Studie enthält in ihrem Schlussteil konkrete Vorschläge für die Eigenmittelunterlegung der verschiedenen Geschäftsartengruppen, wobei weniger die Höhe des Unterlegungssatzes im Vordergrund stand als die Frage, ob die einzelne Geschäftsart überhaupt einer Unterlegung bedarf. Schliesslich versucht die Studie auch aufzuzeigen, welche Möglichkeiten zur Entlastung von den Eigenmittelanforderungen als Ausgleich für eine höhere Unterlegung einzelner Ausserbilanzgeschäfte bestehen würden.

Die Arbeitsgruppe wird sich nunmehr vertieft mit der Ausgestaltung eines umfassenden Eigenmittelkonzeptes für Ausserbilanzgeschäfte befassen und auch Alternativvorschläge prüfen. Dabei werden die Arbeiten des Ausschusses für Bankengesetzgebung und -aufsicht bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich herangezogen werden (vgl. Ziff. 5.3, S. 54 f.).

2. Rundschreiben

Die Bankenkommission beschloss, das Rundschreiben «Revisionsbericht: Form und Inhalt» per 1. Januar 1988 zu ergänzen. Neu wird von den bankengesetzlichen Revisionsstellen verlangt, dass sie den Revisionsberichten einheitliche Formulare «Ermittlung des effektiven Eigenkapitals» und «Erfolgsanalyse» beifügen. Überdies werden die Revisionsstellen unter anderem angewiesen zu prüfen, ob die Empfehlung der Schweizerischen Bankiervereinigung vom 6. April 1987 «Interne Kontrolle im Bankbetrieb als Aufgabe der Geschäftsleitung» beachtet wird.

Durch die Schaffung besonderer Formulare für die Ermittlung des effektiven Eigenkapitals und für die Erfolgsanalyse werden die in den Revisionsberichten enthaltenen Zahlen nach einheitlichen Kriterien zusammengefasst. Dadurch erhält die Bankenkommission die Möglichkeit, innerhalb und zwischen den verschiedenen Bankengruppen zu vergleichen und Zusammenhänge festzustellen. Ausserdem können benötigte Informationen in angemessener Frist verfügbar gemacht werden.

Die Bankenkommission hat die Wichtigkeit einer systematischen internen Kontrolle im Bankbetrieb stets hervorgehoben (vgl. Jahresbericht 1985 S. 10 ff.). Sie schlug deshalb der Schweizerischen Bankiervereinigung im März 1985 vor, in Erwägung zu ziehen, ob für die Banken Richtlinien erstellt werden könnten, die mithelfen, eine zweckmässige interne Kontrolle sicherzustellen. Die Schweizerische Bankiervereinigung erliess am 6. April 1987 die Empfehlung «Interne Kontrolle im Bankbetrieb als Aufgabe der Geschäftsleitung». Mit der Anweisung an die bankengesetzlichen Revisionsstellen zu prüfen, ob dieser Empfehlung nachgelebt wird, werden die Geschäftsleitungen der Banken gezwungen, der Frage der internen Kontrolle – die auf

den Charakter der einzelnen Bank abgestimmt sein muss – die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken.

3. Praxis der Aufsichtsbehörde

3.1 Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit

3.1.1 Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken

Am 1. Oktober 1987 trat die neue Vereinbarung über die Standesregeln der Banken vom 1. Juli 1987 zwischen der Schweizerischen Bankiervereinigung einerseits und den unterzeichneten Banken andererseits in Kraft (VSB 87). Sie löst die 1977 abgeschlossene und 1982 erneuerte Sorgfaltspflichtvereinbarung zwischen der Schweizerischen Nationalbank und der Schweizerischen Bankiervereinigung ab, welche von der Nationalbank auf Ende September 1987 gekündigt wurde. Die VSB 87 ist nach dem Ausscheiden der Nationalbank eine rein privatrechtliche Konvention der Banken, deren Sanktionssystem wegen Zweifeln an der gerichtlichen Vollstreckbarkeit von Entscheiden der bisherigen Schiedskommission völlig neu gestaltet wurde. Inhaltlich übernimmt die VSB 87 mit einigen Änderungen die verpflichtenden Regeln zur Identifikation der Vertragspartner bei der Aufnahme von Geschäftsbeziehungen und zur Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten in Zweifelsfällen, das Verbot der aktiven Beihilfe zur Kapitalflucht sowie das Verbot der aktiven Beihilfe zur Steuerhinterziehung und ähnlichen Handlungen durch Abgabe unvollständiger oder irreführender Bescheinigungen.

Die Bankenkommission begrüsst den Abschluss der Vereinbarung und die darin vorgenommenen Verbesserungen, weil eigene Anstrengungen des Bankgewerbes die Aufsichtsbehörde in ihrer gesetzlichen Aufgabe wirkungsvoll unterstützen und ergänzen können. Sie anerkennt insbesondere, dass ihre Kritik an der bisherigen Privilegierung von Bankkunden, die über schweizerische Rechtsanwälte oder Treuhänder mit einer Bank verkehren, berücksichtigt worden ist (vgl. Jahresbericht 1986 S. 21 ff. und 1985 S. 23). Leitgedanke der

Neuordnung soll sein, dass eine Bank die Identität aller Bankkunden kennen muss und nur dort auf die Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten verzichten kann, wo dieser in erster Linie Kunde einer anderen Berufsgruppe ist und deren berufsspezifische Dienstleistungen beansprucht. Der Verzicht ist höchstens gerechtfertigt, wo die Bankdienstleistung akzessorischer Natur bleibt und es der Bank gleichgültig sein kann, für wessen Rechnung ihr Vertragspartner aus einer anderen Berufsgruppe arbeitet, seien es nun Anwälte und Notare oder für eigene Rechnung tätige Treuhänder und Vermögensverwalter. Ausgeschaltet werden sollen insbesondere diejenigen Berufsgeheimnisträger und Treuhänder, welche als «Namensschilder» und Strohmänner zur Verdeckung der Identität von Bankkunden eingeschaltet wurden. Deshalb haben die in Art. 5 VSB 87 genannten Berufsgeheimnisträger auf dem neuen Formular B unter anderem zu bestätigen, dass sie im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit als Anwalt oder Notar bzw. als Treuhänder oder Vermögensverwalter handeln, dass ihr Mandat nicht nur vorübergehenden Charakter hat und dass es nicht hauptsächlich dazu dient, den wirtschaftlich Berechtigten vor der Bank geheimzuhalten. Ferner bestätigen sie, die über das Konto oder Depot abzuwickelnden Transaktionen zu überwachen und der Bank unverzüglich Mitteilung zu machen, wenn ihr Mandat erlischt oder wenn die Voraussetzungen, welche der Erklärung zugrunde liegen, ändern.

Anwälte und Notare müssen insbesondere bestätigen, dass sie im Rahmen eines anwaltlichen bzw. notariellen Mandates juristisch tätig sind, dass Hauptzweck des erwähnten Mandates weder direkt noch indirekt (z. B. durch Einschaltung einer Gesellschaft) die Vermögensverwaltung ist und dass das Konto oder Depot bei der Bank mit dem erwähnten Mandat in unmittelbarem Zusammenhang steht. Mit dieser einschränkenden Umschreibung soll verhindert werden, dass das strafrechtlich geschützte Berufsgeheimnis der Anwälte und Notare für anonyme Vermögensanlagen und die gewerbsmässige Vermögensverwaltung gezielt zur Verstärkung des Bankgeheimnisses und damit zweckentfremdet eingesetzt wird.

In seinem erst nach der Redaktion der VSB 87 und des dazugehörenden Formulars B1 bekanntgewordenen Urteil vom 29. Dezember 1986 (vgl. EBK Bulletin 17 S. 20 ff.) bestätigte das Bundesgericht in einem Verfahren betreffend internationale Rechtshilfe in Strafsa-

chen zwischen der Schweiz und den USA die von der Bankenkommission vertretene Auffassung zum Zweck und den Grenzen des Anwaltsgeheimnisses vollumfänglich. Hat der Anwalt vertrauliche Tatsachen im Zusammenhang mit einer privaten, politischen, sozialen oder einer anderen nicht berufsspezifischen Tätigkeit erfahren, steht nach dem Bundesgericht insoweit das Berufsgeheimnis und das damit korrespondierende Zeugnisverweigerungsrecht einer Auskunftserteilung nicht entgegen. Zu den nicht berufsspezifischen Tätigkeiten zählt das Bundesgericht namentlich auch Vermögensverwaltungen oder die Anlage von Geldern, dies jedenfalls dann, wenn sie nicht mit einem zur normalen Anwaltstätigkeit gehörenden Mandat – so z. B. mit einer Güterausscheidung oder einer Erbteilung – verbunden sind. Von diesen Ausnahmen abgesehen stellen die erwähnten Tätigkeiten nach dem Bundesgerichtsentscheid Aktivitäten dar, die normalerweise von Vermögensverwaltern, Treuhandbüros oder Banken wahrgenommen werden und nicht unter dem Schutz des Anwaltsgeheimnisses stehen.

Das Bundesgericht hielt im zu beurteilenden Fall fest, dass die Errichtung einer liechtensteinischen Familienstiftung, welche für sich allein betrachtet durchaus eine juristische Tätigkeit darstellen würde, am Hauptzweck der Vermögensanlage nichts zu ändern vermag. Es wäre somit unzulässig, wenn die einschränkende Regelung der VSB 87 von Anwälten oder Notaren dadurch umgangen würde, dass ein klassisches Vermögensverwaltungsmandat künstlich durch juristische Nebentätigkeiten «angereichert» würde, um den wirtschaftlich Berechtigten geheimzuhalten.

Auf eigene Rechnung tätige Mitglieder eines der Schweizerischen Treuhand- und Revisionskammer angeschlossenen Verbandes können dagegen ohne Offenlegung des wirtschaftlich Berechtigten gegenüber der Bank Vermögensverwaltungsaufträge durchführen, wenn sie auf dem neuen Formular B2 bestätigen, dass das Konto oder Depot bei der Bank im Rahmen eines ihnen vom wirtschaftlich Berechtigten oder dessen Vertreter übertragenen eigenständigen Verwaltungsauftrages geführt wird und dass die Dienstleistungen der Bank dabei nicht im Vordergrund stehen. Auf den ersten Blick erscheint es widersprüchlich, dass die Verwendung des Formulars B für die keinem strafrechtlich geschützten Berufsgeheimnis unterstehenden Treuhänder oder Vermögensverwalter weniger einschränken-

den Bedingungen unterliegt als für die eigentlichen Berufsgeheimnisträger, welche überdies im Unterschied zu den Treuhändern und Vermögensverwaltern einer staatlichen Aufsicht unterstehen. Diese von den Banken gewünschte Lösung ist jedoch insofern vertretbar, als die Treuhänder und Vermögensverwalter wegen des fehlenden Zeugnisverweigerungsrechtes, namentlich im Strafverfahren, ihren Kunden keine Anonymität bieten können und damit für die Anlage von Geldern krimineller Herkunft weniger attraktiv erscheinen. Vor allem aber gehört die Vermögensverwaltung zur berufsspezifischen Tätigkeit dieser Berufsgruppen. Sie konnte deshalb nicht ausgeschlossen werden. Die grosszügigere Behandlung der Vermögensverwalter und Treuhänder, die ihrerseits einer strengen Standesordnung unterstehen und sich zur sinngemässen Befolgung der VSB 87 sowie der Anwendung des entsprechenden Sanktionssystems verpflichtet haben, darf jedoch nicht dazu führen, dass die besonders diskretionsbedürftige Bankkundschaft lediglich von den Anwälten und Notaren weg auf die Mitglieder eines der Schweizerischen Treuhand- und Revisionskammer angeschlossenen Verbandes abwandert.

Die Bankenkommission geht davon aus, dass alle Beteiligten die neuen Standesregeln sachgerecht zu interpretieren und durchzusetzen gewillt sind. Sie anerkennt die Standesregeln als Mindeststandard für das gesetzliche Erfordernis der einwandfreien Geschäftstätigkeit, behält sich aber vor, nötigenfalls mit ihrer Rechtsprechung oder mit Rundschreiben Lücken zu schliessen und Missbräuche zu verhindern. Es ist nicht Aufgabe der Bankenkommission oder der von der VSB 87 neu geschaffenen Aufsichtskommission, das Verhalten der aussenstehenden Berufsgruppen zu überwachen. Sowohl die Aufsichtskommission wie auch die einzelne Bank und die Bankiervereinigung können jedoch Missbräuche dieser Personen der entsprechenden Disziplinarinstanz mitteilen, wovon die Unterzeichner des Formulars B ausdrücklich Kenntnis nehmen müssen. Die Bankenkommission ihrerseits ist zur Anzeige an die staatlichen Aufsichtsinstanzen sowie die Strafverfolgungsbehörden befugt, welche insbesondere den Straftatbestand der Falschbeurkundung (Art. 251 StGB) zu ermitteln haben. Sie ist gewillt, nötigenfalls von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen.

Die Bankenkommission erwartet, dass die einschränkende Umschreibung der privilegierten Berufsgeheimnisträger und Treuhänder

zu einer wesentlichen Senkung der Zahl der Geschäftsbeziehungen führen wird, bei welchen der Bank die Identität des wirtschaftlich Berechtigten nicht bekannt und schriftlich festgehalten ist. Aufgrund der Übergangsregelung der VSB 87 sind die de facto bereits bekannten wirtschaftlich Berechtigten ohnehin bis zum 30. September 1988 aktenkundig zu machen. In den übrigen Fällen sind die bisher ausgestellten Formulare B bis zum 31. März 1989 durch neue Formulare A – oder seltener B – zu ersetzen. Neue Kunden unterstehen von Anfang an den einschränkenden Bestimmungen der VSB 87.

Damit die Bankenkommission prüfen kann, ob die in das neue Vertragswerk gesetzten Erwartungen erfüllt werden, wird sie die bankengesetzlichen Revisionsstellen in einem Rundschreiben anweisen, bei den Banken den Bestand per 30. September 1987 der unter der bisherigen VSB ausgestellten Formulare B sowie den Umfang der auf diesem Wege eingebrachten Vermögenswerte zu erheben. In der Erhebung sind die von den Anwälten sowie Notaren einerseits und den Treuhändern sowie Vermögensverwaltern andererseits ausgestellten Formulare B getrennt zu erfassen. Ferner soll bei den Treuhändern und Vermögensverwaltern unterschieden werden, welche Erklärungen erst im Verlaufe des Jahres 1987 unterzeichnet wurden, um eine vorzeitige Verlagerung auf diese unter der VSB 87 privilegierte Kategorie erkennen zu können. Die Revisionsstellen haben das Ergebnis der Umfrage der Bankenkommission bis am 30. Juni 1989 zu melden. Die grosszügig bemessene Meldefrist knüpft an die in der VSB 87 vorgesehene Übergangsregelung an, um den Banken einen zusätzlichen Erhebungsaufwand zu ersparen. Eine spätere Umfrage wird es ermöglichen, die Entwicklung unter der neuen VSB 87 mit dem bisherigen Zustand zu vergleichen. Falls die Erwartungen nicht erfüllt werden, wäre eine weitere Einschränkung der Ausnahmen vom Grundsatz der Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten ins Auge zu fassen.

3.1.2 **Marcos-Gelder**

Die Bankenkommission untersuchte im Berichtsjahr, ob bestimmte Banken im Zusammenhang mit dem Marcos-Vermögen (vgl. Jahresbericht 1986 S. 25 ff.) vorschriftswidrig gehandelt haben. Die Untersuchungen ergaben, dass die betreffenden Banken die wirtschaft-

lich Berechtigten an den von ihnen verwalteten Vermögenswerten jederzeit kannten und nie versuchten, diese gegenüber den Behörden zu verheimlichen und damit ihre gesetzlichen Zeugnispflichten zu verletzen. Dies belegt bereits die Tatsache, dass die Vermögenswerte blockiert werden konnten und im Rahmen des hängigen Rechtshilfeverfahrens nach wie vor blockiert sind. Die Fälle Marcos und Duvalier zeigen, wie heikel es für Banken sein kann, in grösserem Umfang Vermögenswerte von ausländischen Machthabern entgegenzunehmen. Die Bankenkommission verlangt, dass die Geschäftsleitung und nicht untergeordnete Stellen in einer Bank unter Abwägung aller Umstände darüber entscheidet, ob derart exponierte Geschäftsbeziehungen aufgenommen oder weitergeführt werden sollen. Die Banken haben dies in entsprechenden Richtlinien klar zu regeln.

3.1.3 **Mitwirkung an Kursmanipulationen**

Im Dezember 1986 wurde bekannt, dass die als Bierproduzentin weltbekannte Firma Guinness plc im Übernahmekampf um die schottische Whiskyherstellerin Distillers in der ersten Jahreshälfte in grossem Umfang eigene Aktien durch verschiedene Drittpersonen und Firmen erwerben liess. Mit den von ihr organisierten und teilweise finanzierten Käufen gelang es Guinness, den Kurs der eigenen Aktien so lange in die Höhe zu treiben, bis der den Distillers-Aktionären angebotene Umtausch ihrer Aktien in Guinness-Aktien gegenüber der Konkurrenzofferte der Supermarktkette Argyll attraktiver war, so dass der Übernahmekampf schliesslich zugunsten von Guinness entschieden wurde. Die englischen Behörden eröffneten eine breitangelegte Untersuchung wegen Verletzung des Companies Act, welcher einer Gesellschaft den Erwerb eigener Aktien bzw. dessen Finanzierung nur unter einschränkenden Bedingungen gestattet, sowie wegen Missachtung des Verhaltenskodexes für Gesellschaftsübernahmen.

Die Bankenkommission ihrerseits leitete im Januar 1987 ein Verfahren gegen eine Schweizer Bank ein, die im Auftrag von Guinness für insgesamt rund 200 Millionen Pfund Sterling Guinness- sowie Distillers-Aktien gekauft hatte und sich hierfür von Guinness eine Rücknahmegarantie zum Einstandspreis nebst Zinsen, Kommissionen und Spesenersatz versprechen liess. Vorgeworfen wurde der

Bank zum einen, dass sie Transaktionen von sehr bedeutendem Umfang – sowohl in absoluten Beträgen als auch im Verhältnis zur Grösse der Bank – durchführte, ohne deren wirtschaftliche Hintergründe sowie die Zulässigkeit nach dem massgeblichen englischen Recht abgeklärt zu haben. Eine international tätige Schweizer Bank hat sich bei Transaktionen an ausländischen Börsen an die dort geltenden Gesetze und Usanzen zu halten, soweit dem nicht die schweizerische Rechtsordnung entgegensteht. Auch nach schweizerischem Recht ist die Mitwirkung an Kursmanipulationen bei Wertschriftengeschäften unzulässig und mit der Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit einer Bank nicht zu vereinbaren.

Es musste gerügt werden, dass die Beschlussfassungen im Verwaltungsrat und seinem Ausschuss nicht mit der genügenden Sorgfalt erfolgten und dass die Bank das die Plafonds von Art. 21 BankV übersteigende Klumpenengagement der Bankenkommission verspätet meldete. Da die Bank im Zuge der eingeleiteten Untersuchung die sich aufdrängenden organisatorischen und personellen Massnahmen ergriff, musste die Bankenkommission keine Verfügung zur Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes erlassen.

Mit Urteil vom 12. Mai 1987 hat das Bundesgericht in einem von den USA angestrengten Rechtshilfeverfahren in Strafsachen betreffend eine amerikanische Maklerfirma entschieden, die Kursmanipulation könne – im Unterschied zu normalen Kursstützungsaktionen – den Straftatbestand des Betruges (Art. 148 StGB) erfüllen, indem die absichtliche Verknappung des Angebotes eines Wertpapieres verbunden mit künstlich überhöhten Kaufpreisen eine arglistige Täuschung des Publikums über den Marktwert der Titel darstelle. Dies gilt jedenfalls dann, wenn es sich, wie in dem vom Bundesgericht beurteilten Fall, um ausserbörsliche Transaktionen mit individuellem, direktem Kontakt zwischen Verkäufer und Käufer und entsprechender vorvertraglicher Aufklärungspflicht handelt.

3.1.4 **Geldwäscherei**

Die Bankenkommission wurde vom Bundesamt für Justiz eingeladen, zum Entwurf einer Strafbestimmung im Strafgesetzbuch über die Geldwäscherei Stellung zu nehmen. Der vom Eidg. Justiz- und Polizeidepartement beauftragte Experte Paolo Bernasconi schlägt

vor, die Geldwäscherei über einen neuen Artikel 305bis StGB zu erfassen. Es ist vorgesehen, das Reinwaschen von illegal erlangtem Geld, das unter geltendem Recht über den Hehlereitatbestand (Art. 144 StGB) nur eingeschränkt strafrechtlich verfolgt werden kann, als Delikt gegen die Rechtspflege unter Strafe zu stellen. Strafbar macht sich, wer die Ermittlung der Herkunft oder die Einziehung von unrechtmässig erlangtem Geld oder anderen Vermögenswerten erschwert.

In ihrer Vernehmlassung befürwortete die Bankenkommission die vorgeschlagene Gesetzesrevision. Weder das Bankengesetz noch die VSB genügen für eine wirksame Bekämpfung des Missbrauchs des Bankensystems zu kriminellen Zwecken. Das Gewährserfordernis (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG) erlaubt der Bankenkommission nur, gegen Personen einzuschreiten, welche mit der Verwaltung und Geschäftsführung einer Bank betraut sind und sich an rechts- und sittenwidrigen Transaktionen beteiligen. Ebenfalls beschränkt ist der Adressatenkreis der in der VSB 87 vorgesehenen Sanktionen. Zudem wurden 1982 bei der Erneuerung der VSB von 1977 das Verbot der Entgegennahme von Geldern illegaler Herkunft (Art. 4) und die Pflicht zum Abbruch der Geschäftsbeziehung bei Verdacht auf illegale Geschäfte (Art. 12) ersatzlos gestrichen. Sie haben auch in der neuen VSB 1987 keine Aufnahme mehr gefunden.

Im weiteren schlug die Bankenkommission vor, die Strafbarkeit der juristischen Person im Zusammenhang mit der Geldwäscherei zu prüfen, da diese vielfach erst unter Ausnützung der verschlungenen Strukturen der Unternehmung möglich wird.

Die unter dem Namen «Pizza-Connection» bekanntgewordene Strafsache zeigte, dass die geltenden Strafbestimmungen, insbesondere der Hehlereitatbestand, das Reinwaschen illegaler Gelder strafrechtlich nur mangelhaft erfassen. Die «Pizza-Connection» beschäftigte auch die Bankenkommission über längere Zeit. Aus dem Drogenhandel stammende Gelder liefen über Konten von Filialen verschiedener Schweizer Banken. Nach Einsichtnahme in die Strafakten untersuchte die Bankenkommission das Verhalten mehrerer Banken mit Blick auf die Gewähr für einwandfreie Geschäftstätigkeit. Sie teilte den betroffenen Banken mit, dass von Massnahmen abgesehen werden könne, da einerseits die Verantwortlichen, deren Verhalten zu

Vorbehalten Anlass gab, in untergeordnete Chargen versetzt oder gar entlassen wurden. Andererseits haben die Geschäftsleitungen zugesichert, dass die Kontrolle der Einhaltung bestehender bankinterner Weisungen zur Verhinderung der Verwicklung in illegale Transaktionen verstärkt werde.

3.1.5 **Kursschnitte**

Bereits im Bericht des Vorjahres wurde darauf hingewiesen, dass mit Kursschnitten eine Bank ihre zivilrechtlichen Pflichten als Kommissionärin (Art. 428 Abs. 3 OR) bzw. Selbstkontrahentin (Art. 436 Abs. 2 OR) klar verletzt und dies nicht mit der Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit zu vereinbaren ist (vgl. Jahresbericht 1986 S. 27).

Im Berichtsjahr wurde die Bankenkommission durch die Bemerkung im Revisionsbericht 1986 einer kleineren Handelsbank, dass das Gesamtergebnis des Institutes massgeblich durch Handelsgewinne aus Kursschnitten beeinflusst wurde, auf einen gravierenden Fall von unzulässigen Kursschnitten aufmerksam. Die Untersuchung ergab, dass die Bank seit 1982 mit Kursschnitten neben der üblichen Courtage recht ansehnliche Erträge vereinnahmte. Gleichentags (telefonisch) eingegangene Bestens-Aufträge führte die Bank zwar weisungsgemäss durch, berechnete dem Kunden wohl einen an der Börse während der Sitzung notierten, aber schlechteren als mit der Gegenpartei (Broker) erzielten Preis. Die Differenz vereinnahmte die Bank zu ihren Gunsten. Sie verletzte damit eindeutig ihre vertraglichen Pflichten. Als Kommissionärin bzw. Selbstkontrahentin ist sie verpflichtet, den Kunden den mit dem Broker erzielten Preis, vorbehältlich Courtage, Umsatzabgabe und weitere Spesen, in Anrechnung zu bringen. Es ist unstatthaft, gestützt auf schlechtere Kursnotierungen des nämlichen Börsentages, dem Kunden den aus einem tatsächlich realisierten besseren Abschluss resultierenden Vorteil vorzuenthalten. Das gegen die betroffene Bank eingeleitete Verfahren war Ende 1987 noch hängig.

Kein Kursschnitt ist die zulässige Anwendung eines Durchschnittskurses in der Abrechnung mit den Kunden, wenn eine Bank gleichentags verschiedene Abschlüsse für eine Vielzahl von Kunden zu verschiedenen Kursen tätigt, da die Bank dabei keinen Gewinn erzielt.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass bei bankinterner Kompensation von gleichentags eingehenden Kauf- und Verkaufsaufträgen für das gleiche Wertpapier die Bank keinen Zwischengewinn erzielen darf.

3.1.6 **Verletzung der Treuepflicht durch Angestellte**

Im vergangenen Jahr sind der Bankenkommission mehrere Fälle von Bankangestellten, die ihre persönlichen Interessen vor diejenigen der Bankkunden oder der Bank gestellt hatten, bekannt geworden.

In einem Fall wurde festgestellt, dass fünf Angestellte mit Eigengeschäften unverhältnismässig hohe Gewinne erzielt hatten, die insgesamt mehr als die Hälfte der Erträge der Bank aus Devisen- und Wertschriftengeschäften ausmachten. Das interne Kontrollsystem der Bank war nicht in der Lage, die Verfehlungen der Bankmitarbeiter aufzudecken. Die betroffene Bank entliess diese Angestellten. Die Bankenkommission sah von Massnahmen gegen die Bank ab, weil letztere aufgrund des Einschreitens der Aufsichtsbehörde einerseits Wechsel im Verwaltungsrat und in der Direktion vornahm und andererseits organisatorische Massnahmen zur Behebung der Mängel ergriff.

In anderen Fällen zeigte sich, dass Angestellte, ja selbst Kader der Bank, bei Neuemissionen sich aufgrund ihrer privilegierten Stellung in bedeutendem Umfang Titel zuteilten, deren Kursnotierung an der Börse mit grosser Wahrscheinlichkeit über den Ausgabepreis zu steigen versprach («hot issues»). Andere Mitarbeiter verschafften sich in Widerhandlung gegen bestehende Weisungen Vermögensvorteile, indem sie über ihr eigenes Konto oder durch Vorschieben von Sitzgesellschaften die Frist zwischen der Zeichnung und der Zuteilung von Titeln zu ihren Gunsten ausnützten. In all diesen Fällen haben die betroffenen Angestellten ihren Arbeitgeber verlassen, aus eigenem Antrieb oder durch Entlassung.

Gewisse Banken verbieten ihren Mitarbeitern, bei anderen Instituten ein Konto zu unterhalten. In solchen Fällen ist es nicht möglich, den Angestellten den Abschluss von Geschäften über ihren Arbeitgeber zu untersagen. Damit Missbräuche verhindert werden, ist es in erster Linie Aufgabe der Bank, durch den Erlass interner Weisungen

den zulässigen Rahmen für Bankgeschäfte von Mitarbeitern festzulegen. Der Verwaltungsrat und die Direktion tragen die Verantwortung dafür, dass die entsprechenden Vorschriften eingehalten werden. Die Bankenkommission hat die Schweizerische Bankiervereinigung auf diese Probleme aufmerksam gemacht.

Die Bankenkommission untersuchte in den erwähnten Angelegenheiten, ob Personen mit Geschäftsführungsfunktionen (Art. 3 Abs. 2 Bst. c BankG) in die Vorfälle verwickelt waren und sie noch Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit boten. Nehmen die betroffenen Mitarbeiter nicht eine entsprechende leitende Aufgabe wahr, versichert sich die Bankenkommission, dass sie bei der Anstellung in einer anderen Bank von dieser zweckmässig überwacht werden und bei ihr keine leitende Position einnehmen. Sie behält sich überdies vor, Strafanzeige zu erstatten.

Bei den betroffenen Banken prüfte die Bankenkommission, ob diese Vorkehrungen zur Verhinderung solcher Geschäfte getroffen hatten, die Bank die Einhaltung dieser Massnahmen kontrollierte und bei Versagen des Kontrollsystems die nötigen Konsequenzen gezogen wurden.

3.2 Länderrisiken

Es ist auch 1987 nicht gelungen, das internationale Verschuldungsproblem zu entschärfen. Die Forderungen gegenüber den Problemländern bleiben eine latente Gefahr für die Banken wie auch für das internationale Finanzsystem. Die Bewältigung der kritischen Lage wird wohl noch auf Jahre hinaus eine schwierige Aufgabe für die Schuldnerländer, Gläubigerbanken und supranationalen Institutionen (wie Internationaler Währungsfonds, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und Weltbank) bleiben. Immer mehr wächst auch die Überzeugung, dass die bisher von den USA verfolgte Politik, Neugeld für die Aufrechterhaltung des Zinsendienstes der Schuldnerländer bereitzustellen, nicht zum Ziel führen kann.

Die Bankenkommission fühlt sich ihrerseits bestärkt in der seit Jahren konsequent geführten Politik, minimale Pauschalwertberichtigungen für alle ausstehenden Forderungen gegenüber Problemländern zu verlangen (vgl. Jahresbericht 1981 S. 22 ff., 1982 S. 32 ff.,

1983 S. 17 ff., 1984 S. 23, 1985 S. 17 f., 1986 S. 34 f.). Der Satz wurde deshalb per 31. Dezember 1987 auf 30 Prozent erhöht.

Die angespannten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in manchen Schuldnerländern erfordern von den Banken nach wie vor eine der Situation angepasste Risikovorsorge. Die Bankenkommission forderte deshalb die Banken am 22. Dezember 1987 auf, die ausstehenden Engagements in Problemländern bis zum 31. Dezember 1988 mit mindestens 35 Prozent Wertberichtigungen abzudecken. Dabei stellte sie den Banken in Aussicht, den minimalen Wertberichtigungssatz 1988 nochmals zu erhöhen. Sie empfahl deshalb den Banken, die Wertberichtigungen nach Möglichkeit schon aus dem Jahresergebnis 1987 freiwillig zu verstärken. Die Bankenkommission ist bereit, in Ausnahmefällen Erleichterungen von diesem Satz zu gewähren. Sie zieht aber auch in Erwägung, bei Banken mit einseitig gelagerten Risiken verschärfte Anforderungen zu stellen. Gleichzeitig wies die Bankenkommission die Banken an, die Wertberichtigungen für Länderrisiken auf einem gesonderten und entsprechend bezeichneten Konto unter den «Sonstigen Passiven» zu verbuchen.

3.3 Bilanzwahrheit und -klarheit

Wie in den früheren Jahren befasste sich die Bankenkommission auch 1987 in verschiedenen Fällen mit dem Grundsatz der Bilanzwahrheit und -klarheit, der dem Bilanzleser einen sicheren Einblick in die wirtschaftliche Lage einer Unternehmung vermitteln will.

In einem Fall löste eine Bank versteuerte stille Reserven für die Ausschüttung einer Jubiläumsdividende auf. Nach geltender Praxis der Bankenkommission muss die Auflösung stiller Reserven zum Zwecke der Verlustabdeckung zwingend in der Ertragsposition «Verschiedenes» (Art. 25 Ziff. 1.7 BankV) ausgewiesen werden. Weil in diesem Fall die Auflösung der stillen Reserven allein zur Gewinnausschüttung und nicht für die Abdeckung eines Verlustes erfolgte, kam die Bankenkommission zum Schluss, es genüge, wenn die Auflösung in der veröffentlichten Jahresrechnung klar aus der Rubrik «Verteilung des Reingewinnes» (Art. 25 Ziff. 3 BankV) hervorgehe. Dadurch wird nämlich sowohl dem Gläubiger wie auch dem Aktionär der Bank der mit der Dividendenzahlung eintretende Substanzverlust offengelegt.

Der Aktionär wahrt seine Rechte, indem er an der Generalversammlung mit dem Entscheid über die Gewinnverwendung indirekt auch über die Auflösung der Reserven beschliesst. Der Reingewinn, als massgebende Kennziffer bei Mehrjahresübersichten, wird zudem nicht durch einen ausserordentlichen Ertrag, den die Bank willentlich für das Jubiläumsjahr ausschüttet, beeinflusst (vgl. EBK Bulletin 17 S. 9 f.).

Im weiteren verfeinerte und verschärfte die Bankenkommission ihre vom Bundesgericht bestätigte Praxis betreffend den Ausweis eines Aktionärszuschusses zur Abdeckung eines Betriebsverlustes (vgl. EBK Bulletin 5 S. 48 ff.). Kann im Geschäftsjahr ein Reingewinn nur dank einem Zuschuss eines Aktionärs ausgewiesen werden, so muss der Zuschuss nicht wie bisher nur unter «Verschiedenes» gezeigt werden, sondern inskünftig auch aus der Aufwandposition «Reingewinn» (Art. 25 Ziff. 2.8 BankV), der «Verteilung des Reingewinnes» sowie aus dem «Saldo der Gewinn- und Verlustrechnung» (Art. 23 Ziff. 2.16 BankV) klar hervorgehen. Diese präzisierte Praxis der Bankenkommission wurde auf dem Beschwerdeweg dem Bundesgericht zum Entscheid unterbreitet. Das Urteil stand Ende Jahr noch aus.

In einer Verfügung wies die Bankenkommission das Begehren einer Bank zurück, niedrigverzinsliche Obligationen, die von ihr unter dem Nennwert gekauft worden waren, höher als zum Einstandspreis bewerten zu dürfen. Es handelte sich dabei um Titel aus Privatplazierungen, die nicht kotiert sind und für die nur ein sporadischer ausserbörslicher Markt besteht. Die Bewertung von nicht kotierten Wertpapieren ist in Art. 667 Abs. 2 OR geregelt. Danach können Titel, die nur ausserbörslich gehandelt werden, nur zum Anschaffungswert unter Berücksichtigung laufender Erträge bilanziert werden, wobei eine allfällige Wertverminderung zu beachten ist.

Da diese Titel nicht auf einem organisierten, breiten Markt mit regelmässiger Kurspublikation gehandelt werden, konnte die Frage offengelassen werden, ob eine ausdehnende Interpretation von Art. 667 Abs. 1 OR zulässig wäre. Ein Teil der Doktrin vertritt die Auffassung, nach dieser Bestimmung könnten auch nichtbörsenkotierte Wertpapiere, die an einem der Börse wirtschaftlich vergleichbaren Markt gehandelt werden, zum Durchschnittskurs des dem Bilanzstichtag vorangehenden Monats bilanziert werden.

Schliesslich behandelte die Bankenkommission auch die Frage der buchhalterischen Erfassung und Publikation der nach dem Börsensturz vom Oktober 1987 eingetretenen Verluste auf Wertschriftenportefeuilles der Banken. In Anwendung des Bankengesetzes und der Bankenverordnung können Verluste auf Wertschriften wahlweise abgedeckt werden durch Heranziehen von Bewertungsreserven auf den Wertschriften, durch Auflösung von Rückstellungen für Wertschriften, durch Belastung der Wertschriftenerträge (Ertragskonto), durch Abschreibung des Verlustes (Aufwandkonto) sowie schliesslich durch Auflösung der auf einem besonderen Konto unter den sonstigen Passiven ausgeschiedenen stillen Reserven. Eine direkte Verrechnung dieser stillen Reserven mit den auf Wertschriften erlittenen Verlusten ist aber dann nicht mehr zulässig, wenn

- über Jahre hinweg durch die Auflösung früher gebildeter stiller Reserven eine bessere Ertragsstruktur vorgetäuscht wird oder
- die über längere Zeit erarbeiteten stillen Reserven zur Deckung grosser Verluste einer einzigen Rechnungsperiode aufgebraucht werden oder
- grosse Teile des ausgewiesenen Reingewinnes auf die Auflösung stiller Reserven zurückzuführen sind.

In diesen drei Fällen müssen die betroffenen Banken die Auflösung der stillen Reserven zur Abdeckung der Wertschriftenverluste offen über die Ertragsposition «Verschiedene Erträge» zeigen und dies entsprechend vermerken («wovon Fr. ... aus Auflösung stiller Reserven»).

Die Börsensituation ist allgemein bekannt. Das Publikum weiss, dass die Banken teilweise erhebliche Verluste erlitten haben. Die Bankenkommission erwartet daher, dass die Banken in ihrem Jahresbericht klar darstellen, wie die Kursverluste behandelt worden sind.

3.4 Anerkennung von leitenden Revisoren

Mit der Revision von Banken können nur Treuhandgesellschaften und Revisionsverbände beauftragt werden, die bestimmte im Bankengesetz (Art. 20) und der Bankenverordnung (Art. 35) festgelegte Voraussetzungen erfüllen. Eine dieser Bedingungen hält fest, dass Revisoren, die mit der Leitung der Prüfungsarbeiten betraut werden,

einen guten Leumund und gründliche Kenntnisse des Bankgeschäftes und der Bankrevision haben müssen (Art. 35 Abs. 2 Bst. c BankV).

Während die Prüfung des guten Leumundes eines leitenden Revisors relativ einfach ist – man kann insbesondere auf Leumundszeugnisse, Zentralstrafregisterauszüge und Referenzen abstellen –, fällt es um so schwerer, einheitliche und aussagekräftige Kriterien zu finden, an denen das Fachwissen eines Wirtschaftsprüfers objektiv gemessen werden kann. Die Bankenkommission verlangt deshalb von Personen, welche als leitende Revisoren anerkannt werden wollen, den Nachweis der Sachkenntnis grundsätzlich in der Form des eidg. Bücherexperten-Diploms. Dies hatte zur Folge, dass insbesondere Revisionsverbände Schwierigkeiten bekundeten, derart hochqualifizierte Mitarbeiter zu finden, weil der Arbeitsmarkt in diesem Bereich seit Jahren ausgetrocknet ist, und weil diplomierte Bücherexperten die Revision von kleinen Raiffeisenkassen und von Lokal- und Regionalbanken, die über eine relativ einfache Organisationsstruktur verfügen und vorwiegend im Hypothekargeschäft tätig sind, vielfach als eine zu bescheidene berufliche Herausforderung betrachten. Angesichts dieser besonderen Situation anerkannte die Bankenkommission bislang in Ausnahmefällen bei Revisionsverbänden auch leitende Revisoren, die in anderer Weise als durch das Diplom des Bücherexperten die nötigen theoretischen und praktischen Qualifikationen nachweisen konnten (vgl. Jahresbericht 1979 S. 19 f.).

In den letzten Jahren stieg der Bedarf an qualifizierten Bankrevisoren weiter an. Das starke Wachstum des schweizerischen Bankgewerbes und die immer komplexeren Bankgeschäfte veranlassten die Banken, ihre internen Inspektorate zu verstärken. So nahm von 1977 bis 1985 die Zahl der in der externen und internen Bankrevision tätigen Mitarbeiter (ohne Kantonalbanken sowie Darlehens- und Raiffeisenkassen) von 575 auf 910 zu. Von dieser Entwicklung wurden auch die für die Bankrevision anerkannten Treuhandgesellschaften stark betroffen, stehen sie doch auf dem Arbeitsmarkt in direkter Konkurrenz mit den Inspektoraten der Banken. Trotz grosser Anstrengungen im Ausbildungssektor haben sie zunehmend Mühe, ihre Mitarbeiterstäbe mit ausgewiesenem Personal, insbesondere mit diplomierten Bücherexperten, zu ergänzen. Diese ziehen es häufig vor, besser bezahlte Angebote von Bankinspektoraten anzunehmen. Überdies soll die Bereitschaft zur Übernahme der Aufgabe als lei-

tender Revisor wegen des überdurchschnittlich hohen persönlichen Berufsrisikos nicht besonders gross sein. Schliesslich sei auch die Dynamik der Bankbranche und damit der Zwang, sich immer wieder mit neuen und komplexen Bankgeschäften auseinandersetzen zu müssen, für viele Revisoren unattraktiv.

In Anbetracht des seit Jahren ausgetrockneten Arbeitsmarktes, der sich in dieser Sparte in absehbarer Zeit kaum entspannen wird, beschloss die Bankenkommission im Berichtsjahr auf Antrag der Schweizerischen Treuhand- und Revisionskammer, ihre bisherige strikte Anerkennungspraxis für leitende Revisoren zu lockern. Grundsätzlich hält sie zwar nach wie vor an der bisherigen Praxis fest, wonach ein leitender Revisor diplomierter Bücherexperte sein muss und Kenntnisse des Bankgeschäftes und der Bankrevision nachzuweisen hat. Die Bankenkommission ist indessen in Zukunft bereit, in Ausnahmefällen auch Büchersachverständige ohne Diplom als leitende Revisoren anzuerkennen, die in dieser Eigenschaft A-Mitglied der Schweizerischen Treuhand- und Revisionskammer sind und wie diplomierte Bücherexperten über gründliche Kenntnisse der Bankrevision und des Bankgeschäftes verfügen.

In Anlehnung an die strengen Bedingungen der Statuten der Schweizerischen Treuhand- und Revisionskammer, die für die Aufnahme solcher Büchersachverständiger als A-Mitglied gelten, wurden zudem Kriterien aufgestellt, bei deren Erfüllung ein Mitarbeiter einer Revisionsgesellschaft ausnahmsweise ebenfalls ohne Diplom als leitender Revisor zugelassen werden kann. Wesentlichste Voraussetzungen sind einerseits ein wirtschaftswissenschaftliches oder juristisches Hochschulstudium, ein HWV-Abschluss, ein eidgenössisches Diplom in den Bereichen Bank, Rechnungswesen, Organisation, Informatik oder ein Fachausweis Treuhänder sowie anderseits eine zwölfjährige Fachpraxis, die auf die besonderen Bedürfnisse des Bankgeschäftes und der Bankrevision ausgerichtet ist.

3.5 Umwandlung von Genossenschaftsbanken in Aktiengesellschaften

Änderungen der Konkurrenzverhältnisse und eine Öffnung zur Universalbank führen seit mehreren Jahren zu einem Anstieg der Umwandlungen von Genossenschaften in Aktiengesellschaften. Wie

in den Vorjahren haben mehrere Genossenschaftsbanken von der im Bankengesetz (Art. 14) vorgesehenen Möglichkeit der erleichterten Umwandlung in eine Aktiengesellschaft ohne Liquidation Gebrauch gemacht. Massgebend ist dabei das bei einer Aktiengesellschaft im voraus bestimmbare Kapital. Die Umwandlung wird manchmal auch wegen einer geplanten Fusion mit einer anderen Bank gewählt. Eine finanzielle Neustrukturierung kann bei einer Aktiengesellschaft leichter als bei einer Genossenschaft durchgeführt werden. In diesem Sinne sah sich im Berichtsjahr eine Genossenschaft aus wirtschaftlichen Gründen veranlasst, ihre Rechtsform zu ändern. Immobilisierungs- und Verlustrisiken auf einigen grossen spekulativen Anlagen im Fremdenverkehrsbereich verursachten der Bank Schwierigkeiten. Die gewährten Vorschüsse übertrafen nicht nur die finanziellen Möglichkeiten der Schuldner, sie standen auch im Missverhältnis zur Grösse und zu den eigenen Mitteln der Bank. Diese hat mangels Kapitaleinsatzes der Promotoren die nötigen Infrastrukturaufgaben der Fremdenverkehrsorte selber weiterfinanziert und so das Unternehmerrisiko an Stelle der Schuldner übernommen. Die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung wie auch gewisse Fehler in der Verwaltung verschärften die Lage und führten, unter Mithilfe einer Grossbank, zu einer Umwandlung der Genossenschaft in eine Aktiengesellschaft.

3.6 Bankähnliche Finanzgesellschaften

Die Zahl der bankähnlichen Finanzgesellschaften, die sich nicht öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfehlen, nahm in den letzten Jahren stark zu. Die Bankenkommission unterstellte seit Ende 1977 insgesamt 91 neue bankähnliche Finanzgesellschaften den Art. 7 und 8 BankG, wovon über ein Drittel japanische Unternehmen sind. Da sich seit 1978 verschiedene dieser Gesellschaften in Banken umwandelten, von andern Instituten übernommen wurden oder ihre Tätigkeit aufgaben, erhöhte sich deren Anzahl von 63 Ende 1977 auf lediglich 135 Ende 1987.

Das anhaltende Interesse für die Gründung bankähnlicher Finanzgesellschaften, die sich nicht öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfehlen, ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen. Einmal sind die Rahmenbedingungen des Finanzplatzes zu erwähnen, die – wegen der Verbesserung der fiskalischen und gesetzlichen Ge-

schäftsbedingungen konkurrierender ausländischer Finanzzentren – für gewisse Geschäftssparten zwar an Attraktivität verloren haben, insgesamt aber nach wie vor vorteilhaft sind. Ebenso ist die Anziehungskraft des schweizerischen Kapitalmarktes angesichts des relativ tiefen Zinsniveaus für ausländische Kreditnehmer immer noch gross, was zahlreiche Finanzvermittler wie Banken und Broker veranlasst, Anleihen zugunsten ihrer heimatlichen Kundschaft in der Schweiz aufzulegen. Wollen diese Finanzintermediäre Mitglied des entsprechenden Emissionssyndikates sein, so setzt dies nach den Syndizierungsvorschriften der Schweizerischen Nationalbank («Merkblatt über die geltenden Kapitalexportbestimmungen: Ausgabe vom 29. Mai 1986») voraus, dass sie entweder als Bank oder bankähnliche Finanzgesellschaft dem Bankengesetz unterstellt sind.

Oft wählen ausländische Banken oder Broker den Status einer bankähnlichen Finanzgesellschaft, weil es ihnen des fehlenden oder beschränkten Gegenrechtes wegen nicht möglich ist, in der Schweiz eine Bank zu errichten (insbesondere japanische Gesellschaften; vgl. Ziff. 3.8.1.2, S. 47 f.). Ferner wurde die Form der bankähnlichen Finanzgesellschaft, die sich nicht öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfiehlt, auch von einigen ausländischen Banken gewählt, die in der Schweiz bereits über eine Zweigniederlassung tätig sind, aufgrund der Gesetzgebung ihres Herkunftslandes aber das Emissionsgeschäft oder den Wertschriftenhandel nicht betreiben dürfen.

Bankähnliche Finanzgesellschaften, die sich nicht öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfehlen – sich also nur durch eigene Mittel, durch Vorschüsse der massgebenden Aktionäre oder durch Darlehen von Banken refinanzieren –, sind in ihrer Geschäftstätigkeit grundsätzlich frei. Ihr Aktivitätsspektrum umfasst verschiedene Bereiche des Finanz- und Bankgeschäftes: das Emissionsgeschäft, den Wertschriftenhandel, die Vermögensverwaltung und -beratung, Spezialbereiche wie die Forfaitierung und das Leasing, aber auch das Zinsdifferenzgeschäft. Verschiedene dieser Gesellschaften haben sich auf spezielle Segmente spezialisiert (Emissionshäuser), andere wiederum sind im Sinne einer Universalbank tätig. Im Einvernehmen mit der Schweizerischen Nationalbank unterstellt die Bankenkommission solche bankähnlichen Finanzgesellschaften den Art. 7 und 8 BankG, die das Verhältnis der Banken und bankähnlichen Finanzgesellschaften zur Nationalbank regeln, nur dann, wenn sie gewissen

Anforderungen genügen. Unter anderem mussten sie sich bislang über Kredite und Beteiligungen in der Höhe ihres Grundkapitals, mindestens jedoch von 10 Millionen Franken, ausweisen. Dieses Kredit- und Beteiligungsportefeuille musste nach bisheriger Praxis zu 75 Prozent aus echten Krediten bestehen.

Die neueren Entwicklungen auf dem Finanzmarkt, insbesondere die Tendenz zur «Securitization», verursachten verschiedenen bankähnlichen Finanzgesellschaften in der Einhaltung dieser Auflage zunehmend Schwierigkeiten. Diesen Veränderungen Rechnung tragend, revidierte die Schweizerische Nationalbank im Einvernehmen mit der Bankenkommission das bisher geltende Rundschreiben. In einem neuen Zirkular vom 5. Juni 1987 sind die neuen Bedingungen für die Unterstellung bankähnlicher Finanzgesellschaften unter die Art. 7 und 8 BankG festgelegt. Danach hat eine bankähnliche Finanzgesellschaft ihre Mittel bei Personen oder Gesellschaften anzulegen, die nicht zu ihrem Konzern gehören, und zwar wahlweise in der Form von Krediten oder Wertpapieren. Diese so plazierten Anlagen müssen ständig mindestens dem doppelten Betrag des einbezahlten Grundkapitals entsprechen. Für Gesellschaften, deren liberiertes Grundkapital weniger als 5 Millionen Franken beträgt, wird ein Mindestvolumen von 10 Millionen Franken verlangt. Diese minimale Finanzierungstätigkeit muss innert eines Jahres nach dem Unterstellungsentscheid der Bankenkommission erreicht sein. Wie früher muss das Grundkapital mindestens 2 Millionen Franken betragen und aus den Statuten klar ersichtlich sein, dass eine Finanztätigkeit bezweckt wird, wobei ausdrücklich hervorzuheben ist, dass sich die Gesellschaft nicht öffentlich zur Annahme fremder Gelder empfiehlt. Schliesslich muss eine bankähnliche Finanzgesellschaft über eine ständige Betriebsstätte in der Schweiz verfügen sowie vollzeitlich angestellte verantwortliche Mitarbeiter mit selbständigen Entscheidungskompetenzen beschäftigen.

Darüber hinaus verlangt die Bankenkommission von Finanzgesellschaften, die zu einer Bank- oder Finanzgruppe gehören oder einer solchen nahestehen, die regelmässige Einreichung der Jahresrechnung und eines von einer qualifizierten Revisionsgesellschaft erstellten Prüfungsberichtes. Änderungen der Statuten, die den Geschäftsbereich der Gesellschaft betreffen, müssen ihr überdies gemeldet werden.

3.7 Prospekt für die Ausgabe von Notes

Die Bankenkommission erwartet von allen ihrer Aufsicht unterstellten Instituten nicht nur die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen des öffentlichen Bankenrechts, sondern auch diejenigen des Privatrechtes. Sie will deshalb gerade jene Rechtsvorschriften dieses Bereiches durchsetzen, bei denen allgemeine Interessen der Anleger tangiert sind oder wo sich Institute bei Missachtung dieser Vorschriften einem erhöhten Risiko von Schadenersatzforderungen aussetzen und damit die Forderungen der Bankgläubiger gefährden könnten. So intervenierte sie im Sektor der Anlageberatung, wo die Interessen der Bank und jene ihrer Kunden (Anleger und Kreditnehmer) in Konflikt standen (Jahresbericht 1982 S. 21 f.). In diesem Sinne wirkte sie in den letzten Jahren auch darauf hin, dass die Prospektpflicht (Art. 1156 OR) bei öffentlichen Emissionen von Notes durch eine privatrechtliche Vereinbarung geregelt wird und der Anleger seine Entscheide aufgrund korrekter und transparenter Informationen treffen kann (vgl. Jahresbericht 1984 S. 36 f., 1985 S. 27 f. und 1986 S. 33 f.).

Den Ende 1986 von der Schweizerischen Bankiervereinigung erhaltenen neuen Konventionsentwurf über Notes ausländischer Schuldner nahm die Bankenkommission im Berichtsjahr zur Kenntnis. Die Konvention XIX über Notes ausländischer Schuldner trat anfangs Mai 1987 in Kraft und ersetzt eine ungenügende ähnliche Vereinbarung aus dem Jahre 1984. Sie statuiert nunmehr ausdrücklich die Prospektpflicht für alle Stückelungen von 50000 Franken und mehr. Der Inhalt des Prospektes entspricht in weiten Teilen dem Börseneinführungsprospekt. Insbesondere erhält der Anleger Hinweise auf allenfalls bestehende Qualitätszeichen international anerkannter Rating-Institute. Es ist überdies sichergestellt, dass die Investoren auf Anfrage hin während der gesamten Laufzeit der Notes über den Schuldner oder dessen Bürgen und Garanten Informationen erhalten.

Die neue Konvention gibt dem interessierten Anleger somit Angaben, welche über die gesetzliche Prospektpflicht von Art. 1156 OR hinausgehen. In dieser Hinsicht stellt sie einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar. Die Bankenkommission sieht deshalb vorläufig davon ab, ein Rundschreiben über die Prospektpflicht bei der öffentlichen Emission von Notes für Banken zu erlassen. Sie hätte es allerdings begrüsst, wenn die Konvention ebenfalls alle nicht zur Kotie-

rung vorgesehenen, aber einem breiten Publikum offenstehenden Emissionen abgedeckt hätte. Sie erwartet jedoch, dass sich die Finanzinstitute auch bei Emissionen mit Stückelung unter 50000 Franken von der Konvention leiten lassen werden.

Das zunehmende Gewicht der Finanz- und Kapitalmarkt-Operationen und damit verbunden die Bedeutung von Effektenhandel, Anlageberatung und Vermögensverwaltung erheischen erhöhte Anforderungen an die Sorgfaltspflicht der Banken und ihrer Mitarbeiter sowie an die Transparenz der Geschäfte und des Marktes. Die Bankenkommission wird die Entwicklung weiterhin mit Aufmerksamkeit verfolgen und dieser bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben auch inskünftig Rechnung tragen. Sie würde es allerdings begrüssen und entsprechende Bestrebungen unterstützen, wenn die Banken vermehrt von sich aus zum Instrument der Selbstregulierung greifen und damit im eigenen Interesse einen Beitrag zum Ausbau des Anleger- und Funktionsschutzes am schweizerischen Finanzmarkt leisten würden. Andererseits muss sich der Anleger auch seiner Eigenverantwortlichkeit bewusst sein. Für seine Anlageentscheide trägt in erster Linie er das Risiko. Weder staatliche Schutzgesetze noch privatrechtliche Regelungen können ihm diese Verantwortung abnehmen. Sie können lediglich für ein verantwortungsbewusstes und sauberes Bank- und Finanzwesen sorgen, das transparent und funktionstüchtig ist.

3.8 Ausländisch beherrschte Banken

3.8.1 Gegenrecht

Einer ausländisch beherrschten Bank kann die Bewilligung zur Ausübung der Geschäftstätigkeit in der Schweiz nur erteilt werden, wenn die Staaten, in denen die die Bank massgeblich beeinflussenden natürlichen und juristischen Personen ihren Sitz haben, Gegenrecht gewährleisten. Dieses ist gegeben, wenn schweizerische Banken im betreffenden Staat eine Bank in Form einer Zweigniederlassung oder Tochtergesellschaft gründen und betreiben können und diese rechtlich und faktisch umfassend und gewinnbringend tätig sein kann.

Mit Verfügung vom 24. März 1987 entschied die Bankenkommission, dass diese Bedingungen durch Norwegen und Schweden erfüllt werden.

3.8.1.1 **Libanon**

Die Bankenkommission musste sich bislang schon mehrfach zur Frage der Gewährung des Gegenrechtes durch den Libanon äussern (vgl. EBK Bulletin 9 S. 45). In einem unveröffentlichten Entscheid vom 21. Januar 1983 verfügte sie, dass das Gegenrecht für libanesische Banken mit Sitz im Libanon, die in der Schweiz eine Bank gründen oder eine beherrschende Beteiligung an einer bestehenden Bank erwerben wollen, gewährleistet ist. Hingegen entschied die Bankenkommission, dass für natürliche Personen mit Wohnsitz im Libanon die Gegenrechtsvoraussetzungen nicht erfüllt sind.

Der Bürgerkrieg und der Zerfall der Staatsstrukturen im Libanon veranlassen bedeutende Aktionäre libanesischer Banken vermehrt, direkt in Europa in ihre Tochterbanken zu investieren. So beteiligen sie sich vor allem an Holdinggesellschaften, die Mehrheitsbeteiligungen an Banken in der Schweiz halten oder diese anderweitig beherrschen. Andere Libanesen werden direkt Aktionär der Schweizer Bank. Diese Entwicklung zeigt auf, dass der ordentliche Betrieb einer Bank im Libanon nicht mehr in ausreichendem Masse gewährleistet ist. Mehrere Gesuche betreffend Änderungen in der Aktionärschaft libanesisch beherrschter Banken (Art. 3ter Abs. 2 BankG) veranlassten die Bankenkommission, angesichts dieser Feststellungen und des Umstandes, dass die Bewilligungsvoraussetzungen einer Bank ständig erfüllt sein müssen, zu verfügen, dass das Gegenrecht durch den Libanon zurzeit faktisch nicht mehr gewährleistet wird. Inskünftig wird deshalb bis zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse jedes neue Gesuch natürlicher oder juristischer Personen mit Sitz im Libanon um Ausübung einer Banktätigkeit in der Schweiz abgewiesen werden müssen.

Dieser Entscheid hätte eigentlich den Widerruf der an libanesisch beherrschte Banken in der Schweiz erteilten Bewilligungen zur Folge haben müssen. Diese Banken sind jedoch für die gegenwärtige Lage im Libanon nicht verantwortlich. In Ermangelung einer funktionsfähigen libanesischen Regierung, welche für die Schaffung or-

dentlicher Verhältnisse zuständig wäre, ist es auch unmöglich, Druck auszuüben, damit Schweizer Banken, die sich allenfalls im Libanon niederlassen möchten, dort über die gleichen Geschäftsmöglichkeiten verfügen, wie sie libanesische Banken in der Schweiz vorfinden. Schliesslich kann die Lage im Libanon auch nicht mit derjenigen eines Staates verglichen werden, der mit seiner geltenden Gesetzgebung die Banktätigkeit auf seinem Hoheitsgebiet verbietet oder einschränkt. Aufgrund dieser Erwägungen lässt es die Bankenkommission zu, dass die bestehenden libanesisch beherrschten Banken ihre Bewilligung behalten. Sie stellte indessen fest, dass sie einem Wechsel von Aktionären, die einen beherrschenden Einfluss auf die Bank ausüben, nur dann zustimmen wird, wenn diese Veränderungen zugunsten bestehender direkter oder indirekter libanesischer Aktionäre der Bank erfolgen (vgl. EBK Bulletin 17 S. 28 ff.).

3.8.1.2 **Japan**

Im Vorjahr (vgl. Jahresbericht 1986 S. 29 f.) stellte die Bankenkommission fest, dass in Japan die Geschäftsmöglichkeiten ausländischer Banken trotz anerkennenswerter Liberalisierungsschritte nach wie vor erheblich eingeschränkt sind, insbesondere im Vergleich zum Finanzplatz Schweiz, wo japanische Banken in ihrer geschäftlichen Entwicklung weder durch rechtliche noch durch administrative Hemmnisse behindert werden. Der qualitativen Einschränkungen wegen wird das Gegenrecht durch Japan also nicht generell gewährleistet, sondern kann nur von Fall zu Fall aufgrund der konkreten Umstände und der ausgehandelten Verbesserungen für die Geschäftsmöglichkeiten schweizerischer Banken beurteilt werden. An dieser härteren Praxis wird die Bankenkommission festhalten, da weiterhin ein beträchtliches Ungleichgewicht in qualitativer und quantitativer Hinsicht in den Bankbeziehungen zwischen der Schweiz und Japan besteht.

Eine Reihe weiterer japanischer Finanzinstitute, worunter neben Banken auch einige bedeutende Wertschriftenhandelsfirmen, haben im Berichtsjahr ihr Interesse an der Umwandlung ihrer in der Schweiz etablierten bankähnlichen Finanzgesellschaften in Banken angemeldet. Dies zeigt, dass die Attraktivität des schweizerischen Finanzplatzes nach wie vor ungebrochen ist und die Bankbewilligung begehrt

bleibt. Den japanischen Behörden wurde mitgeteilt, die Bankenkommission könne auf die angekündigten Bewilligungsgesuche erst eintreten, wenn die Anträge von zwei Schweizer Banken auf je einen Sitz an der Tokioter Wertpapierbörse gutgeheissen würden. Mitte Dezember erhielten 16 Institute einen Börsensitz in Tokio zugesichert, worunter auch die beiden Gesuchstellerinnen aus der Schweiz. Damit ist der Weg für eine weitere Öffnung des Bankplatzes Schweiz für japanische Banken und Finanzgesellschaften geschaffen worden.

Die Bankenkommission hat in enger Zusammenarbeit mit den interessierten Banken, dem Finanz- und Wirtschaftsdienst des Eidg. Departementes für auswärtige Angelegenheiten sowie dem Bundesamt für Aussenwirtschaft Richtlinien für Verhandlungen über die Erteilung weiterer Bankbewilligungen an japanische Banken oder Wertschriftenhäuser in der Schweiz aufgestellt. Die japanischen Behörden sollen dazu angehalten werden, den vor allem auf ausländischen Druck zurückzuführenden Liberalisierungsprozess in Japan so weit zu fördern, dass das qualitative Ungleichgewicht zwischen dem japanischen Trennbanksystem und dem schweizerischen Universalbanksystem beseitigt wird.

3.8.1.3 **Liste der Gegenrecht bietenden Staaten**

Folgende Staaten erfüllen zurzeit – zum Teil jedoch mit Einschränkungen – die Gegenrechtsvoraussetzungen: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Hongkong, Israel, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Spanien und in den USA die Staaten Colorado, Connecticut, Florida, Illinois, Indiana, Kalifornien, Massachusetts, New York, Ohio, Pennsylvanien, Texas und Wisconsin.

3.8.2 **Konsolidierte Aufsicht**

Zur Sicherstellung einer wirksamen Kontrolle von Bankkonzernen (Art. 12 Abs. 2 BankV) erliess die Bankenkommission verschiedene Rundschreiben («Konsolidierungs-Richtlinien» vom 17. März 1978 und «Meldung von Klumpenrisiken des Bankkonzerns» vom 2. November

1983) und Verfügungen, wobei letztere Gegenstand von Verwaltungsgerichtsbeschwerden an das Bundesgericht waren (vgl. BGE 108 Ib 78 ff., 196 ff. und 516 ff.). Auf internationaler Ebene bestehen die vom Ausschuss für Bankengesetzgebung und -aufsicht (Cooke-Committee) bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich 1983 vollständig überarbeiteten «Grundsätze für die Beaufsichtigung der ausländischen Niederlassungen von Banken», besser bekannt unter dem Titel «Basler Konkordat».

Gestützt auf diese Grundsätze verlangt die Bankenkommission von der durch einen ausländischen Bankkonzern beherrschten Bank in der Schweiz die Bestätigung, dass die Bankaufsichtsbehörde ihrer Mutterbank eine konsolidierte Aufsicht wahrnimmt, welche die Tochtergesellschaft in der Schweiz einschliesst. Nach Auffassung der Bankenkommission gehört diese konsolidierte Überwachung zu den Bewilligungsvoraussetzungen (Art. 3 Abs. 2 Bst. a BankG), die ständig erfüllt sein müssen (vgl. EBK Bulletin 17 S. 28 ff.).

Im herkömmlichen Bankkonzern steht an der Spitze eine Bank, die alle übrigen Konzerngesellschaften mehrheitlich oder auf sonstige Weise beherrscht. In den letzten Jahren haben auch in der Schweiz andere Organisationsformen an Bedeutung gewonnen. Ähnlich wie im Ausland entstanden Bank- und Finanzkonzerne, die durch Holdinggesellschaften geführt werden, die selber keine Banken sind. Im Lichte der bestehenden Praxis der Bankenkommission im Bereiche der konsolidierten Aufsicht von herkömmlichen Bankkonzernen ist es nur logisch, wenn auch für diese atypischen Bankgruppen eine konsolidierte Überwachung gefordert wird. In diesem Sinne hat die Bankenkommission vor kurzem im Falle einer libanesisch beherrschten Bank mit Sitz in der Schweiz, an deren Spitze neuerdings eine ausländische Nichtbanken-Holding steht (vgl. Ziff. 3.8.1.1, S. 46), verlangt, dass die Holding ihren Sitz entweder in die Schweiz oder in einen Staat verlegt, welcher eine konsolidierte Aufsicht garantiert; vorbehalten bleiben Ausnahmeregelungen, mit denen das gleiche Ziel erreicht werden kann (vgl. dazu EBK Bulletin 17 S. 28 ff.).

4. Revisionsaufwand bei Banken

Die Bankenkommission liess im Jahre 1986 durch die bankengesetzlichen Revisionsstellen den Aufwand für die interne und die exter-

ne Revision erheben (Jahresbericht 1986 S. 16 f.). Das Ergebnis der Umfrage wurde nunmehr ausgewertet.

Gleich wie bei der 1978 durchgeführten Erhebung (vgl. EBK Bulletin 4 S. 5 f.) wurde der Aufwand nicht wertmässig dargestellt, sondern in Revisionsstunden umgerechnet und mit dem Personalbestand der Banken in Beziehung gesetzt. Damit wurde berücksichtigt, dass die Revision die Tätigkeit von Menschen und nicht blosse Geldbeträge überprüft. Eine Relation zur Bilanzsumme hätte zu keinen aussagekräftigen Ergebnissen geführt.

Im Durchschnitt aller untersuchten Banken beträgt der Anteil der Revisoren an der Gesamtzahl der Beschäftigten (ohne Kantonalbanken und Raiffeisenkassen) 1,09 Prozent (vgl. S. 51, Tabelle 1: Verhältnis der Revisoren zum Mitarbeiterbestand der Banken 1977/1985). Ohne die Grossbanken (0,63 Prozent), welche mit ihrem Gewicht das Gesamtergebnis stark beeinflussen, ergäbe sich ein Mittel von 1,89 Prozent. Den höchsten Anteil weisen die Filialen ausländischer Banken sowie die ausländisch beherrschten Banken auf. Bei Banken mit sehr kleinem Mitarbeiterbestand (bis 5 Beschäftigte) ist der Anteil der Revisionsstunden an den gesamten Arbeitsstunden mit 3,87 Prozent am grössten, bei mittleren Banken (6 – 50 Mitarbeiter) und bei Instituten mit mehr als 50 Beschäftigten – unter Ausschluss der Grossbanken – ist der Anteil mit 1,67 Prozent bzw. 1,91 Prozent ungefähr gleich gross.

Der Revisionsaufwand nahm mit Ausnahme der Grossbanken bei allen Bankengruppen überproportional zum Personalwachstum zu. Hingegen hielt er mit der Ausdehnung der Geschäftstätigkeit nicht Schritt. Auf den einzelnen Mitarbeiter entfällt heute im Durchschnitt ein grösseres Geschäftsvolumen als 1978. Die Informatik trug zweifelsohne wesentlich zu dieser Entwicklung bei.

Eine weitere Untersuchung galt der Frage, welche Banken ein internes Inspektorat geschaffen haben (vgl. S. 52, Tabelle 2: Anteil der Banken mit internem Inspektorat nach Mitarbeiterbestand 1977/1985). Während die Institute mit weniger als 50 Mitarbeitern nur selten ein internes Inspektorat haben, beträgt der Anteil bei Instituten mit 51 – 100 Mitarbeitern 68 Prozent. Die grösseren Banken verfügen ausnahmslos über ein Inspektorat. Der Schwellenwert für die Schaffung eines internen Inspektorates liegt somit bei ungefähr 50 Mitarbei-

Tabelle 1 Verhältnis der Revisoren zum Mitarbeiterbestand der Banken 1977/1985

Bankengruppe		Mitarbeiterbestand I 1 – 5		II 6 – 50		III über 50		Total	
		Anzahl Institute	Revisoren/ Beschäftigte %	Anzahl Institute	Revisoren/ Beschäftigte %	Anzahl Institute	Revisoren/ Beschäftigte %	Anzahl Institute	Revisoren/ Beschäftigte %
Grossbanken	1977	–	–	–	–	5	0,66	5	0,66
	1985	–	–	–	–	5	0,63	5	0,63
Regionalbanken und Sparkassen	1977	91	2,4	104	0,9	24	1,2	219	1,18
	1985	64	3,95	114	1,34	35	1,38	213	1,44
Schweizer Handelsbanken	1977	7	2,3	20	1,8	9	1,4	36	1,47
	1985	2	2,56	9	2,69	14	1,63	25	1,67
Börsenbanken	1977	4	2,8	28	1,3	13	1,2	45	1,21
	1985	5	3,75	22	1,73	17	1,78	44	1,79
Institute für Kleinkredite	1977	2	2,4	7	0,9	4	0,7	3	0,73
	1985	–	–	6	1,07	6	2,24	12	2,10
Ausländisch beherrschte Banken	1977	1	1,6	49	1,7	33	1,9	83	1,85
	1985	–	–	48	2,16	56	2,27	104	2,26
Filialen ausl. Banken	1977	–	–	5	1,9	9	1,9	14	1,95
	1985	–	–	3	1,34	11	2,55	14	2,50
Privatbankiers	1977	–	–	15	0,7	12	0,9	27	0,88
	1985	–	–	12	1,26	11	1,29	23	1,31
Total	1977	105	2,4	228	1,4	109	0,9	442	0,94
	1985	71	3,87	214	1,67	155	1,05	440	1,09
Total exkl. Grossbanken	1977					104	1,5	437	1,45
	1985					150	1,91	435	1,89
Kantonalbanken	1985	–	–	–	–	29	1,43	29	1,43

Tabelle 2 Anteil der Banken mit internem Inspektorat nach Mitarbeiterbestand 1977/1985

Mitarbeiterbestand / Bankengruppe		1 - 5			6 - 50			51 - 100			über 100			Total		
		Institute			Institute			Institute			Institute			Institute		
		total	mit Insp.		total	mit Insp.		total	mit Insp.		total	mit Insp.		total	mit Insp.	
			total	in%		total	in%		total	in%		total	in%		total	in%
Grossbanken	1977	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	5	100	5	5	100
	1985	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	5	100	5	5	100
Regionalbanken und Sparkassen	1977	91	-	-	104	1	1	7	5	71	17	16	94	219	22	10
	1985	64	-	-	114	5	4	18	10	56	17	17	100	213	32	15
Schweizer Handelsbanken	1977	7	-	-	20	2	10	2	-	-	7	6	86	36	8	22
	1985	2	-	-	9	2	22	5	3	60	9	9	100	25	14	56
Börsenbanken	1977	4	-	-	28	3	10	7	4	57	5	4	80	45	12	27
	1985	5	-	-	22	2	9	6	5	83	11	11	100	44	18	41
Institute für Kleinkredite	1977	2	-	-	7	-	-	-	-	-	4	4	100	13	4	31
	1985	-	-	-	6	-	-	2	2	100	4	4	100	12	6	50
Ausländisch beherrschte Banken	1977	1	-	-	49	10	20	15	13	87	19	18	95	83	41	49
	1985	-	-	-	48	18	38	26	21	81	30	30	100	104	69	66
Filialen ausl. Banken	1977	-	-	-	5	1	20	4	4	100	5	4	80	14	9	64
	1985	-	-	-	3	3	100	1	1	100	10	10	100	14	14	100
Privatbankiers	1977	-	-	-	15	1	7	5	2	40	7	4	57	27	7	26
	1985	-	-	-	12	-	-	5	1	20	6	6	100	23	7	30
Total	1977	105	-	-	228	18	8	40	28	70	69	61	88	442	107	24
	1985	71	-	-	214	30	14	63	43	68	92	92	100	440	165	38
Kantonalbanken	1985	-	-	-	-	-	-	5	5	100	24	24	100	29	29	100

tern. Klarerweise kann aber nicht bloss die Anzahl der Beschäftigten massgebend sein. Die Struktur und der Tätigkeitsbereich sind ebensosehr zu gewichten. Die Anzahl der internen Inspektorate erhöhte sich von 107 auf 165 bei nahezu gleichbleibender Zahl von Banken.

Im ganzen bestätigt die Auswertung weitgehend das Ergebnis der Erhebung von 1978. Krasse Abweichungen ergaben sich keine. Die vorliegenden Zahlen dürfen allerdings nicht als Norm, sondern bloss als Richtmass für die einzelne Bank herangezogen werden. Für die wirkungsvolle Prüfung einer Bank kann nicht nur die Zahl der Revisionsstunden ausschlaggebend sein. Die Qualität der internen wie der externen Revision ist von mindestens gleich grosser Bedeutung. Diese kann indessen nicht zahlenmässig gewogen werden.

Das Ergebnis der Umfrage wird in einem der nächsten EBK Bulletins umfassend veröffentlicht werden.

5. Beziehungen zu anderen Behörden und zu Verbänden

5.1 Behörden des Bundes

Mit dem Eidg. Finanzdepartement (Rechtsdienst) wurde eng zusammengearbeitet bei der Überführung der neuen Liquiditätsvorschriften in die Bankenverordnung. Zuhanden des Departementes nahm die Bankenkommission Stellung zu parlamentarischen Vorstössen über die neuen Finanzmarktinstrumente, die internationale Verschuldung, die Sorgfaltspflichtvereinbarung der Banken, die Tätigkeit der SOFFEX sowie über das Verhältnis des Finanzplatzes Schweiz zum Fürstentum Liechtenstein.

Die Prüfung des Gegenrechts mit Japan (Art. 3bis Abs. 1 Bst. a BankG) durch die Bankenkommission erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (Finanz- und Wirtschaftsdienst).

Auf Begehren der zuständigen Kommission des Ständerates äusserte sich die Bankenkommission zur Frage, wie die Auflösung von stillen Reserven im neuen Aktienrecht geregelt werden könnte.

Die Bankenkommission wurde ferner von der Kartellkommission

im Rahmen der Untersuchung über die Wettbewerbsverhältnisse im Bankwesen angehört.

5.2 Nationalbank

Gemeinsam mit der Schweizerischen Nationalbank wurden die neuen Liquiditätsvorschriften erarbeitet (Ziff. 1.1, S. 14 ff.).

An den beiden traditionellen jährlichen Aussprachen erörterte die Bankenkommission mit dem Direktorium der Nationalbank namentlich

- die beabsichtigte Ausdehnung des Geltungsbereiches des Bankengesetzes (vgl. Ziff. 1.2, S. 17 ff.)
- die Nachfolgeregelung für die Sorgfaltspflichtvereinbarung (vgl. Ziff. 3.1.1, S. 25 ff.)
- die künftige Ordnung der schweizerischen Zulassungsstelle für die Kotierung ausländischer Wertpapiere
- die Tätigkeit der SOFFEX (Swiss Options and Financial Futures Exchange)
- die Probleme der internationalen Verschuldung und, im Zusammenhang damit, die Rückstellungen der Banken für Länderrisiken.

5.3 Ausländische Behörden

Der Ausschuss für Bankengesetzgebung und -aufsicht bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Cooke-Committee) trat wie üblich quartalsweise zusammen. Er befasste sich schwergewichtig mit der «Konvergenz der Eigenkapitalmessung und -anforderungen». Das vom Ausschuss entwickelte Eigenkapitalmodell, das vorerst den Banken der 12 Mitgliedstaaten zur Vernehmlassung unterbreitet wird, verfolgt drei Ziele. Einmal soll die Kapitalausstattung international tätiger Banken vergleichbar werden. Durch das Festlegen eines minimalen Kapitalstandards soll zudem die Stabilität des internationalen Finanzsystems gestärkt und schliesslich die Wettbewerbsgerechtigkeit unter den international tätigen Banken gefördert werden. Der Eigenkapitalrahmen wird, einmal verabschiedet, für die Mitgliedstaaten den Charakter einer zwar gewichtigen Empfehlung, nicht aber einer völkerrechtlich verbindlichen Abmachung haben.

Dem Modell liegt eine gemeinsame Definition des risikotragenden Kapitals zugrunde. Einheitlich definiert wird das anrechenbare Kapital, aufgeteilt in eine Klasse 1 (eng definiertes Eigenkapital: einbezahltes Aktienkapital und offene Reserven) und in eine Klasse 2 (ergänzende Eigenmittel: stille und Bewertungsreserven, allgemeine Rückstellungen, «hybride» Finanzierungsinstrumente sowie nachrangige Verbindlichkeiten). Die Aktiven der Bilanz werden nach fünf Risikokategorien gewichtet. Bei den Ausserbilanzgeschäften wird das Basisrisiko mit einem von Art und Laufzeit des Geschäftes abhängigen Kreditumwandlungsfaktor errechnet. Ähnlich wird der Kreditäquivalenzbetrag der zins- und wechselkursabhängigen Geschäfte (Swaps, Devisentermingeschäfte, Optionen und Futures) ermittelt. Die gewichteten Kreditrisiken werden mit den eigenen Mitteln in Beziehung gesetzt, woraus sich die Kapitalkennziffer (risk/assets ratio) ergibt. Sie muss ein bestimmtes Minimum erreichen.

Aus schweizerischer Sicht kann das Vorhaben nur begrüsst werden. Im Hinblick auf die Bedeutung der internationalen Beziehungen unserer mit hohen Eigenmitteln ausgestatteten Banken ist unser Land daran interessiert, dass auf internationaler Ebene die Eigenkapitalbasis der Banken verstärkt wird. Dabei bleibt wesentlich, dass jedes Land innerstaatlich höhere als die multinational geforderten Eigenmittel verlangen kann.

Im übrigen hat das Cooke-Committee Schritte unternommen, um den Missbrauch des Bankensystems für deliktische Zwecke zu bekämpfen. Ein erster Entwurf zu einem an die Banken gerichteten «Code of Conduct», der sich an die schweizerische Sorgfaltspflichtvereinbarung anlehnt, liegt vor.

An der jährlich stattfindenden Zusammenkunft der Aufsichtsbehörden der Bundesrepublik Deutschland, Österreichs und der Schweiz pflegten die Teilnehmer am 5. und 6. Oktober 1987 in Lugano einen wertvollen Erfahrungsaustausch über die Entwicklungstendenzen im Bankenaufsichtsrecht der drei Staaten, über die Harmonisierungsvorhaben der Europäischen Gemeinschaft, über die wechselseitigen Verflechtungen von Banken und Versicherungsgesellschaften sowie über die grenzüberschreitende Werbung für Banken und Anlagefonds.

5.4 Verbände

Delegationen der Schweizerischen Bankiervereinigung und der Bankenkommission erörterten bei drei Begegnungen vor allem

- die Empfehlung der Bankiervereinigung über «Die interne Kontrolle im Bankbetrieb als Aufgabe der Geschäftsleitung» (vgl. Ziff. 2, S. 24 f.)
- die Konvention XIX der Bankiervereinigung über Notes ausländischer Schuldner (vgl. Ziff. 3.7, S. 44 f.)
- die neue Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (vgl. Ziff. 3.1.1, S. 25 ff.)
- die allfällige Erhöhung der Rückstellungen für Länderrisiken (vgl. Ziff. 3.2, S. 35 f.)
- die Ausbildung des Bankpersonals und die Information der Kunden über die SOFFEX (Swiss Options and Financial Futures Exchange)
- die Gründung neuer Anlagefonds im Ausland durch schweizerische Banken (vgl. Ziff. 3.2, S. 63 f.)
- das neue Musterreglement für Wertschriften-Anlagefonds (vgl. Ziff. 2, S. 62)

Mit der Schweizerischen Treuhand- und Revisionskammer stand die Bankenkommission im Zusammenhang mit den folgenden Problemen in Kontakt:

- Anerkennung leitender Revisoren (vgl. Ziff. 3.4, S. 38 ff.)
- Umfrage über den Revisionsaufwand bei Banken in der Schweiz (vgl. Ziff. 4, S. 49 ff.)
- Ermittlung des effektiven Eigenkapitals sowie Erfolgsanalyse (vgl. Ziff. 2, S. 24)
- Tarif für die Kosten der Revision von Banken und Anlagefonds

Mit verschiedenen Verbänden einzelner Bankengruppen pflegte die Bankenkommission einen Meinungsaustausch über Sonderfragen sowie über deren Lage und Zukunft.

5.5 Revisionsstellenkonferenz

An der jährlichen Revisionsstellenkonferenz vom 26. November 1987 in Bern waren die für die Bankrevision zugelassenen Gesellschaften durch rund 50 Mitarbeiter vertreten. Hauptsächliche Themen waren

- die Orientierung über Rechtssetzungsvorhaben im Bereiche der Bankenaufsicht (vgl. Ziff. 1, S. 14 ff.)
- die Anerkennung leitender Revisoren (vgl. Ziff. 3.4, S. 38 ff.)
- die Bilanzwahrheit und -klarheit (vgl. Ziff. 3.3, S. 36)
- die Behandlung von Grossrisiken von Auslandbanken in der Schweiz gegenüber dem ausländischen Mutterhaus
- die Orientierung über die Erhebung «Revisionsaufwand bei Banken in der Schweiz» (vgl. Ziff. 4, S. 49 ff.)
- die Auflösung stiller Reserven zur Deckung von Verlusten auf Wertschriften (vgl. Ziff. 3.3, S. 38)

6. Behandelte Geschäfte (Statistik)

6.1 Sitzungen

Die Bankenkommission behandelte in 13 zum Teil zweitägigen Sitzungen 332 (im Vorjahr 260) Geschäfte.

6.2 Verfügungen

Im Berichtsjahr erliess die Bankenkommission 64 (51) Verfügungen. Diese betrafen folgende Sachgebiete:

• Bewilligungen (Art. 3, 3bis und 3ter BankG)	34	(21)
• Unterstellung von bankähnlichen Finanzgesellschaften (Art. 7 und 8 BankG)	12	(14)
• Wechsel von Revisionsstellen (Art. 39 Abs. 2 BankV)	11	(5)
• Eigenmittel, Liquidität und Risikoverteilung	1	(2)
• Jahresrechnung	2	(–)
• Gewähr für einwandfreie Geschäftstätigkeit, innere Organisation	1	(–)
• Ausübung einer Banktätigkeit ohne Bewilligung	–	(2)
• Verschiedenes	3	(7)

Von diesen 64 Verfügungen wurde eine mit Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht weitergezogen. Der Entscheid war Ende Jahr noch hängig (vgl. Ziff. 3.3, S. 37).

6.3 Empfehlungen und Risikoverteilungs-Meldungen

Im Rahmen der allgemeinen Richtlinien und der gefestigten Praxis der Bankenkommission versucht das Sekretariat, Einzelfälle zunächst mit sogenannten Empfehlungen nach Art. 5 ROG-EBK zu bereinigen. In solchen Empfehlungen wird der Bank ein bestimmtes Verhalten innert nützlicher Frist vorgeschlagen. Gleichzeitig wird sie aufgefordert, sich innert einer bestimmten Frist zu äussern, ob sie die Empfehlung annehme. Lehnt die Bank ab, so unterbreitet das Sekretariat das Geschäft der Bankenkommission zur Entscheidung.

Im Berichtsjahr wurden 65 (29) Empfehlungen erlassen. Bis auf eine wurden alle von den Banken angenommen. Der Entscheid über die abgelehnte Empfehlung war Ende 1987 noch hängig. Die Empfehlungen des Sekretariates erstreckten sich auf folgende Sachbereiche:

• Risikoverteilung	11	(10)
• Jahresrechnung	49	(17)
• Organisation	3	(1)
• Verschiedenes	2	(1)

Die Zahl der vom Sekretariat bearbeiteten Risikoverteilungsmeldungen nach Art. 21 BankV ist mit 142 gegenüber 184 im Jahre 1986 zurückgegangen.

7. Unterstellte Banken, Finanz- und Revisionsgesellschaften

7.1 Bestand Ende 1987

• Banken, davon 113 ausländisch beherrschte Banken und 33 Zweigniederlassungen ausländischer Banken	512	(506)
• Raiffeisenkassen	1229	(1230)
• Verband waadtländischer Darlehenskassen	14	(14)
• bankähnliche Finanzgesellschaften, voll unterstellt	4	(4)
• bankähnliche Finanzgesellschaften, nur Art. 7 und 8 BankG unterstellt	135	(123)
• Vertreter ausländischer Banken	73	(68)

• ausländische Banken, die für die Entgegennahme fremder Gelder bei einer Zahlstelle in der Schweiz werben	18	(17)
• für Banken anerkannte Revisionsstellen	22	(22)

7.2 Erteilte Bewilligungen im Jahre 1987

Banken

- Bank Innova Zürich AG, Zürich; Neugründung
- Bank Sarasin & Cie, Basel; Umwandlung der A. Sarasin & Cie, Basel, in eine Kommanditaktiengesellschaft
- Banque Karfinco SA, Genève; Umwandlung der Karfinco SA, Genève, in eine Bank
- Banque Prigest SA, Neuchâtel; Neugründung und Übernahme von Bonhôte & Cie, Neuchâtel
- Carlton Bank AG, Zürich; Neugründung
- PBG PrivatBank Genève SA, Genève; Neugründung
- Privatbank Vermag AG, Chur; Neugründung
- Standard Chartered Bank, London, Zurich Branch; Eröffnung einer Zweigniederlassung in Zürich

Vertretungen

- Allgemeine Wertverkehrsbank AG, Budapest; Errichtung einer Vertretung in Basel
- Finanzbank Ltd., Johannesburg; Errichtung einer Vertretung in Zürich
- First National Bank of Atlanta, Georgia; Errichtung einer Vertretung in Zürich
- Genossenschaftliche Zentralbank AG, Wien; Errichtung einer Vertretung in Zürich
- Morgan Stanley & Co. Inc., New York; Errichtung einer Vertretung in Zürich
- Udruzena Kosovska Banka «Bankkos», Pristina (Jugoslawien); Errichtung einer Vertretung in Zürich

Entgegennahme fremder Gelder in der Schweiz durch ausländische Banken

- Udruzena Kosovska Banka «Bankkos», Pristina (Jugoslawien)

Bankähnliche Gesellschaften (nur den Art. 7 und 8 BankG unterstellt)

- Alpha Securities AG, Pfäffikon
- BAII Finance SA, Genève
- Baskefinanz AG, Zürich
- Chuo Trust Finanz (Schweiz) AG, Zürich
- Drexel Burnham Lambert Finanz AG, Zürich
- Fintrelex SA, Trélex
- Fuji Investment Management AG, Zürich
- Kokusai (Schweiz) AG, Zürich
- L.F. Rothschild & Cie AG, Zürich
- Merrill Lynch Capital Market AG, Zürich
- Tokyo Securities (Schweiz) AG, Zürich
- Toyo Trust Finanz (Schweiz) AG, Zürich

7.3 Aufgabe der Geschäftstätigkeit

Aufgabe der Banktätigkeit

- A. Sarasin & Cie, Basel; Umwandlung in eine Kommanditaktiengesellschaft
- Bonhôte & Cie, Neuchâtel; Übernahme durch Banque Prigest SA, Neuchâtel

Aufgabe der Vertretertätigkeit

- Bankers Trust Company, New York

Aufgabe der Tätigkeit als Raiffeisenkasse

- Raiffeisenkasse Vitznau, Vitznau

IV. Aufsicht über die Anlagefonds

1. Praxis der Aufsichtsbehörde

1.1 Bankinterne Sondervermögen

Verschiedene schweizerische Banken haben im Rahmen ihrer Vermögensverwaltungstätigkeit bankinterne Sondervermögen errichtet, um die Portefeuilleverwaltung von Kunden, deren individuelle Betreuung unrentabel ist, zu rationalisieren.

Diese bankinternen Sondervermögen erfüllen mindestens drei der vier gesetzlichen Merkmale eines Anlagefonds: die gemeinschaftliche Kapitalanlage, die Risikoverteilung sowie die Fremdverwaltung. Entscheidend für die Unterstellung unter das Anlagefondsgesetz ist somit, ob auch die vierte gesetzliche Voraussetzung erfüllt ist, nämlich die Frage, ob das Vermögen aufgrund öffentlicher Werbung aufgebracht wird. Ist dies nicht der Fall, so unterstehen solche Sondervermögen den einschlägigen Gesetzesbestimmungen nicht.

Als öffentliche Werbung im Sinne des Anlagefondsgesetzes gilt gemäss Art. 1 AFV, ohne Rücksicht auf die Form, jede Werbung, die sich nicht bloss an einen eng begrenzten Kreis von Personen richtet (z. B. Werbung durch Prospekte, Inserate, Plakate, Zirkularschreiben, am Bankschalter). Die Werbung richtet sich nur dann an einen eng begrenzten Personenkreis, wenn das Publikum einerseits bestimmt ist und es anderseits zahlenmässig klein ist (BGE 107 I b 365).

Die Bankenkommission stellte fest, dass die Zahl der bankinternen Sondervermögen erheblich zugenommen hat. Um Informationen über die Bedeutung, die Entwicklung und vor allem die Anzahl und den Kreis der Kunden solcher Vermögen zu erhalten, führte sie 1987 eine Umfrage bei all jenen Banken durch, die für die Verwaltung derartiger Sondervermögen in Frage kommen.

1.2 Europrogramme

Die Fonds Europrogramme International (EPR) und Europrogramme Serie 1969 (EPR 69) befinden sich seit dem 30. September 1985 in Liquidation (vgl. Jahresbericht 1984 S. 51 ff.; 1985 S. 50 ff. und 1986 S. 45 ff.).

Der Fortschritt bei der Liquidation des EPR erlaubte bereits im zweiten aufeinanderfolgenden Jahr eine Ausschüttung von Fr. 250.–.

Die Bemühungen der Fondsleitung, die Immobilien des EPR 69 «en bloc» zu verkaufen, führten im Juni 1987 zum Abschluss eines entsprechenden Vertrages mit Pacchetti S.p.A. in Mailand. Dieser Vertrag ist jedoch noch nicht in Kraft getreten. Die Firma Pacchetti ist berechtigt, während einer bestimmten Frist vom Vertrag zurückzutreten. Zudem haben die zuständigen italienischen Behörden die zur Abwicklung des Verkaufs erforderlichen Bewilligungen noch nicht erteilt.

2. Musterreglement für Wertschriftenfonds

Im Berichtsjahr beschäftigte sich die Bankenkommission an mehreren Sitzungen intensiv mit dem Entwurf eines neuen Musterreglementes für Wertschriftenfonds, das ihr die Schweizerische Bankiervereinigung 1986 unterbreitet hatte (vgl. Jahresbericht 1986 S. 46 ff.).

Nebst einigen Anpassungen, insbesondere jenen, die nach der Änderung der Anlagefondsverordnung vom 6. November 1985 erforderlich wurden, geht es bei diesem Reformvorhaben im wesentlichen um eine Änderung der Richtlinien der Anlagepolitik durch eine beschränkte Zulassung neuer Finanzinstrumente. So sollen namentlich Call-Optionen auf Wertpapieren erworben werden können, und zwar soweit der Gegenwert der zu beziehenden Wertpapiere durch flüssige Mittel und Wartegelder gedeckt ist. Auch sieht der Entwurf die Zulassung von Options-, Futures- und Termingeschäften vor unter der Bedingung, dass diese ausschliesslich der Absicherung der Währungs-, Zins- und Kursrisiken auf bestehenden Anlagen, Wartegeldern und flüssigen Mitteln dienen.

Wenn sich auch die Bankenkommission über dieses Vorhaben noch nicht endgültig festgelegt hat, lässt sich immerhin schon sagen, dass sie bereit ist, Options und Futures zuzulassen für den Fall, dass diese Finanzinstrumente der Absicherung von Risiken dienen. Es ist vorgesehen, die Rundschreiben Nr. 14 (Termin-Sicherungsverkäufe von Devisen) und Nr. 17 (Options- und Prämiengeschäfte) in diesem Sinne zu ändern.

3. Grenzüberschreitende Probleme

3.1 Internationale Beziehungen

Der jährliche Erfahrungs- und Informationsaustausch unter den Vertretern der Aufsichtsbehörden der EG-Staaten, Schwedens, der USA, Kanadas und der Schweiz fand 1987 bei der Commission française des opérations de bourse in Paris statt.

Gegenstand der Beratungen waren vor allem die Entwicklung der Anlagefondsgesetzgebung in den vertretenen Ländern sowie die Zulässigkeit der neuen Finanzinstrumente als Anlagemedien für Anlagefonds. In der Diskussion stellte sich heraus, dass diese Frage eines der wichtigsten Probleme ist, das sich den Aufsichtsbehörden aller vertretenen Länder gegenwärtig stellt. Zwar gestattet die EG-Richtlinie diese «Techniken und Instrumente» im Hinblick auf eine ordentliche Verwaltung des Fondsvermögens. Aber dennoch werden Options und Futures in den verschiedenen Ländern nur zurückhaltend und schrittweise zugelassen. Allgemein geht die Entwicklung dahin, dass diese Finanzinstrumente in erster Linie der Absicherung von Risiken dienen sollten.

3.2 Errichtung von Anlagefonds im Ausland durch schweizerische Banken

Die Bankenkommission stellte bereits in den Jahresberichten 1984 (S. 50) und 1985 (S. 48) fest, dass schweizerische Banken dazu übergehen, Anlagefonds im Ausland zu errichten. Seither setzte sich dieser Trend verstärkt fort. Die Bankenkommission betrachtet diese Entwicklung mit Sorge. Es besteht die Gefahr, dass ein erheblicher Teil der schweizerischen Anlagefonds inskünftig nicht mehr dem Bundesgesetz über die Anlagefonds unterstellt sein wird, was sicherlich nicht der Absicht des Gesetzgebers entspricht.

Für die Errichtung von Anlagefonds im Ausland geben die Banken drei Hauptgründe an:

- Im Vergleich zum Ausland sei der Finanzplatz Schweiz nicht mehr konkurrenzfähig, namentlich aus steuerlichen Gründen (Emissions-

abgabe und Stempelsteuer). Die Errichtung von Anlagefonds im Ausland sei daher vorteilhafter.

- Das Bundesgesetz über die Anlagefonds sei in den letzten 20 Jahren der neuen Entwicklung nicht angepasst worden. Es sei teilweise zu starr und überholt.
- Aufgrund der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 20. Dezember 1985 (vgl. Jahresbericht 1986 S. 46) werde in den Mitgliedländern ein grosser, gemeinsamer Markt entstehen, da Anteile eines Anlagefonds, der in einem Staat der EG domiziliert ist, inskünftig ohne weiteres auch in anderen Ländern der EG vertrieben werden können. Von dieser Freizügigkeit könnten schweizerische Banken nur dann profitieren, wenn sie in einem EG-Staat ebenfalls Anlagefonds errichten.

Somit ist davon auszugehen, dass es sich bei der Errichtung ausländischer Anlagefonds durch schweizerische Bankinstitute um eine Erscheinung handelt, die nicht nur vorübergehender Natur ist, sondern zumindest so lange andauern dürfte, wie die ausländischen Standortvorteile bestehen bleiben. Es ist sogar wahrscheinlich, dass sich der Trend noch verstärken wird, sobald die EG-Staaten ihren gemeinsamen freien Markt realisiert haben. Die Bankenkommission wird den Bundesrat auf dieses Problem aufmerksam machen.

4. Behandelte Geschäfte

Im Berichtsjahr wurden von der Bankenkommission 100 (110) Geschäfte behandelt. Wie im Vorjahr wurde keine Verfügung an das Bundesgericht weitergezogen.

5. Entwicklung der Anlagefonds im Jahre 1987

	Anzahl per 31.12.		Fondsvermögen per 30.9. in Mio. Fr.		Einzahlungen ./. Rückzüge per 30.9. in Mio. Fr.	
	1987	1986	1987	1986	1987	1986
Wertschriftenfonds	140	132	26'351	20'398	4'016	4'952
Immobilienfonds	32	33	7'535	6'530	842	383
Total	172	165	33'886	26'928	4'858	5'335
zur Werbung zugelassene ausländische Fonds	98	73			1'718	848

Sechs Anlagefonds befinden sich zudem in Liquidation, nämlich vier Immobilienfonds (Europrogramme International, Europrogramme International Serie 1969, hbg-Immobilienfonds, Lifo-Anlagefonds) sowie zwei Wertschriftenfonds (Intercontinental Trust und Intervalor). Die Liquidation des Anlagefonds Sogeloc Obligations Internationales I wurde während des Berichtsjahres abgeschlossen.

Die beiden einzigen noch bestehenden gemischten Anlagefonds sind in einen Wertschriften- bzw. einen Immobilienfonds umgewandelt worden. Somit bestätigte sich, dass sich die Form des gemischten Fonds (d. h. Anlage in Wertschriften einerseits und Immobilien andererseits) in der Praxis nicht durchsetzen konnte.

Wie bereits in den letzten Jahren wurden auch 1987 wieder viele neue Fonds gegründet, ohne dass jedoch der Rekord des Jahres 1986 erreicht worden wäre. Im Berichtsjahr wurden die folgenden neun Wertschriftenfonds errichtet:

- EMETAC
- GAM (CH) Mondial
- GAM (CH) America
- GAM (CH) Pacific
- Gesti CH
- Gold-Invest
- RBC World Wide Fund
- RBC Government Securities Fund
- Skandinavien-Invest

Das Interesse am Vertrieb von ausländischen Fonds war auch 1987 sehr gross. Es wurden 25 Fonds neu zur Werbung in der Schweiz zugelassen. Die erteilten Bewilligungen entfallen auf 8 Gesuchsteller. In 3 Fällen handelt es sich um ausländische Fonds, welche schweizerischen Banken nahestehen (vgl. Ziff. 3.2, S. 63 f.).

V. Aufsicht über das Pfandbriefwesen

1. Überprüfung der Pfandbriefzentralen

Das Sekretariat der Bankenkommission hat alljährlich bei den beiden Pfandbriefzentralen zu prüfen, ob die Jahresrechnung nach Form und Inhalt den gesetzlichen, statutarischen und reglementarischen Vorschriften entspricht und ob das Pfandbriefgesetz eingehalten worden ist (Art. 42 PfG). Dagegen werden die Pfandregister und die Darlehensdeckung bei den Mitgliedern der Pfandbriefzentralen durch deren bankengesetzliche Revisionsstellen geprüft.

Die Prüfungsergebnisse haben im Jahre 1987 (Jahresrechnung 1986 der Pfandbriefbank schweizerischer Hypothekarinstitute, Zürich, und Jahresrechnung 1986/87 der Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken, Zürich) zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass gegeben.

2. Änderung der Pfandbriefverordnung

Bei der Durchführung der vorstehend aufgeführten Prüfungsarbeiten stellten die Pfandbriefzentralen und die Bankenkommission gemeinsam fest, dass verschiedene Bestimmungen der Pfandbriefverordnung nicht mehr zeitgemäss sind, so die Gliederungsvorschriften und die Formvorschriften für Pfandbriefe. Diese sollen bei der nächsten Verordnungsrevision den heutigen Erfordernissen angepasst werden.

VI. Interna

1. Bankenkommission

Auf Ende 1987 ist Herr Dr. Paul Ehrsam nach Erreichen der für ausserparlamentarische Kommissionen festgelegten Altersgrenze aus der Bankenkommission ausgeschieden. An seine Stelle wählte der Bundesrat auf den 1. März 1988 Herrn Prof. Dr. Peter Nobel. Die Bankenkommission setzt sich somit nach wie vor aus sieben Mitgliedern zusammen.

2. Sekretariat

Ende Mai 1987 trat Herr Jacques B. Schuster, Vizedirektor und Stellvertreter des Direktors, aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in den Ruhestand. Herr Schuster war Leiter der Abteilung Bewilligungen und Anlagefonds. Die Anwendung des am 1. Februar 1967 in Kraft getretenen Anlagefondsgesetzes wurde von ihm dank seinen ausgezeichneten Fachkenntnissen und seiner Überzeugungskraft sehr stark beeinflusst. Für seine Verdienste beim Aufbau einer zeitgemässen Banken- und Anlagefondsaufsicht ist ihm die Bankenkommission zu grossem Dank verpflichtet.

An Stelle von Herrn Schuster wählte die Bankenkommission per 1. Juni 1987 Herrn Romain Marti als Chef der Abteilung Bewilligungen unter gleichzeitiger Beförderung zum Vizedirektor. Zum Leiter der Aufsicht über die Anlagefonds ernannte die Bankenkommission auf den gleichen Zeitpunkt Herrn Dr. André Cornu. Herr Fürsprecher Daniel Zuberbühler, Vizedirektor und Chef des Rechtsdienstes, wurde von der Bankenkommission ebenfalls auf den 1. Juni 1987 zum Stellvertreter des Direktors ernannt. Der Bundesrat beförderte ihn auf den 1. Januar 1988 zum stellvertretenden Direktor.

Als Nachfolger von Herrn Dr. Paul Sommer, Leiter des Revisorates, der Ende Februar 1987 das Sekretariat verliess, wählte die Bankenkommission im Range eines Vizedirektors Herrn Kurt Lindegger.

Der vom Bundesrat genehmigte Personaletat des Sekretariates beläuft sich auf 27½ Stellen. Diese sind durch 30 Mitarbeiter besetzt, wovon fünf teilzeitbeschäftigt sind.

3. Rechnung

Die Kosten der Aufsicht über die Banken und Anlagefonds werden von den beaufsichtigten Unternehmen getragen. Die Aufsichtsgebühren werden so festgesetzt, dass sie insgesamt die Kosten der Bankenkommission und ihres Sekretariates decken.

Für das Rechnungswesen der Aufsichtsbehörde gelten die Erlasse über den Finanzhaushalt des Bundes. Die Bankenkommission wird daher in der entsprechenden Rubrik der Staatsrechnung der Eidgenossenschaft aufgeführt.

Die Rechnung der Berichtsperiode sieht wie folgt aus:

	Aufwand		Ertrag	
	1987 Fr.	1986 Fr.	1987 Fr.	1986 Fr.
Behörden und Personal	2'732'000	2'640'424		
Gemeinkosten	2'388'811	2'312'966		
Aufsichtsgebühren				
– Banken			3'959'398	4'168'218
– Anlagefonds			504'505	450'957
Spruch- und Schreibgebühren			544'519	610'216
Vortrag aus den Vorjahren			383'687	107'686
Vortrag auf neue Rechnung	271'898	383'687		
	5'392'709	5'337'077	5'392'709	5'337'077

Der Präsident: Dr. Hermann Bodenmann

Der Direktor: Dr. Kurt Hauri

Bern, Ende Januar 1988

Verzeichnisse
Listes

Anerkannte Revisionsstellen
Institutions de revision reconnues

1. Für Banken und Anlagefonds
Pour banques et fonds de placement

1. ALFA Treuhand- und Revisions AG, St. Gallen
2. Arthur Andersen AG, Zürich
3. Arthur Young & Cie AG, Zürich [1]
4. AUDIBA, Genève
5. BANCONTROL Bankrevisions-Aktiengesellschaft, Zürich [2]
6. Bankrevisions- und Treuhand AG, Zürich
7. Coopers & Lybrand AG, Basel [3]
8. EXPERTA Revision AG, Zürich
9. Inspektorat des Schweizer Verbandes der Raiffeisenkassen, St. Gallen
10. KMG FIDES Bankrevision, Zürich
11. FIDUCIA Bankenrevision AG, Basel [3]
12. Gesellschaft für Bankenrevision GBR, Basel
13. KOREAG Kontroll & Revisions AG, Basel [1]
14. OFOR Revision Bancaire SA, Genève
15. Peat, Marwick, Mitchell & Co. SA, Zürich
16. Price Waterhouse AG, Zürich
17. Revisa Treuhand AG, Zug
18. Revisionsverband bernischer Banken und Sparkassen, Ostermundigen
19. Revisionsverband schweizerischer Regionalbanken, Zürich
20. Schweizerische Revisionsgesellschaft, Zürich
21. Société Fiduciaire «Lémano», Lausanne [1]
22. SOFIROM Société Fiduciaire, Lausanne

[1]) mit der Allgemeinen Treuhand AG, Basel, verbunden
liée à la Fiduciaire Générale SA, Bâle

[2]) mit der Curator Revision, Zürich, und der Ernst & Whinney AG, Zürich, verbunden
liée à Curator Revision, Zurich, et Ernst & Whinney SA, Zurich

[3]) mit der Schweizerischen Treuhandgesellschaft, Basel, verbunden
liée à la Société Fiduciaire Suisse, Bâle

2. Nur für Anlagefonds
Uniquement pour fonds de placement

23. Allgemeine Treuhand AG, Basel
24. Columbus Treuhand AG, Basel
25. Curator Revision, Zürich
26. KMG FIDES Revision, Zürich
27. Fidiconsult SA, Fribourg
28. Fidirevisa SA, Lugano
29. Fiduciaire OFOR SA, Genève
30. Schweizerische Treuhandgesellschaft, Basel
31. Société Fiduciaire et de Gérance SA, Genève
32. Visura Treuhand-Gesellschaft, Zürich

Name des Anlagefonds ***Dénomination du fonds de placement***	***Fondsleitung*** ***Direction du fonds***
AMCA America-Canada Trust Fund	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
AMERIAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
AMERICA-VALOR Schweizerischer Anlagefonds für amerikanische Wertpapiere	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
ANFOS 1 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Postfach 3279 4002 Basel
ANFOS 2 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Postfach 3279 4002 Basel
ANGLOVALOR Anlagefonds für englische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
APOLLO-FUND	Tempus Management Co. AG Genferstrasse 8 8027 Zürich

Legende: A = Aktien und andere Kapitalanteile
O = Obligationen
I = Immobilien
S = in der Schweiz
E = im Ausland
** = Ausländern ist der Erwerb von Anteilscheinen untersagt

Stand am 31. Dezember 1987
Etat au 31 décembre 1987

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1938	31. Dezember	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1985	31. März	AE
Schweiz. Bankverein Zürich	1974	31. März	AE
Basellandschaftliche Kantonalbank, Liestal	1961	30. September	IS
Basellandschaftliche Kantonalbank, Liestal	1962	30. September	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Guyerzeller Bank AG Zürich	1969	30. September	ASE

Légende: A = actions et autres partes de capital
O = obligations
I = immeubles
S = en Suisse
E = à l'étranger
** = Il est interdit aux étrangers d'acquérir des parts

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
ASIAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
ASIAVALOR Fondo di investimento in valori mobiliari dell'Asia e dell'Australia	Gestivalor Gestione Fondi SA via Canova 8 6901 Lugano
Automation-Fonds	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
BAERBOND Anlagefonds für Obligationen	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8001 Zürich
BERNFONDS Anlagefonds für Immobilien	Berninvest AG Weltpoststrasse 17 3000 Bern 15
BOND-INVEST Obligationenfonds für internationale Anlagen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
BONDSELEX Fonds de placement pour valeurs à revenu fixe	Capdirex SA rue Saint-Victor 12 1200 Genève
BOND VALOR D-MARK Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Deutsche Mark lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Selnaustrasse 6 8002 Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Volksbank, Bern	1983	31. März	AE
Banca del Gottardo Lugano	1981	30. Juni	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1962	30. September	ASE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1970	31. Dezember	OSE
Schweiz.Bankverein, Bern	1963	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1969	31. Dezember	OSE
BFC Banque Financière de la Cité, Genève	1978	31. Oktober	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
BOND VALOR £ STERLING Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf £ Sterling lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Selnaustrasse 6 8002 Zürich
BOND VALOR SCHWEIZER-FRANKEN Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Schweizer-franken lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Selnaustrasse 6 8002 Zürich
BOND VALOR US-DOLLAR Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf US-Dollar lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Selnaustrasse 6 8002 Zürich
BOND VALOR YEN Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Yen lautenden Obligationen	CS-Fondsleitung AG Selnaustrasse 6 8002 Zürich
BONDWERT Anlagefonds für festverzinsliche Werte	Folag Fondsleitung AG Talstrasse 59 8022 Zürich
BRIT-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen in Grossbritannien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
CANAC Anlagefonds für kanadische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
CANASEC Anlagefonds für kanadische Werte	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1985	30. September	OE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE
HandelsBank Nat West Zürich	1979	31. Januar	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1983	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1955	31. März	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1952	31. Mai	AE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
CBI-BOND Fonds de placement en obligations	Compagnie de Banque et d'Investissements Boîte postale 171 1211 Genève 3
CBI-INTERCONTINENTAL Fonds de placement en valeurs mobilières internationales	Compagnie de Banque et d'Investissements Boîte postale 171 1211 Genève 3
CENTRALFONDS Zentralschweizerischer Immobilienfonds	Imovag Immobilien Verwaltungs AG Postfach 2263 6002 Luzern
CLAIR-LOGIS Fonds suisse de placements immobiliers **	Investissements collectifs SA rue Centrale 5 1003 Lausanne
CONBAR Anlagefonds für Wandelobligationen	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8022 Zürich
CONVERT-INVEST Wertschriftenfonds für internationale Anlagen in Wandelobligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
CONVERT VALOR SCHWEIZERFRANKEN Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf Schweizer- franken lautenden Wandel- und Optionsanleihen	CS-Fondsleitung AG Selnaustrasse 6 8002 Zürich
CONVERT VALOR US-DOLLAR Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in auf US-Dollar lautenden Wandel- und Optionsanleihen	CS-Fondsleitung AG Selnaustrasse 6 8002 Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
	1971	31. Dezember	OSE
	1978	31. Dezember	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Luzern	1964	31. Dezember	IS
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1955	31. Dezember	IS
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1970	31. Dezember	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1973	31. März	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OSE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1984	30. September	OE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
COOP Anlagefonds fifty-fifty	Coop Anlage-Genossenschaft Postfach 312 4002 Basel
CREDIT SUISSE FONDS-BOND Anlagefonds für festverzinsliche Werte	Schweiz. Kreditanstalt Postfach 8021 Zürich
CREDIT SUISSE FONDS-INTERNATIONAL Anlagefonds für internationale Werte	Schweiz. Kreditanstalt Postfach 8021 Zürich
CROSSBOW FUND	BVE Capital Management SA rue Robert-Estienne 10 1211 Genève 3
CSF Fund	BVE Capital Management SA rue Robert-Estienne 10 1211 Genève 3
CS GOLD VALOR	CS-Fondsleitung AG Selnaustrasse 6 8021 Zürich
DIVERBOND Fonds de placement collectif en obligations	Investarco Compagnie de Gestion et d'Investissements SA avenue de la Gare 4 1003 Lausanne
D-MARK BOND SELECTION Anlagefonds für D-Mark-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
D-MARK-INVEST Anlagefonds für D-Mark-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Genossenschaftliche Zentralbank AG, Basel	1961	31. Dezember	IS
	1970	31. Oktober	OSE
	1970	31. Oktober	ASE
Bank von Ernst & Cie AG Bern	1968	31. Dezember	ASE
Bank von Ernst & Cie AG Bern	1973	31. Dezember	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1985	31. März	AE
Banque Indosuez Paris succ. de Lausanne	1971	30. September	OSE
Schweiz. Bankverein Basel	1981	30. November	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1984	30. Juni	OE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
DOLLAR BOND SELECTION Anlagefonds für US-Dollar-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
DOLLAR-INVEST Anlagefonds für US-$- und can. $-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
ECU BOND SELECTION Anlagefonds für Ecu-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
ELDERS FONDS DE PLACEMENT AUSTRALIEN Fonds de placement suisse en valeurs mobilières australiennes	Elders (Switzerland) Investment Management SA Postfach 180 2004 Neuenburg
ELDERS FONDS DE PLACEMENT INTERNATIONAL Fonds de placement suisse en valeurs mobilières mondiales	Elders (Switzerland) Investment Management SA Postfach 180 2004 Neuenburg
EMETAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
ENERGIE-VALOR Anlagefonds für Werte der Energiewirtschaft	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
EQUIBAER AMERICA Anlagefonds für amerikanische Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8001 Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankverein Basel	1981	30. November	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1979	30. Juni	OE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	30. November	OE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	30. Juni	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	30. Juni	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1987	31. März	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1961	31. Mai	ASE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1984	31. Dezember	AE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
EQUIBAER EUROPE Anlagefonds für europäische Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8001 Zürich
EQUIBAER PACIFIC Anlagefonds für Aktien und Wandelobligationen des pazifischen Raumes	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8001 Zürich
ESPAC Anlagefonds für spanische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
EURAC	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
EUREF Fonds suisse de placements en papiers-valeurs	Banque Pariente Rive 12 1211 Genève 3
EURIT Investmenttrust für europäische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
EUROPA-VALOR Anlagefonds für europäische Werte	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
Europrogramme International **in Liq.**	IFI-Interfininvest SA Via S. Balestra 1 6900 Lugano
Europrogramme International Serie 1969 **in Liq.**	IFI-Interfininvest SA Via S. Balestra 1 6900 Lugano

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1984	31. Dezember	ASE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1984	31. Dezember	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1961	31. Oktober	AE
Schweiz. Volksbank, Bern	1955	30. September	ASE
	1963	31. Dezember	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1959	31. Oktober	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1959	30. April	ASE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1966	30. Juni	ISE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1969	30. Juni	ISE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
FACEL FUND Fonds de placement en valeurs nord-américaines et internationales	Hentsch & Cie 15, rue de la Corraterie 1211 Genève 11
FIR Fonds immobilier romand (Romande Immobilière)	Société pour la gestion de placements collectifs GEP SA rue du Maupas 2 1000 Lausanne
FIR 1970 Fonds immobilier suisse	Société pour la gestion de placements collectifs GEP SA rue du Maupas 2 1000 Lausanne
FLORIN BOND SELECTION Anlagefonds für holländische Gulden-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
Foco International Bond Fund	Foreign Commerce Bank Bellariastrasse 82 8022 Zürich
Foco International Stock Fund	Foreign Commerce Bank Bellariastrasse 82 8022 Zürich
FONCIPARS Série Ancienne	Sagepco Société Anonyme de gérances et placements collectifs rue du Midi 4 1003 Lausanne
FONCIPARS Série II	Sagepco Société Anonyme de gérances et placements collectifs rue du Midi 4 1003 Lausanne
Fonds de placement en obligations de la Banque Scandinave en Suisse	Banque Scandinave en Suisse Rondpoint de Rive 1211 Genève 3

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
	1970	31. Dezember	ASE
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne	1953	31. Dezember	IS
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne	1970	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1981	30. November	OE
	1972	31. August	OSE
	1972	31. August	ASE
Société de Banque Suisse, Lausanne	1943	31. Dezember	IS
Société de Banque Suisse, Lausanne	1961	31. Dezember	IS
	1973	28. Februar	OSE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
Fonds de placement en valeurs internationales de la Banque Scandinave en Suisse «Intelsec»	Banque Scandinave en Suisse Rondpoint de Rive 1211 Genève 3
FONSA Anlagefonds für Schweizer Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
FONSELEX Fonds de placement en valeurs internationales	Capdirex SA rue Saint-Victor 12 1200 Genève
FRANCEVALOR Anlagefonds für französische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
FRANCIT Investmenttrust für französische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
GAM (CH) America	Gam Anlagefonds AG Mühlebachstrasse 173 8008 Zürich
GAM (CH) Mondial	Gam Anlagefonds AG Mühlebachstrasse 173 8008 Zürich
GAM (CH) Pacific	Gam Anlagefonds AG Mühlebachstrasse 173 8008 Zürich
GERFONDS Fonds de placement en valeurs internationales	Société d'Etudes et de Placements SA, c/o Société Bancaire Julius Baer SA Genève 2, boulevard du Théâtre 1211 Genève 11

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
	1976	30. September	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1949	30. Juni	AS
BFC Banque Financière de la Cité, Genève	1966	31. Oktober	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1959	31. Oktober	AE
Bank S.G. Warburg Soditic AG Zürich	1987	31. März	AE
Bank S.G. Warburg Soditic AG Zürich	1987	31. März	AE
Bank S.G. Warburg Soditic AG Zürich	1987	31. März	AE
Société Bancaire Julius Baer SA Genève Genève	1958	31. Dezember	AE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
GERMAC Anlagefonds für deutsche Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
GERMANIAVALOR Anlagefonds für deutsche Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
GESTI CH Fondo d'investimento in valori mobiliari svizzeri	Gestivalor Gestione Fondi SA via Canova 8 6901 Lugano
GESTIVALOR Fondo di investimento in valori mobiliari internazionali	Gestivalor Gestione Fondi SA via Canova 8 6901 Lugano
GLOBINVEST Wertschriftenfonds für internationale Anlagen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
GOLD-INVEST Wertschriftenfonds für internationale Anlagen in den Bereichen der Gewinnung, Verarbeitung und Vermarktung von Gold	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
GROBAR Anlagefonds für Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8001 Zürich
GULDEN-INVEST Anlagefonds für Gulden-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1962	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Banca del Gottardo Lugano	1987	30. Juni	AS
Banca del Gottardo Lugano	1977	30. September	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1968	30. Juni	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1987	31. März	AE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1972	31. Dezember	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1986	30. Juni	OE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
hbg-Immobilienfonds **in Liq.**	Immofonsa AG Sevogelstrasse 30 4000 Basel
HELVETBAER Anlagefonds für festverzinsliche Schweizerwerte	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8001 Zürich
HELVETINVEST Anlagefonds für festverzinsliche Schweizerwerte	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
Hentsch-Swiss Franc Bond Portfolio	Hentsch & Cie 15, rue de la Corraterie 1211 Genève 11
HOLLAND-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen in den Niederlanden	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
IFCA Immobilien-Anlagefonds der Schweizerischen Kantonalbanken	IFAG Fondsleitung AG Weltpoststrasse 19 3000 Bern
IMMOFONDS Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	AG für Fondsverwaltung Poststrasse 12 6300 Zug
IMMOVIT Schweizerischer Investment-Trust für Immobilienwerte	VIT Verwaltungsgesellschaft für Investment-Trusts Pelikanplatz 15 8000 Zürich
INTERCONTINENTAL TRUST **in Liq.**	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankverein Basel	1959	30. Juni	IS
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1975	31. Dezember	OS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1971	31. Oktober	OS
	1986	31. Mai	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1986	31. Oktober	AE
Zürcher Kantonalbank Zürich	1960	28. Februar	IS
HandelsBank Nat West Zürich	1955	30. Juni	IS
Bank Leu AG, Zürich	1960	31. März	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1939	31. August	ASE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
INTERFIX Fonds de placement en valeurs internationales à revenu fixe	Banque Nationale de Paris (Suisse) SA Case postale 4002 Basel
INTERMOBILFONDS	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
INTERSWISS Schweizerischer Liegenschaften-Anlagefonds	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
INTERVALOR Internationaler Anlagefonds **in Liq.**	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
ITAC Anlagefonds für italienische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
ITALVALOR Anlagefonds für italienische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
JAPAC FUND Fonds de placement en valeurs mobilières du Japon et de la zone du Pacifique	Gérifonds SA 11, rue de la Corraterie 1211 Genève
JAPAN-INVEST Anlagefonds für japanische Aktien	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
	1967	31. Dezember	OSE
Schweiz. Volksbank, Bern	1970	31. März	ASE
Schweiz. Bankverein Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1954	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1969	30. April	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1958	31. Oktober	AE
Schweiz. Bankverein Basel	1986	31. März	AE
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1970	30. Juni	AE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1981	31. Dezember	AE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
JAPAN-PORTFOLIO Schweizerischer Anlagefonds für japanische Wertschriften	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
LA FONCIERE Fonds suisse de placement immobilier	Investissements Fonciers SA Case postale 1000 Lausanne 13
Leu-Ausschüttungs-Fonds	Leu Fondsleitung AG Bahnhofstrasse 32 8001 Zürich
Leu-Wertzuwachs-Fonds	Leu Fondsleitung AG Bahnhofstrasse 32 8001 Zürich
LIFO-Anlagefonds **in Liq.**	Immofonsa AG Sevogelstrasse 30 4006 Basel
Lloyds International Dollar Fund	Lloyds International Management SA Rue du Rhône 7 1211 Genève 11
Lloyds International Europe Fund	Lloyds International Management SA Rue du Rhône 7 1211 Genève 11
Lloyds International Growth Fund	Lloyds International Management SA Rue du Rhône 7 1211 Genève 11
Lloyds International Income Fund	Lloyds International Management SA Rue du Rhône 7 1211 Genève 11

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankverein Zürich	1971	30. September	AE
Banque Vaudoise de Crédit Lausanne	1954	30. September	IS
Bank Leu AG, Zürich	1986	30. September	ASE
Bank Leu AG, Zürich	1986	30. September	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1963	30. November	IS
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1983	30. September	ASE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1984	31. März	ASE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1976	31. Dezember	ASE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1973	30. September	OSE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
Lloyds International North America Fund	Lloyds International Management SA Rue du Rhône 7 1211 Genève 11
Lloyds International Pacific Fund	Lloyds International Management SA Rue du Rhône 7 1211 Genève 11
M-FUND Schweiz. Wertschriftenfonds für multinationale Anlagen	Überseebank AG Postfach 8024 Zürich
MULTIAMERICA Fondo d'investimento in valori nordamericani	Fongest SA Via Magatti 2 6900 Lugano
MULTIBOND DM Fondo d'investimento in obbligazioni denominate in marchi tedeschi	Fongest SA Via Magatti 2 6900 Lugano
MULTIBOND FRS Fondo d'investimento in obbligazioni denominate in franchi svizzeri	Fongest SA Via Magatti 2 6900 Lugano
MULTIBOND INTERNATIONAL Fondo d'investimento in obbligazioni internazionali	Fongest SA Via Magatti 2 6900 Lugano
MULTIBOND US-$ Fondo d'investimento in obbligazioni denominate in dollari USA	Fongest SA Via Magatti 2 6900 Lugano
MULTIHELVETIA Fondo d'investimento in valori mobiliari svizzeri	Fongest SA Via Magatti 2 6900 Lugano

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1984	31. März	AE
Lloyds Bank plc, Londres, succ. de Genève	1983	31. Dezember	AE
	1985	31. Dezember	ASE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1984	30. Juni	AE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	31. Dezember	OE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	31. Dezember	OSE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1974	31. Dezember	OSE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	31. Dezember	OE
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1986	30. Juni	AS

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
MULTINIPPON Fondo d'investimento in valori mobiliari giapponesi	Fongest SA Via Magatti 2 6900 Lugano
OBLIGESTION	Banque Paribas (Suisse) SA Case postale 1211 Genève 11
OP-INVEST	Bank Oppenheim Pierson (Schweiz) AG Postfach 8022 Zürich
PACIFIC-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen im pazifischen Raum	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
PACIFIC-VALOR Schweizerischer Wertpapierfonds für Anlagen in Japan und weiteren Anrainerstaaten des Pazifiks	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
PARFON Fonds de participations foncières suisses, Genève	Sofid SA Rue de la Fontaine 5 1211 Genève 3
PARJAPON	Banque Paribas (Suisse) SA Case postale 1211 Genève 11
PARSUISSE	Banque Paribas (Suisse) SA Case postale 1211 Genève 11
PAZIFIKWERT Anlagefond für Werte des pazifischen Raumes	Folag Fondsleitung AG Talstrasse 58 8022 Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	1985	30. Juni	AE
	1973	30. September	OSE
	1981	30. September	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1969	30. Juni	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1981	30. September	AE
Banque Hypothécaire du Canton de Genève Genève	1955	30. September	IS
	1986	31. Dezember	AE
	1986	31. März	AS
HandelsBank Nat West Zürich	1986	31. Januar	AE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
PHARMAFONDS	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
POLY-BOND-INTERNATIONAL	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
RBC Government Securities Fund	The Royal Bank of Canada (Suisse) rue Diday 6 1211 Genève 11
RBC Worldwide Fund	The Royal Bank of Canada (Suisse) rue Diday 6 1211 Genève 11
REALITE Fonds de placement immobilier	Sogefonds SA 20, rue de la Corraterie 1200 Genève
RENTVALOR Fondo di investimento in obbligazioni internazionali	Gestivalor Gestione Fondi SA via Canova 8 6901 Lugano
RENTVALOR 75 Fondo di investimento in obbligazioni internazionali	Gestivalor Gestione Fondi SA via Canova 8 6901 Lugano
RENTVALOR US-$ Fondo di investimento in obbligazioni espresse in US-$	Gestivalor Gestione Fondi SA via Canova 8 6901 Lugano

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Volksbank, Bern	1959	30. September	ASE
Schweiz. Volksbank, Bern	1972	31. Mai	OSE
	1987	31. März	OSE
	1987	31. März	ASE
Caisse d'Epargne de la République et Canton de Genève, Genève	1959	30. September	IS
Banca del Gottardo Lugano	1974	30. Juni	OSE
Banca del Gottardo Lugano	1975	30. September	OSE
Banca del Gottardo Lugano	1985	30. September	OE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
REVIT Immobilienfonds bernischer Banken **	Revit AG Bern Kapellenstrasse 5 3000 Bern
ROMETAC-INVEST Fonds für internationale Anlagen in Rohstoff- und Energiewerten	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
SAFIT South Africa Trust Fund	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
SAMURAI PORTFOLIO	Gertrust SA rue de la Cité 22 1200 Genève
SCHWEIZERAKTIEN Anlagefonds für Schweizerwerte	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
Schweizerischer Liegenschaften-Anlagefonds Swissreal	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
SEAPAC FUND	Gérifonds SA 11, rue de la Corraterie 1211 Genève
SFR-BAER Anlagefonds für Schweizerfranken-Auslandobligationen	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8001 Zürich
SIAT Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	DEVO Aktiengesellschaft für Immobilien-Anlagefonds Postfach 459 4600 Olten

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Gewerbekasse in Bern Bern	1963	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1972	31. Oktober	ASE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1948	31. März	AE
Hentsch & Cie, Genève	1970	31. Dezember	AE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1949	30. April	AS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1962	31. Dezember	IS
Banque Cantonale Vaudoise, Lausanne	1973	30. Juni	AE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1986	31. Dezember	OE
Schweiz. Volksbank, Bern	1956	30. September	IS

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
SIAT 63 Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	DEVO Aktiengesellschaft für Immobilien-Anlagefonds Postfach 459 4600 Olten
SIMA Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
SKANDINAVIEN-INVEST Wertschriftenfonds für Anlagen in Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
SOGENAL-ZÜRICH Anlagefonds für internationale Werte	Sogenal Fondsleitung AG Bleicherweg 1 8022 Zürich
SOLVALOR 61 Fonds de placement immobilier	Solvalor SA Avenue Mon Repos 14 1000 Lausanne
STERLING BOND SELECTION Anlagefonds für Pfund-Sterling-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
STOCKBAR Anlagefonds für Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8001 Zürich
SWISSAC Anlagefonds für Schweizer Dividendenwerte	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
SWISSBAR Anlagefonds für Schweizer Aktien	Julius Bär Fondsleitung AG St. Peterstrasse 10 8001 Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Volksbank, Bern	1963	30. September	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1950	30. September	IS
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1987	30. September	AE
Société Générale Alsacienne de Banque Strasbourg, succursale de Zurich	1985	30. Juni	ASE
Crédit Suisse, Lausanne	1961	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1985	30. November	OE
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1971	31. Dezember	ASE
Schweiz. Volksbank, Bern	1982	31. Mai	AS
Bank Julius Bär & Co. AG Zürich	1976	31. Dezember	AS

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
SWISSCA INTERPART	IFAG Fondsleitung AG, Bern Filiale Lausanne, Place St-François b/Banque Cantonale Vaudoise 1000 Lausanne
SWISSCA INTERRENT	IFAG Fondsleitung AG, Bern Filiale Lausanne, Place St-François b/Banque Cantonale Vaudoise 1000 Lausanne
SWISSCA PART	IFAG Fondsleitung AG, Bern Filiale Lausanne, Place St-François b/Banque Cantonale Vaudoise 1000 Lausanne
SWISSCA RENT	IFAG Fondsleitung AG, Bern Filiale Lausanne, Place St-François b/Banque Cantonale Vaudoise 1000 Lausanne
SWISSFONDS 1 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds (geschlossen)	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Postfach 3279 4002 Basel
SWISSFONDS 2 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Postfach 3279 4002 Basel
SWISSFONDS 10 Schweizerischer Immobilien- Anlagefonds **	Himac AG für Verwaltung von Anlagefonds Postfach 3279 4002 Basel
SWISS FOREIGN BOND SELECTION Anlagefonds für Schweizerfranken- Auslandobligationen und Notes	Interfonds, Internationale Investmentgesellschaft Postfach 4002 Basel

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	AE
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	OSE
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	AS
Basler Kantonalbank Basel	1986	31. Januar	OE
Schweiz. Bankverein Basel	1959	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1963	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1971	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1983	30. November	OE

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
SWISS FRANC BOND Anlagefonds für festverzinsliche Werte, lautend auf Schweizerfranken	Kafag AG für die Verwaltung von Anlagefonds Bahnhofstrasse 53 8000 Zürich
SWISS FRANC-INVEST Anlagefonds für Schweizerfranken-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich
SWISSIMMOBIL 1961 Anlagefonds für Schweizerische Immobiliarwerte	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
SWISSIMMOBIL, NEUE SERIE Schweizerische Immobiliar-Anlagen	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
SWISSIMMOBIL SERIE D Immobilien-Anlagefonds	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
SWISSINVEST Schweizerischer Immobilien-Anlagefonds	Adimosa AG Dufourstrasse 21 4052 Basel
SWISSVALOR Neue Serie, Anlagefonds für schweizerische Werte	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
UNIM Fonds de placements immobiliers **	Progestfonds SA rue de la Fontaine 5 1204 Genève

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Volksbank, Bern	1982	31. Mai	OSE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1984	30. Juni	OSE
Schweiz. Bankverein, Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1961	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein, Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1949	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein, Basel Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1938	31. Dezember	IS
Bank Heusser & Cie AG Basel	1961	30. Juni	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1956	31. Mai	AS
Crédit Suisse, Genève	1963	31. Dezember	IS

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Fondsleitung* *Direction du fonds*
UNIVERSAL BOND SELECTION Internationaler Anlagefonds für Obligationen und aus Wandelrechten bezogene Aktien	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
UNIVERSAL FUND Fonds de placement en actions des pays industriels européens et d'outre-mer	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
UNIWERT Anlagefonds für Wertschriften	Folag Fondsleitung AG Talstrasse 58 8022 Zürich
USSEC Anlagefonds für amerikanische Werte	Société Internationale de Placements SIP Elisabethenstrasse 41 4010 Basel
UTO Immobilienfonds	Uto Fondsverwaltung AG Beethovenstrasse 24 8002 Zürich
VALCA Wertschriftenfonds der Schweizerischen Kantonalbanken	IFAG Fondsleitung AG, Bern Filiale Lausanne, Place St-François b/Banque Cantonale Vaudoise 1000 Lausanne
WERT-INVEST Schweizerischer Liegenschaften-Anlagefonds **	Wert-Invest AG Rennweg 50 4020 Basel
YEN BOND SELECTION Anlagefonds für Yen-Obligationen	Interfonds, Internationale Investmenttrustgesellschaft Postfach 4002 Basel
YEN-INVEST Anlagefonds für Yen-Obligationen	Intrag AG Verwaltung von Investmenttrusts Bahnhofstrasse 45 8021 Zürich

Depotbank *Banque dépositaire*	*Gründung* *Fondation*	*Abschluss* *Clôture*	*Art der Anlage* *Genre du placement*
Schweiz. Bankverein Basel	1970	30. September	OSE
Schweiz. Bankverein Basel	1960	31. Dezember	ASE
HandelsBank Nat West Zürich	1973	31. Januar	ASE
Schweiz. Kreditanstalt Zürich	1951	31. August	AE
Uto Bank, Zürich	1960	31. März	IS
Basler Kantonalbank Basel	1969	28. Februar	ASE
Schweiz. Bankverein Basel	1960	31. Dezember	IS
Schweiz. Bankverein Basel	1985	30. November	OE
Schweiz. Bankgesellschaft Zürich	1977	30. Juni	OE

Ausländische Anlagefonds mit Bewilligung für die öffentliche Werbung in der Schweiz (Art. 2 AuslAFV)

Name des Anlagefonds ***Dénomination du fonds de placement***	***Nationalität*** ***Nationalité***
* Austro-International-Investment-Fonds	Liechtenstein
* Barclays Unibond Trust	Jersey
* Barclays Uni-American Growth Trust	Jersey
Broadgate International Fund Portefeuille 1	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 2	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 3	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 4	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 5	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 6	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 7	Luxembourg
Broadgate International Fund Portefeuille 8	Luxembourg
Canafund	Luxembourg
Capital International Fund SA	Luxembourg
Citinvest Ecu Income	Luxembourg
Citinvest Liquidity	Luxembourg
Citinvest Managed Growth Euro	Luxembourg
Citinvest Managed Growth US-$	Luxembourg
CS Ecu Bond	Luxembourg

* untersteht überhaupt keiner oder einer der schweizerischen nicht ebenbürtigen Staatsaufsicht

Fonds de placement étrangers autorisés à faire appel au public en Suisse (Art. 2 OFP étr.)

Bewilligungsträger ***Autorisation délivrée à***	***Abschluss*** ***Clôture***
Handelsbank N.W., Zürich	31. Dezember
Barclays Bank SA, Genève	31. Mai
Barclays Bank SA, Genève	30. September
American Express Bank (Switzerland) AG, Zürich Trade Development Bank, Genève	30. Oktober
American Express Bank (Switzerland) AG, Zürich Trade Development Bank, Genève	30. Oktober
American Express Bank (Switzerland) AG, Zürich Trade Development Bank, Genève	30. Oktober
American Express Bank (Switzerland) AG, Zürich Trade Development Bank, Genève	30. Oktober
American Express Bank (Switzerland) AG, Zürich Trade Development Bank, Genève	30. Oktober
American Express Bank (Switzerland) AG, Zürich Trade Development Bank, Genève	30. Oktober
American Express Bank (Switzerland) AG, Zürich Trade Development Bank, Genève	30. Oktober
American Express Bank (Switzerland) AG, Zürich Trade Development Bank, Genève	30. Oktober
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. März
Chase Manhattan Bank (Suisse), Genève	31. Dezember
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. September
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. September
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Citicorp Investment Bank (Switzerland), Zürich	30. Juni
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September

* n'est pas soumis à une surveillance équivalente à celle exercée en Suisse sur les fonds de placement ou n'est l'objet d'aucune surveillance

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
CS Gulden Bond	Luxembourg
CS Money Market Fund DM	Luxembourg
CS Money Market Fund £ Sterling	Luxembourg
CS Money Market Fund US-Dollar	Luxembourg
CS Money Market Fund YEN	Luxembourg
CS Prime Bond	Luxembourg
CS Short-Term Bond DM	Luxembourg
CS Short-Term Bond US-Dollar	Luxembourg
* D-MARK-BAER, Julius Baer D-Mark Bond Fund Ltd	Cayman Islands
* DOLLAR BAER, Julius Baer U.S. Dollar Bond Fund Ltd	Cayman Islands
Dreyfus Fund Inc.	USA
Fidelity Global Industries Fund	Luxembourg
* Formula Selection Fund	Panama
Frankfurt Effekten Fonds	Deutschland
G.T. Investment Fund S.A.	Luxembourg
* Hentsch Portfolios Ltd, classe A US Dollar Bond Portfolio	Iles Vierges britanniques
* Hentsch Portfolios Ltd, classe B Yen Bond Portfolio	Iles Vierges britanniques
Integra Fund	USA
* International Income Fund Unit A	Jersey
* International Income Fund Unit B	Jersey
* International Income Fund Long Term Unit	Jersey
Interspar, fonds d'investissement international des caisses d'épargne	Luxembourg

Bewilligungsträger *Autorisation délivrée à*	*Abschluss* *Clôture*
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	31. Dezember
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich	30. September
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich Société Bancaire Julius Baer SA, Genève	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich Société Bancaire Julius Baer SA, Genève	31. Dezember
Hentsch & Cie, Genève	31. Dezember
Privat Kredit Bank, Zürich	31. Juli
Privatbank & Verwaltungsgesellschaft, Zürich	30. September
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	31. Dezember
Hentsch & Cie, Genève	15. September
Hentsch & Cie, Genève	15. September
Rothschild Bank AG, Zürich	30. September
Bank Oppenheim Pierson (Schweiz) AG, Zürich	31. Dezember
Bank Oppenheim Pierson (Schweiz) AG, Zürich	31. Dezember
Bank Oppenheim Pierson (Schweiz) AG, Zürich	31. Dezember
Caisse d'Epargne de la République et Canton de Genève, Genève	31. Dezember

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Interzins	Deutschland
Investa	Deutschland
* ITF Fund N.V.	Antilles néerlandaises
* Japan Selection Fund	Panama
* Kleinwort Benson International Fund N.V.	Antilles néerlandaises
* Liquibär, Julius Bär US Dollar Fund Ltd	Grand Cayman
Lloyds International Smaller Companies Fund	Luxembourg
* Mercury Eurobond Fund Ltd	Bermudas
Multinvest International SA	Luxembourg
Obli-Dollar	Luxembourg
* Obliflex Limited Convertibles	Jersey
* Obliflex Limited Deutsche Mark	Jersey
* Obliflex Limited Dollar E.U., court terme	Jersey
* Obliflex Limited Dollar E.U., moyen terme	Jersey
* Obliflex Limited Dollar E.U., long terme	Jersey
* Obliflex Limited Florin néerlandais	Jersey
* Obliflex Limited Franc belge	Jersey
* Obliflex Limited Franc français	Jersey
* Obliflex Limited Franc suisse	Jersey
* Obliflex Limited Livre sterling	Jersey
* Obliflex Limited Multidevises	Jersey
* Obliflex Limited Multidevises suisses	Jersey
* Obliflex Limited Yen japonais	Jersey
* Obliflex Limited Unité monétaire européenne	Jersey

Bewilligungsträger *Autorisation délivrée à*	*Abschluss* *Clôture*
BHF-Bank (Schweiz) AG, Zürich	30. September
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich	30. September
Bank von Ernst & Cie AG, Bern	31. Dezember
Privatbank & Verwaltungsgesellschaft, Zürich	30. September
Banque Kleinwort Benson SA, Genève	31. Dezember
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich Société Bancaire Julius Baer SA, Genève	31. Dezember
Lloyds Bank International Ltd, Londres, succ. de Genève	31. Dezember
S.G. Warburg Bank AG, Zürich	30. September
Banca della Svizzera Italiana, Lugano	31. Dezember
Banque Paribas (Suisse) SA, Genève	30. September
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. Mai

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Rentak Fonds	Deutschland
Rentex Fonds	Deutschland
SCI/TECH SA	Luxembourg
SoGen International Fund Inc.	USA
Swiss Bank Corporation US-Dollar Money Market Fund	Luxembourg
* Techno-Growth Fund	Panama
Turquoise Fund	Luxembourg
Unico Investment-Fund	Luxembourg
Unifonds	Deutschland
Uniglobal	Deutschland
Unikapital	Deutschland
Unirak	Deutschland
Unirenta	Deutschland
Unispecial I	Deutschland
Unizins	Deutschland

Bewilligungsträger *Autorisation délivrée à*	*Abschluss* *Clôture*
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
La Roche & Co., Basel	31. Dezember
Lombard, Odier & Cie, Genève	31. März
Société Générale Alsacienne de Banque, Strasbourg Zweigniederlassung Zürich	31. März
Schweizerischer Bankverein, Basel	30. Juni
Privatbank & Verwaltungsgesellschaft, Zürich	31. August
Mirabaud & Cie, Genève	31. März
Bank Europäischer Genossenschaftsbanken, Zürich	30. September
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Hentsch & Cie, Genève E. Gutzwiller & Cie, Basel Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich	31. März
Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich Hentsch & Cie, Genève E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September
Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich Hentsch & Cie, Genève E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. März
Hentsch & Cie, Genève Bank J. Vontobel & Cie AG, Zürich E. Gutzwiller & Cie, Basel	30. September

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
* US Treasury Securities Fund Ltd Short term shares	Guernsey
* US Treasury Securities Fund Ltd fixed income shares	Guernsey
Wardley Global Selection Australasia Equity Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection Canada Equity Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection Europe Equity Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection Hong Kong Equity Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection Japan Equity Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection Singapore & Malaysia Equity Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection UK Equity Fund	Luxembourg

Bewilligungsträger *Autorisation délivrée à*	*Abschluss* *Clôture*
United Overseas Bank, Genève	31. Dezember
United Overseas Bank, Genève	31. Dezember
The Hongkong & Shanghai Banking Corporation, Hong Kong, Zweigniederlassung Zürich The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The Hongkong & Shanghai Banking Corporation, Hong Kong, Zweigniederlassung Zürich The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The Hongkong & Shanghai Banking Corporation, Hong Kong, Zweigniederlassung Zürich The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The Hongkong & Shanghai Banking Corporation, Hong Kong, Zweigniederlassung Zürich The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The Hongkong & Shanghai Banking Corporation, Hong Kong, Zweigniederlassung Zürich The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The Hongkong & Shanghai Banking Corporation, Hong Kong, Zweigniederlassung Zürich The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The Hongkong & Shanghai Banking Corporation, Hong Kong, Zweigniederlassung Zürich The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Wardley Global Selection USA Equity Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection Deutsche Mark Bond Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection ECU Bond Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection Japanese Yen Bond Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection Sterling Bond Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection Swiss Franc Bond Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection US Dollar Bond Fund	Luxembourg
Wardley Global Selection Sterling Money Market Fund	Luxembourg

Bewilligungsträger *Autorisation délivrée à*	*Abschluss* *Clôture*
The Hongkong & Shanghai Banking Corporation, Hong Kong, Zweigniederlassung Zürich The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The Hongkong & Shanghai Banking Corporation, Hong Kong, Zweigniederlassung Zürich The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The Hongkong & Shanghai Banking Corporation, Hong Kong, Zweigniederlassung Zürich The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The Hongkong & Shanghai Banking Corporation, Hong Kong, Zweigniederlassung Zürich The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The Hongkong & Shanghai Banking Corporation, Hong Kong, Zweigniederlassung Zürich The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The Hongkong & Shanghai Banking Corporation, Hong Kong, Zweigniederlassung Zürich The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The Hongkong & Shanghai Banking Corporation, Hong Kong, Zweigniederlassung Zürich The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
The Hongkong & Shanghai Banking Corporation, Hong Kong, Zweigniederlassung Zürich The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März

Name des Anlagefonds *Dénomination du fonds de placement*	*Nationalität* *Nationalité*
Wardley Global Selection US Dollar Money Market Fund	Luxembourg
World Fund SA	Luxembourg

Bewilligungsträger *Autorisation délivrée à*	*Abschluss* *Clôture*
The Hongkong & Shanghai Banking Corporation, Hong Kong, Zweigniederlassung Zürich The British Bank of the Middle East, London, Succursale de Genève	31. März
Lombard, Odier & Cie, Genève	30. April

Sommaire Page

Version allemande 5

Listes (institutions de revision et fonds de placement) 69

Version française 129

Inhaltsübersicht Seite

Deutsche Fassung 5

Verzeichnisse (Revisionsstellen und Anlagefonds) 69

Französische Fassung 129

Table des matières Page

Abréviations 134

Commission des banques et Secrétariat 135

I. Introduction 137

II. Points essentiels 138

III. Surveillance des banques 140

1. Revision de l'ordonnance sur les banques 140
   1.1 Nouvelles prescriptions sur les liquidités 140
   1.2 Champ d'application de la loi sur les banques 143
   1.3 Affaires hors bilan 147
      1.3.1 Enquête 147
      1.3.2 Etude de l'Institut d'économie bancaire suisse 149

2. Circulaires 150

3. Pratique de l'autorité de surveillance 151
   3.1 Garantie d'une activité irréprochable 151
      3.1.1 Convention relative à l'obligation de diligence des banques 151
      3.1.2 Avoirs de Marcos 156
      3.1.3 Collaboration à des manipulations du cours des actions 156
      3.1.4 Blanchissage d'argent 158
      3.1.5 Gains illégaux résultant d'une application illicite des cours (Kursschnitte) 159
      3.1.6 Violation du devoir de fidélité de la part d'employés 160
   3.2 Risques-pays 161
   3.3 Clarté et sincérité du bilan 162

3.4 Reconnaissance des reviseurs responsables 165
3.5 Transformation de banques coopératives en sociétés anonymes 167
3.6 Sociétés financières à caractère bancaire 168
3.7 Prospectus pour l'émission de «notes» 170
3.8 Banques en mains étrangères 172
3.8.1 Réciprocité 172
3.8.1.1 Liban 172
3.8.1.2 Japon 174
3.8.1.3 Liste des Etats garantissant la réciprocité 175
3.8.2 Surveillance consolidée 175

4. Etendue de la revision dans les banques 176

5. Relations avec d'autres Autorités et des Associations 180
5.1 Autorités fédérales 180
5.2 Banque Nationale Suisse 181
5.3 Autorités de surveillance étrangères 181
5.4 Associations 183
5.5 Conférence des institutions de revision 184

6. Affaires traitées (statistiques) 184
6.1 Séances 184
6.2 Décisions 184
6.3 Recommandations et annonces de répartition des risques 185

7. Banques, sociétés financières et institutions de revision assujetties à la loi 186
7.1 Etat à la fin 1987 186
7.2 Autorisations délivrées en 1987 186
7.3 Cessation de l'activité 188

IV. Surveillance des fonds de placement 189

1. Pratique de l'autorité de surveillance 189
   1.1 Portefeuilles collectifs internes des banques 189
   1.2 Europrogramme 189

2. Règlement modèle pour les fonds de placement mobiliers 190

3. Les fonds de placement suisses dans le cadre international 191
   3.1 Relations internationales 191
   3.2 Création par des banques suisses de fonds de placement à l'étranger 191

4. Affaires traitées 192

5. Développement des fonds de placement en 1987 193

V. Surveillance des lettres de gage 195

1. Revision des centrales d'émission de lettres de gage 195

2. Modification de l'ordonnance sur l'émission de lettres de gage 195

VI. Commission des banques et Secrétariat 196

1. Commission des banques 196

2. Secrétariat 196

3. Comptes annuels 197

Abréviations

CDB	Convention du 1er juillet 1987 relative à l'obligation de diligence des banques
LB	Loi fédérale du 8 novembre 1934 sur les banques et les caisses d'épargne (RS 952.0)
LFP	Loi fédérale du 1er juillet 1966 sur les fonds de placement (RS 951.31)
LLG	Loi fédérale du 21 juin 1930 sur l'émission des lettres de gage (RS 211.423.4)
OB	Ordonnance d'exécution du 17 mai 1972 de la loi sur les banques et les caisses d'épargne (RS 952.02)
OBE	Ordonnance (de la Commission fédérale des banques) du 22 mars 1984 concernant les banques étrangères en Suisse (RS 952.111)
OFP	Ordonnance du 20 janvier 1967 sur les fonds de placement (RS 951.311)
OFP étr	Ordonnance du 13 janvier 1971 sur les fonds de placement étrangers (RS 951.312)
OLG	Ordonnance du 23 janvier 1931 sur l'émission des lettres de gage (RS 211.423.41)
RO-CFB	Règlement du 4 décembre 1975 concernant l'organisation et l'activité de la Commission fédérale des banques (RS 952.721)

Commission fédérale des banques

Président
Hermann Bodenmann, docteur en droit, Brigue

Vice-président
Alain Hirsch, docteur en droit, professeur à l'Université, Genève

Membres
Amilcare Berra, docteur en sciences politiques, Montagnola
Silvio de Capitani, docteur en droit, Zurich
Paul Ehrsam, docteur en droit, Zumikon (jusqu'au 31 décembre 1987)
Peter Nobel, professeur à l'Université, Zurich
(dès le 1er mars 1988)
Hans Schmid, docteur en sciences politiques, professeur
à l'Université, St-Gall
Hans Wyer, Conseiller d'Etat, Viège

Secrétariat

Directeur
Kurt Hauri, docteur en droit

Service juridique
Daniel Zuberbühler, avocat, directeur-suppléant

Service des autorisations
Romain Marti, sous-directeur

Service de revision
Kurt Lindegger, sous-directeur

Service des fonds de placement
André Cornu, docteur en sciences économiques

Adresse

Marktgasse 37, Case postale 1211, 3001 Berne
Téléphone 031/61 69 11, Télex 912 449, Téléfax 031/61 69 26

I. Introduction

La Commission des banques surveille trois secteurs des activités financières: les banques (art. 23 al. 1 LB), les fonds de placement (art. 40 LFP en liaison avec l'art. 23 al. 1 LB) et les lettres de gage (art. 39 LLG). Elle est tenue de présenter au moins une fois par année un rapport sur son activité au Conseil fédéral (art. 23 al. 3 LB). En présentant son rapport de gestion 1987, la Commission des banques se conforme ainsi à ces dispositions légales.

Le rapport de gestion porte notamment sur les principales questions traitées pendant l'année écoulée ainsi que sur la pratique et la politique suivies par l'autorité de surveillance. Il contient de plus la liste des fonds de placement suisses et étrangers soumis à la surveillance ainsi que celle des institutions de revision agréées par la Commission des banques pour la revision des banques et des fonds de placement. En revanche, il ne contient pas de données statistiques détaillées sur le développement et l'état actuel du système bancaire suisse. A ce sujet, on se réfèrera utilement à la publication de la Banque Nationale Suisse intitulée «Les banques suisses en 1987» qui paraîtra en automne 1988. A côté de commentaires des données statistiques, elle contient une liste des banques assujetties à la loi.

En plus de ce rapport de gestion annuel, la Commission des banques publie le «Bulletin» dans lequel sont rassemblées ses décisions les plus importantes (1987, fascicule 17).

II. Points essentiels

Sur proposition de la Commission des banques et de la Banque Nationale Suisse, le Conseil fédéral a adopté le 25 novembre 1987 une modification des prescriptions sur les liquidités de l'ordonnance de la loi sur les banques. Ces nouvelles prescriptions sont entrées en vigueur le 1er janvier 1988. Elles sont rédigées de manière plus simple et facilitent la planification, le calcul et le contrôle des liquidités minimales exigées. Par la même occasion, les exigences pour les différents groupes bancaires ont été abaissées. La nouveauté réside dans le fait que les liquidités de caisse ne doivent plus être respectées uniquement en fin de mois, mais sur une moyenne mensuelle. Celles-ci peuvent ainsi mieux remplir leur fonction d'amortisseur face à des sorties de fonds imprévues du système bancaire. Cela mettra un terme aux artifices et variations inutiles des taux d'intérêt en fin de mois. Le catalogue des actifs facilement réalisables a été redéfini. Il tient compte des modifications de l'activité bancaire intervenues depuis la dernière adaptation des prescriptions sur les liquidités en 1972. Les banques doivent également indiquer les gros risques du côté passif et veiller à ce que le groupe dispose des liquidités adéquates (cf. III ch. 1.1, p. 140 ss.).

La Commission des banques a poursuivi son examen du champ d'application de la loi sur les banques. Selon la conception actuellement en vigueur, seules les sociétés financières qui font appel au public pour obtenir des fonds et qui utilisent ceux-ci pour des opérations impliquant une marge d'intérêt sont considérées comme banques au sens de la loi sur les banques. Cette définition ne tient pas suffisamment compte des changements intervenus dans l'environnement économique et ne prend pas assez en considération les buts poursuivis par la surveillance bancaire. C'est pourquoi la Commission des banques proposera au Conseil fédéral de définir, dans l'ordonnance de la loi sur les banques, les notions légales indéterminées que sont la banque et l'appel au public pour obtenir des fonds en dépôt. De cette manière, les importantes sociétés financières de même que les maisons d'émission qui sont actives dans le marché des crédits et des capitaux devraient être soumises à la loi sur les banques. En principe, toutes les dispositions légales devraient être applicables aux nouvelles sociétés financières assujetties. Dans plusieurs domaines, la loi sur les banques permet de tenir compte des particularités propres à chaque banque. Des dispositions transitoires flexibles de-

vraient prévenir des résultats choquants, en particulier sur la question de la réciprocité (cf. III ch. 1.2, p. 143 ss.).

La nouvelle convention relative à l'obligation de diligence des banques de l'Association suisse des banquiers est entrée en vigueur le 1er octobre 1987. Toutes les banques en Suisse de même que presque toutes les sociétés financières à caractère bancaire affiliées à ladite association l'ont signée. Cette convention tient compte des critiques faites par la Commission des banques au sujet des anciens privilèges accordés aux clients de banques agissant par l'intermédiaire d'avocats ou de fiduciaires suisses. Par rapport à la convention de 1977 et 1982, la nouvelle convention restreint de manière importante les exceptions au devoir d'identifier l'ayant droit économique (cf. III ch. 3.1.1, p. 151 ss.).

En 1987, des solutions au problème de l'endettement international n'ont toujours pas été trouvées. C'est pourquoi la Commission des banques a décidé d'augmenter de 30 à 35% le taux de provision forfaitaire nécessaire sur toutes les créances domiciliées dans des pays confrontés à des difficultés. Jusqu'à la fin de l'année 1988, toutes les banques devront avoir rempli cette exigence. Elles doivent également compter avec une nouvelle augmentation du taux de provision forfaitaire nécessaire pour la fin de l'année 1989 (cf. III ch. 3.2, p. 161 s.).

III. Surveillance des banques

1. Revision de l'ordonnance sur les banques

Après plusieurs années de travaux préparatoires (cf. rapport de gestion 1985 p. 9 et 1986 p. 117 s.) la Commission des banques et la Banque Nationale Suisse, en collaboration avec les représentants des différents groupes bancaires, ont soumis au Conseil fédéral un projet élaboré en commun pour une modification des prescriptions sur les liquidités de l'ordonnance de la loi sur les banques (art. 15 – 20). Dans sa séance du 25 novembre 1987, le Conseil fédéral a adopté le projet avec quelques modifications de nature formelle et a mis en vigueur la nouvelle ordonnance avec effet au 1er janvier 1988 (cf. ch. 1.1, p. 140 ss.). Comme la modification des prescriptions sur les liquidités a été placée au premier plan, les travaux relatifs aux autres projets concernant notamment l'extension du champ d'application de la loi sur les banques (cf. ch. 1.2, p. 143 ss.) et le traitement des affaires bancaires hors bilan (cf. ch. 1.3, p. 147 s.) ont été retardés.

1.1 Nouvelles prescriptions sur les liquidités

Les prescriptions sur les liquidités de l'ordonnance de la loi sur les banques du 17 mai 1972 étaient jugées dépassées depuis longtemps tant par les banques que par la Commission des banques et la Banque Nationale Suisse. Elles ont dès lors été complètement réexaminées à la base et adaptées aux conclusions arrêtées actuellement en la matière. La modification de l'ordonnance de la loi sur les banques présente les caractéristiques suivantes:

a) L'ordonnance révisée maintient d'une part l'exigence des taux minimaux en rapport avec les engagements à court terme pour maintenir des liquidités de caisse (disponibilités) et, d'autre part une liquidité globale (disponibilités et actifs facilement réalisables ensemble) en application de l'art. 4 al. 1 let. b et al. 2 LB. Le calcul des deux sortes de liquidités sera cependant considérablement simplifié. L'échelle mobile progressive déterminant les taux est remplacée par un taux de liquidités proportionnel. De cette manière la planification et le contrôle des prescriptions légales sur les liquidités seront facilités. En plus, les taux de liquidités exigés des banques suisses, fortement augmentés lors des deux revisions de l'ordonnance de la loi sur les banques en 1961 et 1972 et qui avaient été dictés par des raisons de politique mo-

nétaire qui ne sont plus valables aujourd'hui, sont abaissés à un taux supportable comparativement avec ce qui est requis à l'étranger. Ces allégements devraient en outre s'appliquer aux différents groupes bancaires d'une manière plus équitable.

b) Les prescriptions sur les liquidités de caisse sont mieux adaptées à la politique relative à la masse monétaire qui, à côté de la protection des créanciers, constituait déjà un des objectifs de la loi sur les banques lors de sa mise en vigueur en 1934. Il est important, aussi bien pour la protection des créanciers que pour la conduite de la masse monétaire par la Banque Nationale Suisse qu'il y ait suffisamment de monnaie dans le système bancaire, parce que des sorties imprévues de fonds vers les comptes de la Confédération ou vers le secteur non bancaire entraînent des variations d'intérêt très importantes. A la différence de la réglementation en vigueur, les banques, à travers le nouveau «concept de l'amortisseur», doivent s'astreindre exclusivement à maintenir des liquidités en francs, pendant que du côté du passif, seuls les engagements à court terme en francs suisses servent de base de calcul. En lieu et place des liquidités de caisse qui ne sont respectées par les banques qu'en fin de mois au moyen d'artifices et de variations inutiles des taux d'intérêt et d'un «window dressing», le taux minimum déterminant des liquidités de caisse ne sera pas calculé chaque jour mais sur une moyenne de 30 jours. Ce taux sera limité à ce qui est nécessaire pour assurer une politique monétaire et une protection des créanciers, c'est-à-dire au taux que fixeraient des banques conscientes de leurs responsabilités et que requièrent les principes d'économie d'entreprise. Afin de pouvoir tenir compte de l'évolution des besoins, la compétence de fixer le taux a été déléguée au Département fédéral des finances, lequel fixera le taux sur proposition de la Commission des banques et de la Banque Nationale.

c) Les nouvelles règles sur la liquidité globale reposent sur l'opinion exprimée par le Comité des règles et pratiques de contrôle bancaire de la Banque des Règlements Internationaux selon laquelle une banque devrait disposer de réserves de liquidités en quantité suffisante pour que, lorsqu'une crise de confiance dirigée contre elle éclate, entraînant des retraits massifs de fonds par la clientèle, elle puisse faire face aux engagements échus jusqu'à ce qu'un programme de secours soit arrêté par d'autres banques et, le cas échéant, par les autorités. C'est pourquoi une banque doit posséder suffisamment d'actifs

facilement réalisables pour qu'elle puisse survivre par ses propres moyens une à deux semaines. L'ordonnance revisée se base sur la définition existante des actifs facilement réalisables et des engagements jusqu'à un mois d'échéance. Elle élargit premièrement le catalogue des actifs facilement réalisables aux papiers-valeurs admis au réescompte ou en nantissement par les banques centrales étrangères et, d'une manière générale aux titres émis par des débiteurs de premier ordre, facilement réalisables d'une autre manière sur un marché efficace et large ainsi qu'aux métaux précieux les plus courants. Deuxièmement, elle tient compte, au vu des principes applicables en matière d'économie d'entreprise, d'une planification dynamique du flux des moyens de paiement qui vise à balancer les entrées et sorties. Contrairement à ce qui se faisait jusqu'à maintenant, il y a lieu de compenser non seulement les positions interbancaires, mais aussi les positions clients à l'actif et au passif. Seul l'excédent qui se dégage d'un côté ou de l'autre intervient dans le calcul des liquidités: un excédent du côté actif comme actif facilement réalisable, un excédent passif comme engagement à court terme.

d) Dans les passifs des banques, les petits créanciers sont progressivement remplacés par des investisseurs institutionnels importants. Ceux-ci, grâce à une meilleure information sur les événements négatifs ou les rumeurs, peuvent réagir plus vite. Partant les banques sont aujourd'hui plus exposées au danger d'un retrait massif de liquidités. C'est pourquoi une banque doit inventorier ses gros risques au passif, les limiter et, le cas échéant, les couvrir par des réserves de liquidités complémentaires. L'ordonnance révisée oblige les banques à annoncer leurs engagements à court terme envers un client ou une autre banque à leur société de revision lorsque ceux-ci dépassent 10% du total de leurs engagements à court terme.

e) Les règles nationales sur les liquidités ne peuvent pas être appliquées sur base consolidée à un groupe bancaire international telles quelles, puisque le besoin de liquidités d'une société du groupe est régi en priorité par les usances et les prescriptions du pays où elle a son siège et qu'une politique uniforme de liquidités pour l'ensemble du groupe ne serait techniquement guère réalisable. L'ordonnance revisée oblige par contre une banque qui domine un groupe bancaire de veiller à ce que le groupe dispose des liquidités adéquates, car une crise de confiance provoquerait en général un retrait de liquidités

dans l'ensemble des membres du groupe. C'est pourquoi des réserves de liquidités pour les besoins de l'ensemble du groupe doivent être constituées. La direction du groupe doit à cet égard émettre des directives écrites et en assurer l'exécution. L'organe de revision devra juger le système du contrôle des liquidités et devra prendre position à ce sujet dans son rapport de revision.

f) On continuera à renoncer à une réglementation des liquidités pour les activités hors bilan, notamment les engagements conditionnels et les limites de crédits ouvertes par les banques. Il est vrai que les activités hors bilan peuvent entraîner des retraits de liquidités importants. Leur éventualité doit être envisagée par les banques au niveau des disponibilités générales de paiement. Cependant, ni la date ni l'ampleur d'une utilisation pour les engagements conditionnels et les limites de crédits sont déterminables à l'avance. En plus, ils tiennent pour les engagements conditionnels non pas à la volonté des ayants droit, mais au contraire aux conditions du marché et à la situation du débiteur principal. Ils peuvent donc, en cas de retraits massifs, ne pas être tout de suite réclamés et par conséquent ne tombent pas sous le concept de quantité suffisante des liquidités, ce qui n'est pas le cas pour les dépôts à court terme. Lorsqu'il s'agira d'étendre les prescriptions sur les fonds propres aux activités hors bilan, la possibilité s'offrira à nouveau d'examiner plus avant l'importance de celles-ci pour le calcul des liquidités.

1.2 Champ d'application de la loi sur les banques

La Commission des banques a poursuivi son examen du champ d'application de la loi sur les banques et a examiné la pratique en la matière:

L'art. 1 LB régit les banques (al. 1) auxquelles sont assimilées les sociétés financières qui font appel au public pour obtenir des fonds en dépôt (al. 2). Les gérants de fortune et les maisons de bourses sont soumises à la loi seulement s'ils exercent une activité bancaire (al. 3). Selon la pratique en vigueur, le critère essentiel pour déterminer s'il y a une activité bancaire est l'appel au public pour obtenir des fonds en dépôt et l'utilisation de ceux-ci pour des opérations impli-

quant une marge d'intérêts. Ainsi qu'elle l'a rappelé dans le dernier rapport de gestion (p. 119 ss.) et dans le Bulletin 16 (p. 5 ss.), la Commission des banques interprète la notion d'appel au public pour obtenir des fonds en dépôt de manière plus extensive qu'auparavant. Il y a appel au public lorsqu'une société financière, par l'intermédiaire d'une banque, place dans les dépôts de la clientèle de celle-ci un nombre peu important d'obligations avec une valeur nominale élevée. En revanche, si une société financière ne détient pas de fonds du public mais que ceux-ci proviennent par exemple d'un grand nombre de banques, elle peut exercer des opérations traditionnelles impliquant des marges d'intérêts et elle est en outre entièrement libre de pratiquer des affaires hors bilan.

Cette pratique ne tient pas compte de l'important déplacement des activités traditionnelles vers les opérations hors bilan intervenu ces dernières années. Avec l'atténuation de la frontière traditionnelle entre le marché des crédits et celui des capitaux (securitization), les placements sur le marché des capitaux et les dépôts bancaires sont devenus dans une certaine mesure interchangeables. Il n'est dès lors plus justifié que la définition de la banque soit seulement déterminée par les opérations traditionnelles impliquant une marge d'intérêts. L'interprétation de la notion de banque doit mieux s'adapter aux conditions économiques du moment, ce qui était déjà l'idée du législateur lors de la révision de la loi sur les banques de 1971 (FF 1970 I 1178 ss.). La pratique actuelle ne prend pas assez en considération les buts poursuivis par la surveillance bancaire (cf. rapport de gestion 1986 p. 119 s.). Ainsi le fonctionnement du marché des crédits et des capitaux pourrait être mis en danger par les difficultés d'un gros intermédiaire financier qui se refinance auprès d'un grand nombre de banques et d'investisseurs institutionnels.

Les objectifs expansifs et défensifs de la réciprocité (art. 3bis, al. 1 let. a LB) ne sont qu'imparfaitement réalisés lorsque les banques d'un pays qui n'offre pas la réciprocité, ou seulement avec des restrictions, peuvent librement opérer sur le marché financier suisse par une société financière à caractère bancaire, en particulier dans le domaine des émissions. On peut en outre se demander si l'investisseur qui achète des papiers-valeurs sur le marché des capitaux par l'intermédiaire des maisons d'émission est suffisamment protégé. Les mesures de protection juridique valables sur le marché des capitaux, notam-

ment la responsabilité découlant du prospectus, ne sont applicables que s'il existe d'une part une solvabilité minimale et si, d'autre part, l'existence des maisons d'émission est durablement assurée. La concurrence est enfin faussée lorsque les sociétés financières peuvent exercer des activités bancaires classiques comme des émissions, sans être tenues dans leur activité aux standards minimaux et aux contrôles qui sont imposés aux banques. On peut tenir compte de ces lacunes par une interprétation moderne des notions juridiques indéterminées que sont la banque, l'exercice d'une activité bancaire et l'appel au public pour obtenir des fonds en dépôt. Afin de soutenir cette nouvelle conception de manière aussi large que possible, la réglementation envisagée ne devrait pas seulement résulter d'un simple changement de pratique de la Commission des banques mais d'une révision partielle de l'ordonnance de la loi sur les banques par le Conseil fédéral qui fait actuellement l'objet d'une procédure de consultation administrative interne. La Commission des banques a élaboré un projet dans ce sens et en a discuté avec la Banque Nationale Suisse. Elle va l'envoyer au Département fédéral des finances pour qu'il le traite à son tour. En cette matière, la Commission des banques propose d'utiliser toutes les possibilités offertes par la loi en vigueur. Cette intention rejoint la décision du Conseil fédéral de ne pas poursuivre pour l'instant la révision de la loi sur les banques (cf. rapport de gestion 1986 p. 116; rapport du Conseil fédéral sur sa gestion 1986 p. 288 s.). Si cette voie ne devait pas aboutir, la question d'une révision de la loi serait à nouveau posée.

D'après le projet de la Commission des banques, la notion actuelle de banque demeure mais elle est élargie aux entreprises qui se refinancent de manière importante auprès des différentes banques, sociétés financières, assurances ou autres investisseurs institutionnels afin de financer, peu importe la manière, un nombre indéterminé de personnes ou d'entreprises qui ne forment pas avec elles une entité économique. Seraient aussi assimilées aux banques les entreprises qui sont principalement actives dans le domaine financier et qui effectuent des affaires hors bilan avec différents partenaires dans d'importantes proportions. Le critère de délimitation décisif entre les banques et les sociétés financières à caractère bancaire au sens entendu aujourd'hui ne serait donc pas qualitatif, mais au contraire quantitatif compte tenu du poids de ces grands intermédiaires finan-

ciers dans le fonctionnement du marché financier. La délimitation exacte devra ressortir de la pratique.

D'autre part, devraient également être considérées comme banques les entreprises qui offrent publiquement sur le marché primaire, ferme ou à la commission, des papiers-valeurs ou des «droits-valeurs» (maisons d'émission). Le projet renonce à délimiter l'activité d'une banque entièrement soumise à la loi de celle d'un gérant de fortune non soumis à celle-ci. La Commission des banques se réserve cependant le droit, par une modification de la circulaire (définition de l'activité bancaire au sens de l'art. 1 al. 3 let. b LB) d'élargir le champ d'application de la loi sur les banques à certains gérants de fortune.

Le projet prévoit aussi de redéfinir la notion d'appel au public pour obtenir des fonds en dépôt (cf. art. 3 OB). Il met en évidence que celui qui accepte continuellement des fonds du public fait déjà appel au public au sens de la loi. A l'avenir, les sociétés financières seront soumises à la loi lorsqu'elles accepteront de l'argent de leur clientèle habituelle. Conformément à la pratique, le projet permet aux sociétés financières de se refinancer auprès des banques. Ce n'est que lorsque ces sociétés financières à caractère bancaire dépasseront les limites quantitatives mentionnées qu'elles seront assimilées à des banques, cela afin de protéger le bon fonctionnement des marchés financiers.

Pour les banquiers privés qui sont soumis en principe entièrement à la loi et qui ne possèdent que quelques privilèges peu importants, l'actuelle définition de l'appel au public pour obtenir des fonds en dépôt ne sera en rien changée.

En principe toutes les prescriptions de la loi sur les banques devraient s'appliquer aux entreprises que le projet entend soumettre à la loi. A première vue, les conditions d'autorisation, l'obligation de publier les comptes et celle de la revision externe, ne semblent pas poser de problème. Aussi l'application des principes de gestion prévu dans la loi sur les banques devrait être adéquate parce qu'ils dépendent de l'existence d'activités spécifiques. Dans des cas particulièrement fondés, les dispositions de la loi sur les banques en matière de fonds propres et de liquidités et celles de l'ordonnance sur les banques en matière de répartition des risques permettent de tenir compte des particularités. Afin de ne pas compromettre le principe de la

réciprocité comme but de la révision de l'ordonnance sur les banques, les nouvelles sociétés concernées devront aussi en principe remplir la condition d'autorisation de la réciprocité. Des dispositions transitoires flexibles et une pratique souple de la Commission des banques dans l'application de la réciprocité devraient éviter des répercussions trop dures.

1.3 Affaires hors bilan

En été 1986, la Commission des banques a institué un groupe de travail dont la tâche était d'analyser de façon systématique, sous l'aspect juridique et économique, les risques inhérents aux affaires hors bilan des banques et de soumettre des propositions sur la façon de les traiter sous l'angle de la surveillance bancaire (cf. rapport de gestion 1986 p. 123). Les travaux de ce groupe ne sont pas encore terminés. Durant l'année 1987, le groupe de travail a analysé et évalué d'une part une enquête statistique sur les opérations hors bilan des banques suisses concernées. Il a d'autre part traité une étude faite par l'Institut d'économie bancaire suisse de l'Université de Zurich sur demande des grandes banques relative aux risques des affaires hors bilan et aux propositions concernant les exigences en fonds propres pour de telles affaires.

1.3.1 Enquête

Au moyen d'un schéma développé par le groupe de travail, qui reprenait pour l'essentiel les catégories et notions définies par le Comité des règles et pratiques de contrôle bancaire de la Banque des Règlements Internationaux, la Commission des banques a mené une enquête unique sur les affaires hors bilan des banques arrêtées au 31 décembre 1986, sur base consolidée, y compris les entreprises suisses et étrangères qu'elles dominent dans le secteur financier. Lors de cette enquête, les banques régionales notamment ainsi que les caisses Raiffeisen n'ont pas été consultées car le genre d'opérations visées ne représentent pas pour elles une activité importante. La valeur des avoirs des clients déposés auprès des banques, respectivement gérés par elles n'a pas non plus été intégrée dans la statistique.

Sur les 198 questionnaires retournés par les banques jusqu'à la fin du mois d'avril 1987, il y a lieu de ressortir les points essentiels suivants:

	en milliards de francs	en %
Total général des affaires hors bilan	791	100
dont		
Opérations de change à terme	555	70
Limites de crédits irrévocables	57	7
Swaps de devises	27	3
Standby letters of credit	23	3
Swaps de taux d'intérêt	22	3

Le total général des affaires hors bilan est ainsi presque équivalent au montant du bilan de frs. 848 milliards publié à la fin de l'année 1986 par l'ensemble des banques suisses, y compris les sociétés financières. Le point le plus marquant est l'importante part des opérations de change à terme. Pour celles-ci, les fonds propres doivent s'élever au moins à 0,3% (art. 13 al. 1 let. b OB); pour les positions ouvertes en devises, ceux-ci doivent s'élever au moins à 10% (art. 13 al. 1 let. c OB). Une part importante des opérations de change à terme sert à la couverture des risques de change. Les «notes issuance facilities» et «revolving underwriting facilities» particulièrement répandues sur les places financières étrangères s'élèvent à frs. 4,7 milliards ce qui, en comparaison des volumes montrés par les instituts financiers étrangers, est relativement modeste. Selon l'ordonnance de la loi sur les banques en vigueur – sans que cela apparaisse justifié – aucune exigence en fonds propres n'est expressément prévue pour ce genre d'opération.

Dans l'enquête effectuée auprès des groupes de banques visées, les affaires hors bilan se répartissent de la manière suivante:

	en milliards de francs	en %
Banques cantonales	5,6	0,7
Grandes banques	601,9	76,1
Autres banques	29,8	3,8
Banquiers privés	4,2	0,5
Banques en mains étrangères	62,5	7,9
Succursales de banques étrangères	86,9	11,0
Total	790,9	100,0

1.3.2 **Etude de l'Institut d'économie bancaire suisse**

Sur demande des grandes banques suisses, l'Institut d'économie bancaire suisse de l'Université de Zurich a établi, sous la direction de M. le Professeur Conrad Meyer, une volumineuse étude qui a été livrée au groupe de travail institué par la Commission des banques en août 1987. Elle étudie les 38 types de transactions hors bilan cataloguées par le Comité des règles et pratiques de contrôle bancaire de la Banque des Règlements Internationaux dans le but de définir, au moyen de caractéristiques de base communes aux opérations de natures différentes, des catégories individuelles en vue de les traiter systématiquement sous l'angle de la surveillance bancaire. L'étude met principalement en évidence les différentes sortes de risques qui peuvent résulter de ces opérations notamment les risques-crédit, les risques de bonne fin, les risques de règlement, les risques-pays, les risques de placement et les risques de déroulement. Au moyen d'une présentation par comparaison, elle subdivise les opérations hors bilan en trois catégories, à savoir les engagements conditionnels, les prises ferme et les opérations à terme. Elle reconnaît que le bilan classique des banques ne donne des informations que sur une partie limitée des activités bancaires et partant aussi des risques encourus, raison pour laquelle la notion du bilan devrait être redéfinie et les affaires indifférentes devraient être prises en considération. C'est pourquoi il conviendrait d'abord de régler les questions relatives à la comptabilisation et à l'établissement du bilan de ces nouvelles opérations pour lesquelles il n'existe aujourd'hui, pas plus en Suisse qu'à l'étranger, une pratique uniforme et généralement reconnue. C'est pourquoi l'étude renonce à formuler des propositions pour une comptabilisation adéquate des affaires hors bilan. Elle traite en revanche de manière approfondie la question centrale de la couverture en fonds propres pour les différentes catégories d'affaires hors bilan. Il résulte de l'enquête que des 38 types d'activités examinés 23 tombent déjà dans l'une ou l'autre forme pour laquelle l'ordonnance de la loi sur les banques en vigueur exige des fonds propres. Ainsi, la Suisse disposerait déjà aujourd'hui, comparativement aux solutions des pays étrangers, du concept le plus étendu en la matière, car les prescriptions sur les fonds propres revues lors de la modification de l'ordonnance sur les banques et en vigueur à partir du 1er décembre 1980 ne prennent pas seulement en considération les actifs au bilan,

mais aussi les engagements conditionnels et les opérations en cours.

L'étude contient dans sa partie finale des propositions concrètes relatives aux exigences en fonds propres pour les différents groupes d'opérations: dans le but de l'étude, l'importance du taux était secondaire par rapport à la question de savoir si un type d'affaires particulier requierait ou non des fonds propres. Finalement, l'étude essaie aussi de mettre en évidence quelles seraient les possibilités de réduire les exigences en fonds propres pour compenser l'exigence accrue envisagée pour les différentes affaires hors bilan.

Le groupe de travail s'emploie maintenant à développer un concept général sur les fonds propres pour les activités hors bilan et aussi à examiner des propositions alternatives. Les travaux du Comité des règles et pratiques de contrôle bancaire de la Banque des Règlements Internationaux seront pris en considération (cf. ch. 5.3, p. 181 s.).

2. Circulaires

La Commission des banques a décidé de modifier avec effet au 1er janvier 1988 la circulaire «Rapport de revision: forme et contenu». Il sera exigé des institutions de revision bancaire qu'elles joignent au rapport de revision la formule standard «Détermination des fonds propres effectifs» et «Analyse du compte de résultat». De plus, les institutions de revision seront tenues de s'assurer, entre autres choses, que la recommandation de l'Association suisse des banquiers «Le contrôle interne dans les banques: une tâche de la direction» est observée.

Par la création d'une formule spéciale en vue de la détermination des fonds propres effectifs et de l'analyse du compte de résultat, les chiffres contenus dans les rapports de revision seront saisis sur la base de critères unifiés. La Commission des banques aura ainsi la possibilité d'établir des relations à l'intérieur et entre les différents groupes de banques et d'effectuer des comparaisons. D'utiles informations pourront en outre être mises à disposition dans un délai approprié.

La Commission des banques a évoqué à maintes reprises l'importance d'un système de contrôle interne dans le domaine bancaire (cf. rapport de gestion 1985 p. 10 ss.). C'est ainsi qu'elle proposa en

mars 1985 à l'Association suisse des banquiers d'entreprendre une étude à ce sujet et d'examiner si des recommandations appropriées pouvaient servir les banques en assurant un contrôle interne efficace. Le 6 avril 1987, l'Association suisse des banquiers a émis la recommandation «Le contrôle interne dans les banques: une tâche de la direction». Etant donné que les institutions de revision bancaire sont tenues d'examiner si cette recommandation est respectée, les directions des banques se voient contraintes, en fonction des spécificités de chaque banque, de porter toute l'attention nécessaire à la question du contrôle interne.

3. Pratique de l'autorité de surveillance

3.1. Garantie d'une activité irréprochable

3.1.1 Convention relative à l'obligation de diligence des banques

Au 1er octobre 1987 est entrée en vigueur la nouvelle convention relative à l'obligation de diligence des banques signée par l'Association suisse des banquiers d'une part et les banques d'autre part (CDB 87). Elle remplace la convention de diligence de 1977 renouvelée en 1982 entre la Banque Nationale Suisse et l'Association suisse des banquiers qui a été dénoncée par la Banque Nationale Suisse pour la fin septembre 1987. La CDB 87, après le retrait de la Banque Nationale Suisse, est une pure convention de droit privé, dont le système de sanctions a été complètement modifié en raison des doutes quant au caractère juridique exécutoire des décisions de l'ancienne commission d'arbitrage. Avec quelques modifications, la CDB 87 reprend le contenu des règles obligatoires sur l'identification du cocontractant dès l'établissement de relations d'affaires et l'identification de l'ayant droit économique en cas de doute, l'interdiction d'assistance active en matière de fuite des capitaux de même que l'interdiction d'assistance active en matière de fraude fiscale ou d'autres actes analogues en délivrant des attestations incomplètes ou trompeuses.

La Commission des banques salue la mise en vigueur de la convention et les améliorations entreprises car les propres efforts des

banques peuvent soutenir et constituer un appui précieux dans l'exécution de ses tâches légales d'autorité de surveillance. Elle reconnaît en particulier que ses critiques relatives aux anciens privilèges accordés aux clients de banques agissant par l'intermédiaire d'avocats ou de fiduciaires suisses ont été prises en considération (cf. rapport de gestion 1986 p. 124 ss. et 1985 p. 23). L'idée directrice est que la banque doit connaître l'identité de tous ses clients. Elle peut renoncer à identifier l'ayant droit économique seulement lorsque celui-ci est en premier lieu client d'un autre groupe professionnel à qui il demande des prestations de service spécifiques. Le renoncement est seulement justifié lorsque la prestation bancaire reste de nature accessoire et qu'il est indifférent à la banque de savoir pour le compte de qui travaille son cocontractant lorsque celui-ci fait partie d'un autre groupe professionnel, peu importe que ce soit un avocat ou un notaire ou encore un fiduciaire ou un gérant de fortune agissant pour son propre compte. En revanche, cette exception ne s'applique pas aux personnes tenues à un secret professionnel et aux fiduciaires lorsqu'elles sont utilisées comme prête-nom et comme homme de paille pour cacher l'identité du client de la banque. C'est pourquoi à l'art. 5 CDB 87, les personnes susmentionnées tenues à un secret professionnel doivent attester sur la nouvelle formule B qu'elles agissent dans le cadre de leur activité professionnelle d'avocat ou de notaire, respectivement de fiduciaire ou de gérant de fortune, que leur mandat n'a pas seulement un caractère provisoire et n'a pas principalement pour but de garder secret le nom de l'ayant droit économique vis-à-vis de la banque. De plus, elles doivent attester qu'elles surveilleront les transactions effectuées sur le compte ou le dépôt et communiqueront immédiatement à la banque le retrait de leur mandat et le fait que les conditions à la base de la déclaration se sont modifiées.

Les avocats et notaires doivent en particulier attester qu'ils exercent une activité de nature juridique dans le cadre d'un mandat d'avocat ou de notaire, que le mandat susmentionné n'a pas principalement pour objet la gestion de fortune, que ce soit directement ou indirectement (par exemple, par l'intermédiaire d'une société) et que le compte ou le dépôt a un rapport direct avec ledit mandat. Avec cette définition restrictive, on devrait empêcher que le secret professionnel des avocats et notaires protégé pénalement soit systématiquement employé pour placer anonymement des fonds et gérer professionnel-

lement des fortunes, ce qui contribuerait à un renforcement du secret bancaire et irait à l'encontre du but recherché par celui-ci.

Préalablement à la rédaction de la CDB 87 et de la formule B1 qui en fait partie intégrante, le Tribunal fédéral, dans une procédure touchant l'entraide judiciaire internationale en matière pénale entre la Suisse et les USA, a confirmé entièrement l'interprétation de la Commission des banques sur le but et les limites du secret professionnel des avocats (arrêt du 29 décembre 1986 in Bulletin CFB 17 p. 20). D'après le Tribunal fédéral, le secret professionnel et le droit de refuser de témoigner qui en découle ne fait pas obstacle à la communication d'informations confidentielles qu'un avocat a obtenues dans le cadre de son activité privée, politique ou sociale, ou encore en rapport avec une autre activité non spécifique à sa profession. Dans les activités non spécifiques à la profession, le Tribunal fédéral englobe notamment la gérance de fortune ou le placement de fonds, en tout cas lorsqu'elles ne sont pas en relation avec un mandat normal d'avocat comme, par exemple, la détermination et la répartition de biens ou le partage successoral. A part les exceptions, les activités mentionnées dans la décision du Tribunal fédéral constituent des activités courantes dont s'occupent les gérants de fortune, les fiduciaires ou les banques et ne tombent pas sous la protection du secret professionnel de l'avocat.

Le Tribunal fédéral constate dans le cas jugé que la création d'une fondation de famille liechtensteinoise qui constituerait en soi une activité juridique, ne change en rien le but principal qui était poursuivi, à savoir le placement de fonds. Il serait donc inadmissible que les règles restrictives de la CDB 87 soient détournées par les avocats ou les notaires de sorte que le mandat de gestion de fortune classique soit «enrichi» artificiellement par des activités juridiques accessoires afin de cacher l'ayant droit économique.

Les membres d'un groupement affilié à la Chambre suisse des Sociétés fiduciaires et des Experts-comptables qui agissent pour leur propre compte peuvent en revanche, sans indiquer l'ayant droit économique vis-à-vis de la banque, exécuter des mandats de gestion lorsqu'ils attestent sur la nouvelle formule B2 que le compte ou le dépôt auprès de la banque est administré dans le cadre d'un mandat de gestion qui leur a été confié par l'ayant droit économique ou le re-

présentant de celui-ci, et que les prestations de service fournies par la banque ne jouent pas un rôle prépondérant dans ce contexte. A première vue, il apparaît contradictoire que l'utilisation de la formule B par les fiduciaires ou gérants de fortune qui ne peuvent pas se prévaloir des règles relatives au secret professionnel pénalement protégé soit soumise à des conditions moins restrictives que celles auxquelles doivent se soumettre les personnes tenues à un secret professionnel proprement dit, ces dernières étant de plus et à la différence des fiduciaires et gérants de fortune soumises à une surveillance étatique. Cette solution, souhaitée par les banques, est acceptable dans la mesure où les fiduciaires et les gérants de fortune, du fait qu'ils ne peuvent pas refuser de témoigner, notamment dans une procédure pénale, ne peuvent pas offrir l'anonymat à leurs clients et apparaissent dès lors moins attractifs pour placer de l'argent d'origine criminelle. Mais il convient avant tout de constater que la gestion de fortune est l'activité spécifique de ces groupes de professions et c'est pourquoi il n'est pas possible de leur demander d'y renoncer. Le traitement généreux des gérants de fortune et des fiduciaires, qui sont soumis à des règles déontologiques sévères et qui se sont engagés à observer la CDB 87 conformément à son esprit et à appliquer un système de sanctions identique, ne doit toutefois pas conduire à transférer simplement la clientèle ayant besoin d'une discrétion particulière des avocats et notaires aux membres d'un groupement affilié à la Chambre suisse des Sociétés fiduciaires et des Experts-comptables.

La Commission des banques part de l'idée que toutes les parties sont disposées à interpréter et appliquer la nouvelle convention selon son esprit et à la faire respecter. Elle reconnaît la convention comme un standard minimum en vue du respect de l'exigence légale de la garantie d'une activité irréprochable. Elle se réserve néanmoins la possibilité, en cas de nécessité, de combler des lacunes et d'empêcher des abus à l'aide de sa jurisprudence ou de ses circulaires. Ce n'est pas la tâche de la Commission des banques ni de la Commission de surveillance instituée par la CDB 87 de surveiller la conduite des groupes professionnels extérieurs au domaine bancaire. Non seulement la Commission de surveillance mais chaque banque et l'Association suisse des banquiers peuvent dénoncer les abus constatés à l'instance disciplinaire compétente. Les signataires de la formule B doivent prendre connaissance de cette possibilité. La Commission

des banques de son côté est autorisée à porter plainte devant les instances de surveillance étatique et les autorités pénales habilitées à instruire en particulier l'existence de faux dans les titres (art. 251 CPS). Elle est disposée en cas de nécessité à faire usage de cette possibilité.

La Commission des banques considère que la définition restrictive des privilèges des personnes tenues au secret professionnel et des fiduciaires conduira à une diminution importante du nombre des relations commerciales dans lesquelles l'identité de l'ayant droit économique n'est pas connue de la banque ni déterminée par écrit. Sur la base des dispositions transitoires de la CDB 87, la banque doit en tout cas inscrire, jusqu'au 30 septembre 1988, l'identité des ayants droit économiques qui lui est connue de facto et, pour les autres cas, remplacer les anciennes formules B jusqu'au 31 mars 1989 par les nouvelles formules A ou plus rarement B. Les nouveaux clients sont soumis dès le début aux dispositions de la CDB 87.

La Commission des banques examinera si l'évolution confirme les espérances placées dans la nouvelle convention. A cet effet, elle demandera aux sociétés de revision, au moyen d'une circulaire, de lui indiquer l'état au 30 septembre 1987 des formules B délivrées sous l'ancienne CDB ainsi que l'ampleur des fonds accumulés de cette manière. Dans cette enquête, les formules B délivrées pour les avocats et les notaires seront inventoriés séparément de ceux délivrés par les fiduciaires et les gérants de fortune. De plus, il faudra différencier les fiduciaires et les gérants de fortune qui ont signé une déclaration seulement au cours de l'année 1987 pour pouvoir détecter s'il y a eu transfert anticipé sur la catégorie privilégiée dans la CDB 87. Les sociétés de revision annonceront les résultats de l'enquête à la Commission des banques jusqu'au 30 juin 1989. Le long délai accordé a été choisi en raison des dispositions transitoires prévues par la CDB 87, afin d'éviter aux banques des recherches supplémentaires. Une enquête ultérieure permettra de comparer le développement enregistré sous l'empire de la nouvelle CDB 87 avec l'état existant antérieurement. Au cas où les espoirs ne seraient pas remplis, une nouvelle limitation des exceptions au principe de l'identification de l'ayant droit économique devrait être envisagée.

3.1.2 **Avoirs de Marcos**

Durant l'année sous revue, la Commission des banques a examiné si les banques qui géraient les avoirs de Marcos (cf. rapport de gestion 1986, p. 127) avaient eu un comportement contraire aux prescriptions applicables en la matière. Les enquêtes ont permis de conclure que les banques concernées connaissaient en tout temps les ayants droit économiques pour lesquels elles géraient des avoirs et qu'elles n'avaient pas essayé de cacher ceux-là aux autorités et de contrevenir ainsi au devoir légal de témoigner. Ces avoirs ont ainsi pu être bloqués et ils le sont d'ailleurs toujours dans le cadre de la procédure d'entraide judiciaire pendante. Les cas Marcos et Duvalier démontrent à quel point il peut être délicat pour des banques d'accepter en grande quantité des avoirs de chefs d'Etats étrangers. C'est pourquoi la Commission des banques exige que la direction et non des services subalternes de la banque décide, après avoir pesé toutes les circonstances, si des relations d'affaires aussi délicates doivent être acceptées ou poursuivies. Il appartient aux banques de régler clairement ce genre d'affaires par des directives appropriées.

3.1.3 **Collaboration à des manipulations du cours des actions**

Au mois de décembre 1986, le public a appris que la brasserie universellement connue Guinness plc, lors de la lutte qui avait eut lieu au cours du premier semestre de l'année pour la prise de contrôle de la société écossaise productrice de whisky Distillers, avait acquis une grande part de ses propres actions par l'intermédiaire de tiers et de sociétés. La société Guinness a réussi, par des achats organisés et en partie financés par elle-même, à faire augmenter le cours de ses propres actions jusqu'à ce que l'offre faite aux actionnaires de la société Distillers d'échanger leurs actions fut plus attractive que l'offre concurrente du supermarché Argyll. Par ce procédé, la société Guinness a finalement pris le contrôle de la société Distillers. Les autorités anglaises ouvrirent une large enquête pour violation du «Companies Act», lequel ne permet à une société l'acquisition de ses propres actions, respectivement le financement de celle-ci, qu'à des conditions restreintes. Elles engagèrent également une procédure pour non-observation du code de conduite en matière d'acquisition de sociétés.

En janvier 1987, la Commission des banques a pour sa part intenté une procédure contre une banque suisse. Celle-ci, sur demande de la société Guinness avait acheté pour un montant total d'environ deux cents millions de livres sterling des actions Guinness et Distillers et s'était fait promettre pour cela par la société Guinness une garantie de reprise pour le prix de revient, plus intérêt, commissions et frais. Il fut d'une part reproché à la banque d'avoir conduit des transactions d'une ampleur très importante – aussi bien quant au montant absolu que compte tenu de l'importance de la banque – sans avoir examiné l'arrière-plan économique ni la conformité avec le droit anglais applicable. Une banque suisse active sur le plan international doit, lors de transactions sur des bourses étrangères, se conformer aux lois et usages en vigueur dans le pays concerné, pour autant que l'ordre juridique suisse ne s'y oppose pas. D'après notre droit également la collaboration à des manipulations du cours des actions est interdite et n'est pas conciliable avec la garantie d'une activité irréprochable.

On reprocha d'autre part à la banque que les décisions de son conseil d'administration et du comité n'avaient pas été prises avec toute la diligence voulue et qu'elle avait annoncé avec retard à la Commission des banques, le gros risque qui excédait les plafonds fixés à l'art. 21 OB. Dans la mesure où la banque, au cours de l'enquête menée contre elle, a pris les mesures qui s'imposaient aussi bien quant à son organisation qu'en ce qui concerne les personnes dirigeantes, la Commission des banques n'a pas eu à prendre de décision pour rétablir les conditions légales.

Dans le cadre d'une procédure d'entraide judiciaire en matière pénale demandée par les USA concernant une société américaine de courtage, le Tribunal fédéral, par arrêt du 12 mai 1987, a décidé que des manipulations destinées à provoquer la hausse du cours des actions – par opposition à l'opération ordinaire de soutien des cours – pouvaient constituer une escroquerie (art. 148 CPS), parce que le fait de rendre volontairement rare l'offre de titres combiné avec des prix de vente surfaits artificiellement constituait une tromperie astucieuse du public sur la valeur marchande des titres. Cela vaut dès lors en tout cas, comme dans le cas jugé par le Tribunal fédéral, lorsqu'il s'agit de transactions hors bourse avec des contacts individuels et directs entre vendeur et acheteur et où existe un devoir précontractuel d'information.

3.1.4 **Blanchissage d'argent**

L'Office fédéral de la justice a invité la Commission des banques à prendre position sur le projet d'une disposition pénale relative au blanchissage d'argent qui serait introduite dans le Code pénal suisse. Mandaté en qualité d'expert par le Département fédéral de justice et police, M. Paolo Bernasconi propose de réprimer le blanchissage d'argent par un nouvel article 305bis CPS. Il est prévu que le blanchissage d'argent obtenu illégalement, activité qui selon le droit en vigueur ne peut être poursuivie pénalement, de manière restreinte, que pour recel (art. 144 CPS), soit puni comme un délit pénal contre l'administration de la justice. Est punissable celui qui aura entravé l'identification de l'origine ou la confiscation de sommes d'argent ou d'autres valeurs patrimoniales obtenues illégalement.

Dans sa prise de position, la Commission des banques a appuyé la révision de la loi envisagée. Ni la loi sur les banques, ni la CDB ne suffisent à combattre efficacement l'emploi abusif du système bancaire à des fins criminelles. La garantie d'une activité irréprochable exigée par la loi sur les banques (art. 3 al. 2 let. c LB) n'autorise la Commission des banques à prendre des mesures que contre les personnes chargées d'administrer et de gérer la banque qui participent à des transactions contraires au droit et aux usages. Les sanctions prévues par la CDB 87 visent également un cercle limité d'entités. Au surplus, lors du renouvellement en 1982 de la CDB de 1977, l'interdiction d'accepter de l'argent acquis illégalement (art. 4) et le devoir d'interrompre les relations d'affaires dès qu'il y avait soupçon d'affaires illégales (art. 12) ont été supprimés et n'ont pas non plus trouvés place dans la nouvelle CDB 87.

La Commission des banques propose d'autre part d'examiner la possibilité de punir des personnes morales actives dans le blanchissage d'argent, car celui-ci sera souvent réalisé par le biais de sociétés ayant des structures entortillées.

L'affaire pénale devenue célèbre sous le nom de «Pizza-Connection» a démontré que les dispositions légales en vigueur, en particulier le recel, ne permettaient d'appréhender qu'imparfaitement du point de vue pénal le blanchissage d'argent acquis illégalement. Cette affaire, où il fut découvert que de l'argent provenant du commerce de la drogue circulait sur des comptes de filiales de différentes ban-

ques suisses, a aussi occupé la Commission des banques durant un certain temps. Après examen des dossiers pénaux, la Commission des banques a mené une enquête sur le comportement de plusieurs banques relativement à l'exigence de la garantie d'une activité irréprochable. Elle a communiqué aux banques concernées qu'elle renonçait à prendre des mesures puisque d'une part les personnes responsables dont le comportement avait suscité des réserves avaient été mutées à des postes subalternes ou simplement licenciées. Cette renonciation résultait d'autre part du fait que les directions s'étaient engagées à renforcer les contrôles visant à faire respecter les directives internes existantes de manière à éviter une implication dans des transactions illégales.

3.1.5 **Gains illégaux résultant d'une application illicite des cours (Kursschnitte)**

Dans le rapport de gestion de l'année passée, il a déjà été mentionné qu'une banque, lorsqu'elle réalise des gains par une application des cours en violation des règles du mandat, viole gravement ses obligations de droit privé en tant que commissionnaire (art. 428 al. 3 CO) respectivement en tant que commissionnaire concluant avec soi-même (art. 436 al. 2 CO), et que cette pratique n'est pas conciliable avec les exigences légales relatives à la garantie d'une activité irréprochable (cf. rapport de gestion 1986, p. 130).

Durant l'année sous revue, la Commission des banques a été informée par une remarque figurant dans le rapport de revision 1986 d'une petite banque commerciale que le résultat global de cet établissement avait été influencé de manière importante par des gains illégaux résultant d'une application illicite des cours. Les recherches effectuées ont permis de conclure que la banque, depuis 1982, encaissait ainsi de très importants produits à côté des courtages habituels. La banque exécutait certes (par téléphone) le même jour les ordres «au mieux» conformément aux instructions du client, décomptait bien à ce dernier un des cours notés à la bourse durant la séance mais lui décomptait un prix plus défavorable que celui obtenu avec la contre-partie (broker). La banque encaissait la différence en sa faveur. Elle violait ainsi clairement ses devoirs contractuels. En tant que commissionnaire ou commissionnaire concluant avec soi-même, la ban-

que est tenue de décompter au client le prix obtenu avec le broker, sous réserve du courtage, des taxes de transactions et autres frais. Il n'est pas permis, en se fondant sur des cotations différentes affichées le même jour, de priver le client d'un avantage résultant effectivement d'une meilleure transaction. La procédure ouverte contre la banque était encore pendante à la fin de l'année 1987.

La banque peut en revanche décompter aux clients, sans que cela soit interdit, un cours moyen lorsqu'elle effectue plusieurs transactions le même jour pour un grand nombre de clients à des cours différents et qu'elle n'en retire aucun profit.

Dans ce même ordre d'idée, il y a aussi lieu de confirmer que lors d'une compensation interne entre des ordres d'achat et de vente entrés le même jour pour un même titre, la banque n'est pas autorisée à réaliser un profit, en plus du courtage normal.

3.1.6 **Violation du devoir de fidélité de la part d'employés**

Durant l'année sous revue, plusieurs employés de banque ont été dénoncés à la Commission des banques pour avoir fait passer leurs intérêts personnels avant ceux de la clientèle et de la banque.

Dans un cas, il fut constaté que cinq employés avaient réalisé des gains disproportionnés pour leur propre compte atteignant au total plus de la moitié du produit des opérations de change et sur titres de la banque et que les procédures du système de contrôle interne en place n'avaient pas permis de révéler. La banque licencia lesdits employés. Pour sa part, la Commission des banques renonça à prendre des mesures car, suite à son intervention, la banque en cause procéda d'une part à des changements au sein de son conseil d'administration et de sa direction et, d'autre part, proposa une série de mesures destinées à remédier aux carences constatées.

D'autres cas ont révélé que certains employés, voire des cadres, de par leur situation privilégiée, s'étaient attribués lors d'émissions nouvelles, dans d'importantes proportions des titres dont la cotation à la bourse devait très vraisemblablement devenir supérieure au prix d'émission («hot issues»). D'autres employés, par l'intermédiaire de leur propre compte ou en utilisant des sociétés de domicile, se sont

aussi procurés des avantages en violation des directives en vigueur en mettant à profit le temps séparant la souscription et l'attribution définitive des titres. Dans tous les cas, ces employés ont quitté leurs fonctions, de plein gré ou ont été licenciés.

Dans la mesure où certaines banques n'autorisent pas leurs employés à avoir des comptes auprès d'autres banques, il n'est pas possible d'interdire à ceux-là de faire des affaires par l'intermédiaire de leur employeur. Toutefois, pour éviter des abus, il appartient aux banques de fixer, par des directives internes, le cadre des opérations que peuvent ou ne peuvent pas faire leurs employés. Le respect des règles prescrites incombe à la direction et au conseil d'administration. La Commission des banques a attiré à cet égard l'attention de l'Association suisse des banquiers.

Saisie de telles affaires, la Commission des banques examine, pour le cas où des personnes chargées de diriger la banque au sens de l'article 3 alinéa 2 let. c LB sont en cause, si celles-ci présentent encore toutes garanties d'une activité irréprochable. Si les personnes concernées n'ont pas cette fonction, elle s'assure qu'elles seront encadrées et surveillées pour le cas où elles seraient engagées par une autre banque et qu'elles n'auront pas de fonction dirigeante. Dans les deux hypothèses, le dépôt d'une dénonciation pénale est réservé.

En ce qui concerne la banque elle-même, la Commission des banques contrôle si des mesures visant à empêcher de telles affaires existent, si des contrôles ont été effectués et si elle a pris les mesures qui s'imposent pour le cas où malgré cela, de tels cas se seraient produits.

3.2 Risques-pays

Le problème du surendettement international n'a pas été jugulé en 1987. Les engagements envers les pays confrontés à des difficultés restent un danger latent aussi bien pour les banques que pour le système financier international. Bien plus, la maîtrise de cette situation critique restera dans les années à venir une tâche difficile pour les pays débiteurs, les banques créancières et les institutions internationales (telles que le Fonds Monétaire International, la Banque des Règlements Internationaux et la Banque mondiale). La conviction s'affir-

me toujours plus que la politique adoptée jusqu'à présent par les banques américaines consistant à octroyer de l'argent frais destiné au maintien du service de la dette des pays débiteurs ne conduit pas vers le but recherché.

De son côté, la Commission des banques se trouve confortée dans la politique qu'elle a menée depuis des années et qui consiste à exiger une provision forfaitaire minimale pour tous les engagements domiciliés dans des pays confrontés à des difficultés (cf. rapports de gestion 1981 p. 24 ss., 1982 p. 33 ss., 1983 p. 18 ss., 1984 p. 25 ss., 1985 p. 18 ss., 1986 p. 137 ss.). Pour cette raison, le taux de provision avait été augmenté à 30% avec effet au 31 décembre 1987.

Les relations économiques et sociales tendues prévalant dans maints pays débiteurs requièrent de la part des banques qu'elles adaptent, comme par le passé, leur couverture des risques à cette situation. De ce fait, la Commission des banques a décidé, dans sa séance du 22 décembre 1987, que les banques étaient tenues de constituer, au plus tard jusqu'au 31 décembre 1988, des provisions d'au moins 35% pour les engagements domiciliés dans les pays confrontés à des difficultés. Elle envisage d'ores et déjà d'augmenter encore le taux minimal de provision en 1989. Elle recommande de ce fait aux banques de renforcer les provisions, librement et selon leurs possibilités, déjà à partir du résultat de l'exercice 1987. Dans des cas tout à fait spéciaux, la Commission des banques est prête à accepter un assoupplissement de ce taux. Par contre, si une banque devait faire face à une concentration excessive des risques-pays, la Commission pourra aussi renforcer ces exigences. Par la même occasion elle informe les banques que les provisions pour risques-pays doivent être comptabilisées sur un compte particulier et dûment spécifiées sous la rubrique «Autres passifs».

3.3 Clarté et sincérité du bilan

En 1987, la Commission des banques s'est aussi occupée, à l'instar des années précédentes, de diverses affaires ayant trait au principe de clarté et sincérité du bilan en vue d'assurer au lecteur un reflet fidèle de la situation économique d'une entreprise.

Dans un cas, une banque a utilisé des réserves latentes imposées fiscalement afin de distribuer un dividende lors de son jubilé. Selon la pratique en vigueur de la Commission des banques, la dissolution de réserves latentes en vue de couvrir des pertes doit obligatoirement être publiée dans les produits sous la rubrique «divers» (art. 25 ch. 1.7 OB). En l'occurence, la dissolution de réserves latentes avait pour seul but la distribution d'un bénéfice et non pas la couverture d'une perte. Dès lors, la Commission des banques a admis qu'il était suffisant de mentionner la dissolution dans les comptes annuels pour autant qu'elle ressorte clairement du chapitre «répartition du bénéfice net» (art. 25 ch. 3 OB). De cette manière, les créanciers et les actionnaires de la banque sont dûment informés de la perte de substance occasionnée par le paiement du dividende. Les droits de l'actionnaire sont sauvegardés dès l'instant où il lui appartient, lors de l'assemblée générale, de décider de la répartition du bénéfice et, de manière indirecte aussi, de la dissolution de réserves. Le bénéfice net, qui est un facteur important des données comparatives reposant sur plusieurs années, n'est ainsi pas influencé par le produit extraordinaire que la banque a volontairement distribué lors de son jubilé (cf. Bulletin CFB 17 p. 9 ss.).

Dans une autre affaire, la Commission des banques a accru ses exigences et a spécifié la pratique confirmée par le Tribunal fédéral au sujet de la publication d'un apport de l'actionnaire en couverture d'une perte d'exploitation (cf. Bulletin CFB 5 p. 48 ss.). A l'avenir, le bénéfice net d'exploitation réalisé grâce au seul apport de l'actionnaire ne pourra être publié que si l'apport est non seulement mentionné de façon claire sous «divers» conformément à la pratique actuelle mais aussi sous les rubriques «bénéfice net» (art. 25 ch. 2.8 OB), «répartition du bénéfice net» ainsi que «solde du compte de pertes et profits» (art. 23 ch. 2.16 OB). Cette spécification de la pratique de la Commission des banques a fait l'objet d'un recours au Tribunal fédéral. L'arrêt n'a pas encore été rendu à fin 1987.

La Commission des banques a rejeté la requête d'une banque visant à évaluer les obligations à bas coupons, acquises à un cours inférieur à la valeur nominale, à une valeur dépassant le prix de revient. Il s'agissait en l'espèce, de titres de placement privé, non cotés en bourse, mais bénéficiant d'un marché sporadique hors bourse. L'évaluation des papiers-valeurs non cotés à la bourse est réglée par

l'art. 667 al. 2 CO. Suivant celui-ci, les titres qui ne sont traités que sur un marché hors bourse, ne peuvent figurer dans le bilan pour une somme supérieure à leur prix d'acquisition; il sera tenu compte des revenus courants ainsi que des dépréciations.

La question de savoir si l'art. 667 al. 1 CO pourrait être interprété de manière extensive est restée ouverte eu égard au fait que ces titres n'étaient pas traités sur un marché suffisamment large, organisé et faisant l'objet d'une publication régulière des cours. Une partie de la doctrine est cependant d'avis que cette disposition serait aussi applicable aux papiers-valeurs non cotés en bourse s'ils sont traités sur un marché, économiquement comparable à celui de la bourse. De tels titres pourraient, selon cette doctrine, être comptés à leur cours moyen dans le mois qui précède la date du bilan.

Enfin, la Commission des banques a également examiné la question de la comptabilisation et de la publication des pertes subies par les banques sur leur portefeuille-titres à la suite du krach boursier d'octobre 1987. En application des dispositions de la loi sur les banques et de l'ordonnance d'exécution, les pertes sur titres peuvent être couvertes, au choix, par reprise des réserves d'évaluation sur titres, par dissolution des provisions sur titres, par le débit du produit des titres (compte de produits), par amortissement de la perte (compte de charges) ou enfin, par dissolution des réserves latentes enregistrées sous un compte spécial de la rubrique «autres passifs». Une compensation directe de ces réserves latentes avec les pertes subies sur titres n'est toutefois pas autorisée si:

- elle sert au fil des ans à faire apparaître une rentabilité plus favorable qu'elle ne l'est en réalité
- ou si les réserves latentes accumulées pendant une longue période servent à couvrir les lourdes pertes d'un seul exercice
- ou si le bénéfice publié provient en grande partie de la dissolution de réserves latentes.

Dans ces trois cas, les banques concernées sont tenues de faire apparaître ouvertement la dissolution de réserves latentes en couverture des pertes sur titres sous la rubrique de produits «divers» et de le mentionner expressément («dont frs. ... dissolution de réserves latentes»).

La situation boursière est notoirement connue. Le public est bien conscient du fait que certaines banques ont subi des pertes significatives. Aussi, la Commission des banques s'attend-elle à ce que le rapport de gestion fasse clairement ressortir la manière dont les pertes de cours ont été prises en compte.

3.4 Reconnaissance des reviseurs responsables

Seuls les syndicats de revision et les sociétés fiduciaires remplissant les conditions de la loi sur les banques (art. 20) et de l'ordonnance d'exécution (art. 35) peuvent être agréés comme organes de revision. Une de ces conditions est que les reviseurs responsables de la conduite des travaux de revision jouissent d'une bonne réputation et justifient de connaissances approfondies de la technique et de la revision bancaires (art. 35 al. 2 let. c OB).

S'il est relativement aisé d'examiner la bonne réputation d'un reviseur responsable – l'on peut se baser notamment sur des certificats de bonnes vie et moeurs, des extraits de casier judiciaire, des références – il est par contre plus difficile de trouver des critères uniformes et probants permettant d'apprécier objectivement les connaissances desdits reviseurs. C'est pourquoi la Commission des banques demande en général aux personnes responsables de la revision la preuve de leurs connaissances en la matière sous la forme du diplôme fédéral d'expert-comptable. Trouver des collaborateurs possédant ce genre de qualifications élevées est difficile pour les syndicats de revision en particulier. D'une part, l'on assiste depuis des années à une pénurie d'experts-comptables diplômés sur le marché du travail et, d'autre part, ces mêmes experts considèrent fréquemment comme trop peu valorisante la revision des petites caisses Raiffeisen ou des banques locales ou régionales qui n'ont qu'une organisation réduite et sont principalement engagées dans le domaine hypothécaire. Face à cette situation particulière, la Commission des banques a reconnu, exceptionnellement, jusqu'ici pour des syndicats de revision, des reviseurs responsables ayant pu justifier des connaissances théoriques et pratiques nécessaires autrement que par le diplôme d'expert-comptable (cf. rapport de gestion 1979 p. 19).

La demande en reviseurs bancaires qualifiés s'est encore accrue

au cours de ces dernières années. La forte croissance du secteur bancaire helvétique et la complexité toujours plus grande des opérations bancaires ont notamment conduit les banques à renforcer leurs services d'inspection interne. Ainsi, le nombre d'employés rattachés à la revision bancaire interne ou externe (sans les banques cantonales et les caisses du système mutualiste) a passé de 575 à 910 entre les années 1977 et 1985. Les sociétés fiduciaires agréées pour la revision bancaire ont été largement touchées par cette évolution, étant donné qu'elles sont en concurrence directe sur le marché du travail avec les inspectorats des banques. Elles témoignent d'une peine croissante, en dépit d'efforts substantiels dans le secteur de la formation, pour satisfaire leurs besoins en personnel qualifié, notamment au niveau d'experts-comptables diplômés. Ces derniers préfèrent souvent des emplois mieux rémunérés au sein d'inspectorats de banque. La responsabilité professionnelle supérieure à la moyenne, qui est liée à la fonction de reviseur responsable, serait de plus un élément peu motivant. Enfin, il semble aussi que la dynamique propre au secteur bancaire, avec les opérations bancaires sans cesse nouvelles et complexes qu'elle engendre et qu'il faut assimiler, soit peu attractive pour nombre de reviseurs.

Aussi, face à un marché de l'emploi saturé depuis des années et qui ne se détendra pas dans un avenir prévisible, la Commission des banques a décidé, sur proposition de la Chambre suisse des Sociétés fiduciaires et des Experts-comptables, d'assouplir la pratique stricte qu'elle s'est imposée jusqu'ici lors de la reconnaissance de reviseurs responsables. Elle continuera cependant par principe à s'en tenir à cette pratique, selon laquelle un reviseur responsable doit pouvoir justifier du diplôme d'expert-comptable, ainsi que de connaissances approfondies des opérations et de la revision bancaires. La Commission des banques est par contre disposée à reconnaître comme reviseur responsable également, à titre exceptionnel, des experts comptables non diplômés mais membres A de la Chambre suisse des Sociétés fiduciaires et des Experts-comptables et qui disposent, au même titre que leurs confrères diplômés, de connaissances approfondies de la revision et des opérations bancaires.

Sur le modèle de ceux que la Chambre suisse des Sociétés fiduciaires et des Experts-comptables impose strictement dans ses statuts pour l'accession à la catégorie de membre A, des critères ont en ou-

tre été établis. Ils permettront de reconnaître exceptionnellement comme reviseurs responsables des collaborateurs de sociétés de revision qui ne sont pas en possession du diplôme fédéral d'expert-comptable. Des principaux critères retenus, l'on peut citer, d'une part, des études universitaires en droit ou en sciences économiques, un titre d'une école supérieure d'économie et d'administration, un diplôme fédéral d'employé de banque, en organisation ou en informatique, un brevet d'agent fiduciaire ainsi que, d'autre part, une expérience professionnelle de douze ans centrée sur les opérations et la revision bancaires.

3.5 Transformation de banques coopératives en sociétés anonymes

Le changement des conditions concurrentielles et l'orientation vers la banque universelle occasionnent, depuis plusieurs années, une augmentation des transformations de sociétés coopératives en sociétés anonymes. A l'instar des années précédentes, plusieurs banques coopératives ont fait usage de l'article 14 LB pour leur transformation sans liquidation en société anonyme. Les avantages que procure la société anonyme, dont le capital social est déterminé à l'avance, sont souvent déterminants. Ce choix est parfois aussi dicté en prévision d'une éventuelle fusion avec un autre établissement bancaire, une restructuration financière pouvant plus facilement être obtenue par une société anonyme que par une société coopérative. Parmi celles-ci, une banque s'est vue contrainte de modifier son statut juridique pour des motifs économiques. Les risques d'immobilisation et de perte liés au caractère spéculatif de quelques gros investissements immobiliers dans des promotions touristiques étaient à l'origine des difficultés de la banque. Les avances consenties dépassaient non seulement la capacité financière des sociétés débitrices, mais elles étaient également disproportionnées par rapport à l'importance de la banque et de ses fonds propres. Cette dernière se vit dès lors contrainte, sans apports financiers des promoteurs, de continuer à financer les nouvelles constructions nécessaires à la viabilité des stations touristiques, assumant ainsi le risque d'entreprise en lieu et place des débiteurs. Une conjoncture défavorable ainsi que certaines erreurs de gestion ont accéléré la dégradation de la situation et la transformation de la banque coopérative en société anonyme avec le soutien d'une grande banque.

3.6 Sociétés financières à caractère bancaire

Le nombre des sociétés financières à caractère bancaire ne faisant pas appel au public pour obtenir des fonds en dépôt a fortement augmenté au cours de ces dernières années. De 63 sociétés à fin 1977, il a passé à pas moins de 135 à fin 1987. Si l'on fait abstraction des sociétés financières transformées en banque, absorbées par d'autres entreprises ou qui ont cessé leurs activités, le nombre de nouvelles sociétés soumises aux art. 7 et 8 LB par la Commission des banques depuis fin 1977 s'élève même à 91 unités, dont plus d'un tiers d'origine japonaise.

L'intérêt soutenu pour la création de telles sociétés financières à caractère bancaire qui ne font pas appel au public pour obtenir des fonds en dépôt, tient à différentes raisons. Tout d'abord, l'on doit mentionner les conditions cadres offertes par notre pays qui si, elles ont perdu de leur attrait pour certaines opérations – à cause de l'amélioration des conditions fiscales et réglementaires de centres financiers étrangers concurrents – n'en restent pas moins avantageuses dans l'ensemble. Ainsi, le niveau d'intérêt relativement bas du marché suisse des capitaux reste un élément toujours attractif pour les emprunteurs étrangers, ce qui amène nombre de banques et de maisons d'émission étrangères à organiser des emprunts dans notre pays pour leur clientèle nationale. Pour être admis comme membres du syndicat d'émission, ces intermédiaires financiers doivent, en vertu des directives de la Banque Nationale Suisse («Note relative aux dispositions appliquées aux exportations de capitaux»; édition du 29 mai 1986), avoir en Suisse le statut de banque ou de société financière à caractère bancaire.

Souvent, ces banques et maisons d'émission étrangères choisissent le statut de société financière à caractère bancaire ne faisant pas appel au public pour obtenir des fonds en dépôt, parce que leur pays d'origine ne garantit pas ou que partiellement la réciprocité bancaire avec la Suisse qui est l'une des conditions mises à l'ouverture d'une banque en Suisse (cela est valable en particulier pour les sociétés japonaises; cf. ch. 3.8.1.2, p. 174 s.). Cette forme de société fut aussi adoptée par quelques banques étrangères, présentes en Suisse sous forme de succursales, parce que la législation de leur pays d'origine

interdit – pour elles et leurs succursales – les opérations d'émission ou le commerce des papiers-valeurs.

Les sociétés financières à caractère bancaire qui ne font pas appel au public pour obtenir des fonds en dépôt – c'est-à-dire celles qui se financent uniquement par des fonds propres, des dépôts de leurs actionnaires principaux ou des prêts de banque – sont, à l'exception de cette restriction touchant leur refinancement, par principe libres quant à leur activité. Leur champ d'activité englobe divers domaines des opérations bancaires et financières: les opérations d'émission, le commerce des papiers-valeurs, la gérance de fortune et les conseils, des domaines spéciaux comme le forfaitage et le leasing, les opérations sur différence de taux. Certaines de ces sociétés se sont spécialisées sur certains segments (maison d'émission), alors que d'autres agissent dans le sens d'une banque universelle.

D'entente avec la Banque Nationale Suisse, la Commission des banques n'assujettit aux articles 7 et 8 LB – lesquels règlent uniquement les relations des banques et sociétés financières à caractère bancaire envers la Banque Nationale – que des sociétés répondant à certaines exigences. Au nombre de ces exigences figurait celle jusqu'ici d'un portefeuille de crédits et de participations d'un montant équivalent à celui du capital social, et en tous les cas de 10 millions de francs. 75% de ce portefeuille devait être constitué de crédits «en nom».

Les nouvelles tendances prises par le marché financier, notamment celle relative à la «securitization», ont placé diverses sociétés financières à caractère bancaire devant des difficultés croissantes à respecter cette exigence. Pour tenir compte de cette évolution, la Banque Nationale a révisé d'entente avec la Commission des banques sa circulaire sur les sociétés financières. L'assujettissement des sociétés financières aux articles 7 et 8 LB est désormais soumis aux conditions énoncées dans la circulaire du 5 juin 1987. La société financière à caractère bancaire placera maintenant ses fonds auprès de personnes ou de sociétés ne faisant pas partie de son groupe, mais à son choix sous la forme de crédits ou de papiers-valeurs. Les fonds ainsi placés devront représenter en permanence au moins le double du capital social libéré. Les sociétés financières dont le capital libéré serait inférieur à 5 millions de francs, devront toutefois atteindre un volu-

me minimal de placement de 10 millions. Cette activité minimale de financement doit être atteinte en l'espace d'une année dès la décision d'assujetissement de la Commission des banques. Comme par le passé, le capital social libéré doit s'élever à 2 millions de francs au minimum et le but statutaire doit clairement faire apparaître une activité de financement, tout en excluant expressément l'appel au public pour obtenir des fonds en dépôt. Enfin, une société financière à caractère bancaire doit disposer d'un établissement stable en Suisse, ainsi qu'employer à plein temps du personnel responsable doté de pouvoirs de décision propre.

De plus, la Commission des banques exige des sociétés financières qui appartiennent ou qui sont proches d'un groupe bancaire ou financier la présentation régulière des comptes annuels et d'un rapport de revision établi par un institut de revision qualifié. Les modifications statutaires touchant le domaine d'activité doivent, par ailleurs, être annoncées à la Commission des banques.

3.7 Prospectus pour l'émission de «notes»

La Commission des banques attend de tous les établissements soumis à sa surveillance non seulement qu'ils respectent les dispositions du droit bancaire public, mais aussi qu'ils respectent celles ressortant du droit privé. Elle s'attache ainsi à faire observer certaines dispositions légales protégeant les intérêts des investisseurs ou celles dont l'inobservation expose la banque à un risque accru de demandes en dommage-intérêt qui pourraient mettre en danger les créances de ses déposants. La Commission est ainsi intervenue dans le secteur des conseils en investissements où des conflits d'intérêts apparurent entre une banque et certains de ses clients (investisseurs et preneurs de crédits) (cf. rapport de gestion 1982 p. 23 ss.). Dans ce même ordre d'idée, la Commission est intervenue ces dernières années afin que l'obligation du prospectus (art. 1156 CO) lors d'émission publique de «notes» soit réglée par une convention de droit privé et que l'investisseur puisse décider d'un placement sur la base d'informations correctes et transparentes (cf. rapports de gestion 1984 p. 40, 1985 p. 28 et 1986 p. 135 ss.).

La Commission des banques a pris connaissance durant l'exercice du nouveau projet de convention reçu de l'Association suisse des banquiers à fin 1986, portant sur l'émission de «notes» émises par des débiteurs étrangers. C'est au début du mois de mai 1987 que cette convention, dénommée Convention XIX sur les «notes» de débiteurs étrangers, est entrée en vigueur et a remplacé une convention semblable et insuffisante datée de l'année 1984. La nouvelle convention impose expressément l'obligation du prospectus pour toutes les émissions comportant des coupures de 50000 francs et plus. Le contenu de ce prospectus correspond en large part à celui pour l'introduction en bourse. Il renseigne notamment sur les appréciations données par les sociétés de «rating» de notoriété internationale. L'investisseur est en outre assuré de pouvoir obtenir sur demande des informations sur le débiteur, ses garants et cautions, durant toute la période de vie des «notes».

La nouvelle convention donne ainsi aux investisseurs intéressés des indications allant au-delà de celles imposées par l'art. 1156 CO pour les émissions publiques d'obligations. Elle représente, à cet égard, un pas important dans la bonne direction. C'est pourquoi la Commission des banques renonce pour l'heure à émettre une circulaire requérant des banques l'établissement d'un prospectus lors d'émission publique de «notes». Elle aurait toutefois donné sa préférence à une convention couvrant également les émissions non prévues à la cotation mais qui concernent un large public. Elle attend ainsi des établissements financiers qu'ils se laissent également guider par la convention pour les émissions dont les coupures ont un nominal inférieur à frs. 50000.–.

Le poids grandissant des opérations du marché financier et du marché des capitaux et la place toujours plus grande qui en découle pour le commerce des titres, les conseils et la gestion de fortune, engendrent des exigences accrues à l'obligation de diligence des banques et de leurs collaborateurs, ainsi qu'à la transparence des opérations et du marché. La Commission des banques continuera à suivre attentivement l'évolution et elle en tiendra également compte à l'avenir dans l'accomplissement de ses tâches. Elle accueillera avec satisfaction et soutiendra tout effort de la part des banques visant à développer des instruments d'autocontrôle qui viendraient garantir, dans le propre intérêt de ces banques également, l'investisseur et le fonction-

nement du marché suisse. Il est clair, par ailleurs, que l'investisseur doit rester conscient de sa propre responsabilité et du fait que c'est à lui qu'il revient en premier lieu de supporter les risques liés à ses décisions d'investissement. Ni une législation protectrice de la part de l'Etat ni des arrangements de droit privé ne sauraient le décharger de cette responsabilité. Une telle législation et de tels arrangements ne peuvent que tendre à édifier un système bancaire et financier propre et conscient de ses responsabilités, fonctionnant de manière transparente et efficace.

3.8 Banques en mains étrangères

3.8.1 Réciprocité

Une banque organisée selon le droit suisse mais qui est en mains étrangères n'est autorisée à exercer son activité que si la réciprocité est garantie par les Etats où les personnes physiques ou morales, qui exercent sur elle directement ou indirectement une influence notable, ont leur domicile ou leur siège. La réciprocité est garantie par un Etat étranger si des banques suisses ont de réelles possibilités politiques et juridiques d'y fonder et d'y exploiter, sous n'importe quelle forme, un établissement bancaire stable et d'y exercer en fait et en droit une activité suffisamment complète et lucrative.

Par décision du 24 mars 1987, la Commission des banques a considéré que ces conditions étaient réalisées tant par la Norvège que par la Suède.

3.8.1.1 Liban

La Commission des banques a été appelée à se prononcer à plusieurs reprises pour savoir si le Liban garantissait la réciprocité (cf. Bulletin CFB 9 p. 45 ss.). Par décision non publiée du 21 janvier 1983, la Commission des banques a considéré en dernier lieu que la réciprocité était garantie lorsqu'une banque libanaise dont le siège est au Liban entend créer une banque en Suisse ou prendre une participation prépondérante dans un établissement déjà existant, mais que la

réciprocité n'était pas donnée lorsque des personnes physiques domiciliées dans cet Etat veulent agir d'elles-mêmes.

Le délabrement des structures étatiques et la guerre civile qui règne au Liban ont amené les actionnaires libanais des banques-mères libanaises à investir directement en Europe, en particulier dans des holdings qui acquièrent une participation majoritaire ou dominent la banque en Suisse d'une autre manière, soit à devenir des actionnaires directs de la banque en Suisse. Cela démontre que l'exploitation d'un établissement bancaire stable dans ce pays n'est plus suffisamment garantie. Saisie de plusieurs demandes portant sur des modifications de l'actionnariat (art. 3 ter al. 2 LB), la Commission des banques, compte tenu de ces constatations et du fait que les conditions légales doivent en tout temps être remplies, a considéré que la réciprocité de fait avec le Liban n'est en l'état plus garantie. Cela aura pour effet qu'à l'avenir et jusqu'à rétablissement d'une situation normale toute nouvelle demande d'exercer une activité bancaire en Suisse par des personnes physiques ou morales domiciliées au Liban devra être refusée.

Cette conclusion aurait normalement dû avoir pour effet le retrait de l'autorisation aux banques en mains libanaises existantes en Suisse. Celles-ci ne sont toutefois pas responsables de la situation actuelle. Il n'est en outre pas non plus possible, faute de gouvernement à qui incombe la responsabilité d'assurer que ces conditions soient remplies, de faire pression pour que les banques suisses qui désirent s'établir au Liban puissent bénéficier des mêmes possibilités que les banques de cet Etat rencontrent en Suisse. Enfin, la situation n'est pas comparable à celle d'un Etat qui, par sa législation en vigueur, interdirait ou limiterait l'activité bancaire sur son territoire. Ces considérations ont amené la Commission des banques à admettre que les banques en mains libanaises existantes continueraient à conserver l'autorisation qui leur avait été accordée et qu'une modification dans l'état des principaux actionnaires ou d'autres personnes qui exercent également une influence prépondérante dans l'établissement ne serait accordée qu'aux anciens actionnaires, directs ou indirects (cf. Bulletin CFB 17 p. 28 ss.).

3.8.1.2 **Japon**

La Commission des banques constatait l'an passé (cf. rapport de gestion 1986 p. 131 s.) que malgré les efforts remarquables de libéralisation accomplis par le Japon, les possibilités d'activité des banques étrangères restaient encore considérablement limitées, notamment si l'on considère qu'en Suisse les banques japonaises peuvent développer leurs affaires sans entraves juridiques ou administratives. Compte tenu des restrictions qualitatives existant au Japon, la réciprocité par ce pays n'est pas garantie de manière générale. Elle ne peut être examinée que de cas en cas en tenant compte des circonstances concrètes et des améliorations obtenues quant aux possibilités d'activité ouvertes aux banques suisses. La Commission des banques continuera à s'en tenir à cette pratique ferme, tant que subsistera un déséquilibre important au point de vue qualitatif et quantitatif dans les relations bancaires entre la Suisse et le Japon.

Une nouvelle série d'établissements financiers japonais, dont quelques importantes maisons de commerce de titres, ont fait part en 1987 de leur intérêt à transformer en banque leurs sociétés financières à caractère bancaire établies en Suisse. Cela montre que l'attractivité de la place financière suisse reste intacte et que la licence bancaire est toujours recherchée. Les autorités japonaises ont été informées que la Commission des banques ne pourrait entrer en matière sur ces demandes d'autorisation bancaire que lorsque les deux banques suisses ayant sollicité un siège à la bourse de Tokyo auront été satisfaites. A mi-décembre, 16 banques, dont les deux requérants suisses, ont reçu les sièges demandés. La voie est ainsi ouverte pour une nouvelle ouverture de notre place financière aux banques et établissements financiers japonais.

La Commission des banques a établi en étroite collaboration avec les banques suisses intéressées, le Service économique et financier du Département fédéral des affaires étrangères et l'Office fédéral des affaires économiques extérieures des lignes de conduite à tenir lors des négociations relatives à l'octroi de nouvelles autorisations bancaires en Suisse pour des banques ou des maisons de titres japonaises. Les autorités niponnes doivent être amenées à favoriser le processus de libéralisation au Japon, initié avant tout sous la pression étrangère, afin que le déséquilibre qualitatif existant entre le

système bancaire japonais compartimenté et la banque universelle suisse disparaisse.

3.8.1.3 **Liste des Etats garantissant la réciprocité**

Aujourd'hui, la réciprocité est garantie par les pays suivants, parfois avec des restrictions pour certains d'entre eux: l'Autriche, la Belgique, le Canada, le Danemark, l'Espagne, pour les Etats-Unis: l'Etat de Californie, du Colorado, du Connecticut, de Floride, d'Illinois, d'Indiana, du Massachussets, de New York, d'Ohio, de Pennsylvanie, du Texas et du Wisconsin, la Finlande, la France, la Grande-Bretagne, Hong Kong, Israël, l'Italie, le Japon, le Luxembourg, la Norvège, les Pays-Bas, la République Fédérale d'Allemagne et la Suède.

3.8.2 **Surveillance consolidée**

Pour assurer un contrôle efficace des groupes bancaires (art. 12 al. 2 OB), la Commission des banques a édicté diverses circulaires («Directives de consolidation» du 17 mars 1978 et «Annonce des gros risques des groupes bancaires» du 2 novembre 1983) et a rendu des décisions qui ont fait l'objet de recours de droit administratif auprès du Tribunal fédéral (cf. ATF 108 I b 78 ss., 196 ss. et 516 ss.). Sur le plan international, le Comité des règles et pratiques de contrôle bancaire de la Banque des Règlements Internationaux (Cooke Committee) a émis pour sa part des «Principes pour le contrôle des établissements des banques à l'étranger», plus connus sous le nom de «Concordat de Bâle», entièrement révisés en 1983.

Sur la base des divers principes contenus dans ces documents, la Commission des banques demande à la banque dominée par un groupe bancaire étranger une attestation selon laquelle l'autorité de surveillance de la banque-mère exerce une surveillance consolidée qui inclut la filiale qui requiert une autorisation d'exercer une activité en Suisse. L'existence effective d'une telle surveillance consolidée est pour la Commission fédérale des banques une condition d'autorisation au sens de l'article 3 alinéa 2 let. a LB, condition qui doit être remplie en tout temps (cf. Bulletin CFB 17 p. 28 ss.).

Si traditionnellement on trouve à la tête d'un groupe bancaire une banque qui domine toutes les autres sociétés du groupe en détenant des participations majoritaires ou d'une autre manière, d'autres formes d'organisation ont gagné en importance dans notre pays ces dernières années. A l'instar de l'étranger on a vu ainsi apparaître des groupes bancaires et financiers dirigés par une société holding qui n'a pas le statut de banque. Vu la pratique de la Commission des banques en matière de surveillance consolidée des groupes bancaires dominés par une banque, il apparaît logique qu'une surveillance consolidée soit aussi exigée pour ces groupes bancaires atypiques. S'inspirant de cette réflexion, la Commission des banques a récemment exigé des banques en mains libanaises dont l'influence de la banque-mère était perdue au profit de sociétés holding non bancaires domiciliées à l'étranger (cf. ch. 3.8.1.1 p. 172 s.) que celles-ci soient domiciliées ou bien en Suisse ou bien dans un pays garantissant une surveillance consolidée; des exceptions permettant d'arriver au même but étant réservées (cf. à cet égard Bulletin CFB 17 p. 28 ss.).

4. Etendue de la revision dans les banques

La Commission des banques a fait enquêter en 1986, par l'intermédiaire des institutions de revision bancaire, sur l'étendue de la revision interne et externe (rapport de gestion 1986 p. 119). Les résultats de cette enquête ont maintenant été évalués.

Comme lors de l'enquête effectuée en 1978 (cf. Bulletin CFB 4 p. 5 ss.), l'étendue de la revision n'a pas été présentée sous forme de valeurs; elle a au contraire été convertie en heures de revision qui ont été mises en relation avec l'effectif du personnel des banques. Il a de cette manière été tenu compte du fait que la revision ne porte pas seulement son attention sur des montants exprimés en unités monétaires mais également sur l'activité des personnes.

Par rapport au nombre total de personnes occupées (sans les banques cantonales et les caisses Raiffeisen), la part de la revision s'élève en moyenne à 1,09% pour l'ensemble des banques prises en considération (cf. tableau 1: Proportion entre le nombre de reviseurs et l'effectif du personnel).

Tableau 1: Proportion entre le nombre de reviseurs et l'effectif du personnel 1977 – 1985

Groupes de banques		Effectif du personnel par institut: 1 – 5 coll. Nombre d'instituts	1 – 5 coll. Proportion %	6 – 50 coll. Nombre d'instituts	6 – 50 coll. Proportion %	plus de 50 coll. Nombre d'instituts	plus de 50 coll. Proportion %	Total Nombre d'instituts	Total Proportion %
Grandes banques	1977	–	–	–	–	5	0,66	5	0,66
	1985	–	–	–	–	5	0,63	5	0,63
Banques régionales et c. d'épargne	1977	91	2,4	104	0,9	24	1,2	219	1,18
	1985	64	3,95	114	1,34	35	1,38	213	1,44
Banques commerciales	1977	7	2,3	20	1,8	9	1,4	36	1,47
	1985	2	2,56	9	2,69	14	1,63	25	1,67
Banques spéc. opér. de bourse	1977	4	2,8	28	1,3	13	1,2	45	1,21
	1985	5	3,75	22	1,73	17	1,78	44	1,79
Banques de petits crédits	1977	2	2,4	7	0,9	4	0,7	3	0,73
	1985	–	–	6	1,07	6	2,24	12	2,10
Banques en mains étrangères	1977	1	1,6	49	1,7	33	1,9	83	1,85
	1985	–	–	48	2,16	56	2,27	104	2,26
Succursales de banques étrangères	1977	–	–	5	1,9	9	1,9	14	1,95
	1985	–	–	3	1,34	11	2,55	14	2,50
Banquiers privés	1977	–	–	15	0,7	12	0,9	27	0,88
	1985	–	–	12	1,26	11	1,29	23	1,31
Total	1977	105	2,4	228	1,4	109	0,9	442	0,94
	1985	71	3,87	214	1,67	155	1,05	440	1,09
Total sans les grandes banques	1977					104	1,5	437	1,45
	1985					150	1,91	435	1,89
Banques cantonales	1985	–	–	–	–	29	1,43	29	1,43

Sans tenir compte des grandes banques (0,63%) qui, de par leur importance, influencent fortement le résultat global, cette moyenne atteint 1,89%. Les succursales de banques étrangères ainsi que les banques en mains étrangères présentent le rapport le plus élevé. Avec 3,87%, la proportion des heures de revision par rapport à l'ensemble des heures de travail est la plus forte dans la catégorie des banques dont l'effectif du personnel est très petit (jusqu'à 5 collaborateurs); elle est à peu près identique dans la catégorie des banques moyennes (de 6 à 50 collaborateurs) et dans celle des instituts qui occupent plus de 50 collaborateurs – à l'exclusion des grandes banques – où elle s'élève respectivement à 1,67% et 1,91%.

L'étendue de la revision a augmenté dans tous les groupes de banques à l'exception de celui des grandes banques de manière plus que proportionnelle par rapport à l'augmentation du personnel. Par contre, l'ampleur prise par la revision n'est pas en relation avec l'augmentation de l'activité commerciale. Les collaborateurs traitent individuellement en moyenne un volume d'affaires plus grand que celui de 1978. Il ne fait pas de doute que l'informatique a contribué de manière essentielle à ce développement.

La question de savoir quelles étaient les banques qui avaient créé un inspectorat interne constituait un autre objectif (cf. tableau 2: Proportion des banques, réparties selon l'effectif du personnel, qui disposent d'un inspectorat interne). Alors que les instituts de moins de 50 collaborateurs n'ont que rarement mis en place un inspectorat interne, ceux qui occupent entre 51 et 100 collaborateurs et qui disposent d'un inspectorat voient leur part s'élever à 68%. Les banques plus grandes disposent sans exception d'un inspectorat. Le seuil critique de la création d'un inspectorat interne se situe par conséquent aux environs de 50 collaborateurs. Il est évident que le nombre de personnes occupées ne peut pas à lui seul être déterminant. La structure et le cercle des activités sont des éléments tout aussi importants. Alors que le nombre de banques est resté comparable, le nombre d'inspectorats internes a augmenté de 107 à 165.

L'évaluation des données recueillies confirme en général amplement les résultats de l'enquête de 1978. Des écarts significatifs n'ont pas été décelés. Les chiffres présentés ne doivent certainement pas être considérés comme une norme mais au contraire simplement

Tableau 2:
Proportion des banques, réparties selon l'effectif du personnel, qui disposent d'un inspectorat interne

Collaborateurs / Groupes de banques		1 – 5			6 – 50			51 – 100			plus de 100			Total		
		Nombre d'instituts			Nombre d'instituts			Nombre d'instituts			Nombre d'instituts			Nombre d'instituts		
		total	avec insp.		total	avec insp.		total	avec insp.		total	avec insp.		total	avec insp.	
			total	en %		total	en %		total	en %		total	en %		total	en %
Grandes banques	1977	–	–	–	–	–	–	–	–	–	5	5	100	5	5	100
	1985	–	–	–	–	–	–	–	–	–	5	5	100	5	5	100
Banques régionales et c. d'épargne	1977	91	–	–	104	1	1	7	5	71	17	16	94	219	22	10
	1985	64	–	–	114	5	4	18	10	56	17	17	100	213	32	15
Banques commerciales	1977	7	–	–	20	2	10	2	–	–	7	6	86	36	8	22
	1985	2	–	–	9	2	22	5	3	60	9	9	100	25	14	56
Banques spéc. opér. de bourse	1977	4	–	–	28	3	10	7	4	57	5	4	80	45	12	27
	1985	5	–	–	22	2	9	6	5	83	11	11	100	44	18	41
Banques de petits crédits	1977	2	–	–	7	–	–	–	–	–	4	4	100	13	4	31
	1985	–	–	–	6	–	–	2	2	100	4	4	100	12	6	50
Banques en mains étrangères	1977	1	–	–	49	10	20	15	13	87	19	18	95	83	41	49
	1985	–	–	–	48	18	38	26	21	81	30	30	100	104	69	66
Succursales de banques étrangères	1977	–	–	–	5	1	20	4	4	100	5	4	80	14	9	64
	1985	–	–	–	3	3	100	1	1	100	10	10	100	14	14	100
Banquiers privés	1977	–	–	–	15	1	7	5	2	40	7	4	57	27	7	26
	1985	–	–	–	12	–	–	5	1	20	6	6	100	23	7	30
Total	1977	105	–	–	228	18	8	40	28	70	69	61	88	442	107	24
	1985	71	–	–	214	30	14	63	43	68	92	92	100	440	165	38
Banques cantonales	1985	–	–	–	–	–	–	5	5	100	24	24	100	29	29	100

comme un élément d'appréciation pour chaque banque. Le nombre d'heures de revision ne peut pas à lui seul être un élément déterminant de l'examen efficace d'une banque. La qualité de la revision interne comme externe a au minimum une signification tout aussi importante. Celle-ci ne peut cependant pas être quantifiée.

Les résultats de l'enquête seront publiés de manière plus complète dans l'un des prochains Bulletins.

5. Relations avec d'autres Autorités et des Associations

5.1 Autorités fédérales

L'intégration dans l'ordonnance d'exécution des nouvelles prescriptions sur les liquidités a été traitée en étroite collaboration avec le Département fédéral des finances (Service juridique ainsi que Division «Monnaie, économie, trésorerie»). La Commission des banques a également été invitée par le Département des finances à prendre position sur les questions émanant du Parlement au sujet des nouveaux instruments financiers, de l'endettement international, de la convention relative à l'obligation de diligence des banques, de l'activité de la SOFFEX ainsi que de la relation entre la place financière suisse et la Principauté du Liechtenstein.

L'examen de la réciprocité avec le Japon (art. 3bis al. 1 let. a LB) s'est poursuivi en collaboration avec le Service économique et financier du Département fédéral des affaires étrangères.

A la demande de la Commission compétente du Conseil des Etats, la Commission des banques a examiné la question de savoir comment la dissolution de réserves latentes pourrait être réglée dans le nouveau droit de la société anonyme.

La Commission des banques a en outre été entendue par la Commission des cartels dans le cadre de l'enquête sur l'état de la concurrence dans le domaine bancaire.

5.2 Banque Nationale Suisse

Les nouvelles prescriptions en matière de liquidités ont été élaborées en commun avec la Banque Nationale Suisse. (cf. ch. 1.1, p. 140 ss.).

Lors des deux séances annuelles traditionnelles, la Commission des banques a discuté avec le Directoire de la Banque Nationale Suisse notamment:

- de l'extension envisagée du champ d'application de la loi sur les banques (cf. ch. 1.2, p. 143 ss.)
- du renouvellement de la convention relative à l'obligation de diligence des banques (cf. ch. 3.1.1, p. 151 ss.)
- de la future réglementation, élaborée par l'Instance suisse d'admission à la bourse, en matière de cotation des papiers-valeurs étrangers
- de l'activité de la SOFFEX (Swiss Options and Financial Futures Exchange)
- du problème de l'endettement international et des provisions constituées par les banques en relation avec les risques-pays.

5.3 Autorités de surveillance étrangères

Cette année aussi, le Comité des règles et pratiques de contrôle bancaire de la Banque des Règlements Internationaux (Cooke Committee) s'est réuni chaque trimestre. Il a essentiellement axé ses travaux sur la «Convergence de la mesure et des normes de fonds propres». Le concept des fonds propres développé par le Comité et préalablement mis en consultation auprès des banques des douze Etats membres poursuit trois buts. La dotation en fonds propres des banques actives sur le plan international doit en premier lieu être comparable. La stabilité du système financier international doit de plus être renforcée par la fixation d'un standard minimum de fonds propres. Enfin, une saine concurrence entre les banques actives sur le marché international doit être favorisée. Une fois adopté, le cadre des fonds propres aura pour les Etats membres le caractère d'une recommandation particulièrement contraignante et non pas celui d'une convention de droit international obligatoire.

Une définition générale des risques qui affectent le capital est à

la base du concept. Le capital déterminant, subdivisé en une catégorie 1 (fonds propres au sens étroit: capital-actions versé et réserves apparentes) et en une catégorie 2 (fonds propres au sens large: réserves latentes, réserves de réévaluation d'actifs, provisions générales, instruments financiers «hybrides» ainsi que les engagements subordonnés) sera défini de manière uniforme. Les actifs du bilan seront pondérés selon cinq catégories de risque.

Le risque initial contenu dans les opérations hors bilan sera calculé au moyen d'un facteur de conversion en équivalent-crédit dépendant du genre et de la durée de l'opération. Le montant en équivalent-crédit des engagements liés aux taux de change et aux taux d'intérêt (swaps, opérations de change à terme, options et futures) sera déterminé de manière analogue. Les risques pondérés de crédit seront rapportés aux fonds propres de façon à obtenir un ratio-objectif standard. Il devra atteindre un certain minimum.

Du point de vue suisse, le projet ne peut qu'être favorablement accueilli. En regard de l'importance des relations internationales de nos banques, soumises à de hautes exigences en fonds propres, notre pays est intéressé à ce que les normes de fonds propres soient renforcées sur le plan international. Il est évidemment bien entendu que chaque Etat peut édicter au niveau interne des normes de fonds propres plus élevées que celles exigées au plan international.

Le Comité a par ailleurs entrepris des démarches dans le cadre de la lutte contre l'usage abusif du système bancaire à des fins délictueuses. Un premier projet d'un «Code de conduite» qui s'adressera aux banques et qui s'appuie sur la convention suisse relative à l'obligation de diligence, est à l'étude.

Lors de la rencontre annuelle des autorités de surveillance de la République fédérale d'Allemagne, d'Autriche et de Suisse qui s'est déroulée à Lugano les 5 et 6 octobre 1987, les participants ont procédé à un vaste échange de vue au sujet des perspectives de développement du droit dans le domaine de la surveillance bancaire, des projets d'harmonisation au sein de la Communauté européenne, de l'imbrication réciproque des activités des banques et des sociétés d'assurance ainsi que de la publicité des banques et des fonds de placement qui dépasse les frontières.

5.4 Associations

Les délégations de l'Association suisse des banquiers et de la Commission des banques se sont rencontrées à trois reprises. Elles ont notamment abordé les sujets suivants:

- la recommandation de l'Association suisse des banquiers intitulée «Le contrôle interne dans les banques: une tâche de la direction» (cf. ch. 2, p. 150 s.)
- la convention XIX de l'Association suisse des banquiers relative aux «notes» émises par des débiteurs étrangers (cf. ch. 3.7, p. 170 ss.)
- la nouvelle convention relative à l'obligation de diligence des banques (cf. ch. 3.1.1, p. 151 ss.)
- l'augmentation possible des provisions pour risques-pays (cf. ch. 3.2 p. 161 s.)
- la formation du personnel bancaire et l'information des clients en relation avec l'ouverture prochaine de la SOFFEX (Swiss Options and Financial Futures Exchange)
- la création, par les banques suisses, de nouveaux fonds de placement à l'étranger (cf. ch. 3.2, p. 191 s.)
- le nouveau règlement modèle des fonds de placement mobiliers (cf. ch. 2. p. 190 s.)

La Commission des banques est restée en contact avec la Chambre suisse des Sociétés fiduciaires et des Experts-comptables à propos des problèmes suivants:

- reconnaissance des reviseurs responsables (cf. ch. 3.4, p. 165 ss.)
- enquête sur l'étendue de la revision dans les banques en Suisse (cf. ch. 4, p. 176 ss.)
- détermination des fonds propres effectifs et analyse du compte de résultat (cf. ch. 2, p. 150)
- tarif des indemnités pour la revision des banques et des fonds de placement

La Commission des banques a procédé à un échange de vues avec diverses associations représentant des groupes de banques sur des questions particulières ainsi que sur leur situation et leurs perspectives d'avenir.

5.5 Conférence des institutions de revision

La conférence annuelle des institutions de revision s'est tenue à Berne le 26 novembre 1987. Les sociétés de revision bancaire agréées par la Commission des banques y ont délégué une cinquantaine de collaborateurs. Les principaux thèmes abordés à cette occasion concernaient:

- l'orientation sur les perspectives et les possibilités de légiférer dans le domaine de la surveillance bancaire (cf. ch. 1, p. 140 ss.)
- la reconnaissance des reviseurs responsables (cf. ch. 3.4, p. 165 ss.)
- la clarté et la sincérité du bilan (cf. ch. 3.3, p. 162 ss.)
- le traitement des engagements de la banque-mère et du groupe envers les banques en mains étrangères en Suisse
- l'orientation sur l'enquête «Etendue de la revision dans les banques en Suisse» (cf. ch. 4, p. 176 ss.)
- la dissolution de réserves latentes en couverture de pertes sur titres (cf. ch. 3.3, p. 164)

6. Affaires traitées (statistiques)

6.1 Séances

Lors de treize séances, dont certaines portant sur deux jours, la Commission des banques s'est occupée de 332 affaires (260 l'année précédente).

6.2 Décisions

Durant l'année sous revue, la Commission des banques a rendu 64 (51) décisions qui ont concerné les domaines suivants:

• Autorisations en vertu des articles 3, 3bis et 3ter LB	34 (21)
• Assujettissement de sociétés financières à caractère bancaire aux articles 7 et 8 LB	12 (14)
• Changement d'institution de revision bancaire selon l'article 39 alinéa 2 OB	11 (5)
• Fonds propres, liquidité et répartition des risques	1 (2)

• Comptes annuels	2	(–)
• Garantie d'une activité irréprochable, organisation interne	1	(–)
• Exercice d'une activité bancaire sans autorisation	–	(2)
• Divers	13	(7)

Sur ces 64 décisions, une seule a fait l'objet d'un recours de droit administratif au Tribunal fédéral. La décision était encore pendante à la fin de l'année (cf. ch. 3.3, p. 163).

6.3 Recommandations et annonces de répartition des risques

En se fondant sur les directives générales et la pratique de la Commission des banques, le Secrétariat s'efforce de régler les cas d'espèce tout d'abord par la voie d'une «recommandation» au sens de l'art. 5 RO-CFB. Par ses recommandations, le Secrétariat invite la banque à adopter, dans un laps de temps déterminé, un certain comportement et lui fixe un délai donné pour dire si elle l'accepte. En cas de refus, le Secrétariat soumet l'affaire pour décision à la Commission des banques.

Durant l'année écoulée, 65 (29) recommandations ont été émises. Elles ont toutes été acceptées par les banques à l'exception d'une seule. A la fin de l'année 1987, la Commission des banques ne s'était pas encore prononcée. Les recommandations concernaient les domaines suivants:

• Répartition des risques	11	(10)
• Comptes annuels	49	(17)
• Organisation	3	(1)
• Divers	2	(1)

Le nombre des annonces de répartition des risques selon l'art. 21 OB traité par le Secrétariat a fortement diminué par rapport à l'année précédente (142 annonces en 1987 contre 184 en 1986).

7. Banques, sociétés financières et institutions de revision assujetties à la loi

7.1 Etat à la fin 1987

• Banques (dont 113 en mains étrangères et 33 succursales de banques étrangères)	512	(507)
• Caisses Raiffeisen	1229	(1230)
• Fédération Vaudoise des Caisses de Crédit Mutuel	14	(14)
• Sociétés financières à caractère bancaire, complètement assujetties	4	(4)
• Sociétés financières à caractère bancaire, assujetties aux seuls articles 7 et 8 LB	135	(123)
• Représentations de banques étrangères	73	(68)
• Banques étrangères autorisées à faire appel au public pour obtenir des fonds en dépôt auprès d'un intermédiaire en Suisse	18	(17)
• Institutions de revision agréées pour la revision des banques	22	(22)

7.2 Autorisations délivrées en 1987

Banques

- Bank Innova Zurich AG, Zurich; nouvelle création
- Bank Sarasin & Cie, Basel; transformation de A. Sarasin & Cie, Basel, en société en commandite par actions
- Banque Karfinco SA, Genève; transformation de Karfinco SA, Genève, en banque
- Banque Prigest SA, Neuchâtel; nouvelle création et reprise de Bonhôte & Cie, Neuchâtel
- Carlton Bank AG, Zurich; nouvelle création
- PBG PrivatBank Genève SA, Genève; nouvelle création
- Privatbank Vermag AG, Chur; nouvelle création
- Standard Chartered Bank, London, Zurich Branch; ouverture d'une succursale à Zurich

Représentations

- Allgemeine Wertverkehrsbank AG, Budapest; création d'une représentation à Bâle
- Finanzbank Ltd., Johannesburg; création d'une représentation à Zurich
- Genossenschaftliche Zentralbank AG, Wien; création d'une représentation à Zurich
- First National Bank of Atlanta, Georgia; création d'une représentation à Zurich
- Morgan Stanley & Co. Inc., New York; création d'une représentation à Zurich
- Udruzena Kosovska Banka «Bankkos», Pristina (Yougoslavie); création d'une représentation à Zurich

Banques étrangères autorisées à obtenir des fonds en dépôt en Suisse

- Udruzena Kosovska Banka «Bankkos», Pristina (Yougoslavie)

Sociétés financières à caractère bancaire (assujetties aux seuls articles 7 et 8 LB)

- Alpha Securities AG, Pfäffikon
- BAII Finance SA, Genève
- Baskefinanz AG, Zurich
- Drexel Burnham Lambert Finanz AG, Zurich
- Fintrelex SA, Trélex
- Fuji Investment Management AG, Zurich
- Kokusai (Schweiz) AG, Zurich
- L.F. Rothschild & Cie AG, Zurich
- Merrill Lynch Capital Market AG, Zurich
- Tokyo Securities (Schweiz) AG, Zurich
- Toyo Trust Finanz (Schweiz) AG, Zurich

7.3 Cessation de l'activité

Cessation de l'activité bancaire

- A. Sarasin & Cie, Basel; transformation en société en commandite par actions
- Bonhôte & Cie, Neuchâtel; reprise par Banque Prigest SA, Neuchâtel

Cessation de l'activité comme représentant

- Bankers Trust Company, New York

Cessation de l'activité comme Caisse Raiffeisen

- Raiffeisenkasse Vitznau, Vitznau

IV. Surveillance des fonds de placement

1. Pratique de l'autorité de surveillance

1.1 Portefeuilles collectifs internes des banques

Un certain nombre de banques suisses ont créé, dans le cadre de leur activité de gérance de fortunes, un ou plusieurs portefeuilles collectifs internes, afin de rationaliser la gérance des dossiers de clients pour lesquels une gérance individuelle n'est pas rentable.

Ces portefeuilles collectifs contiennent en tout cas trois des quatre éléments du fonds de placement, à savoir le placement collectif, la répartition des risques et la gestion par un tiers. C'est le quatrième élément de la définition du fonds de placement, c'est-à-dire l'appel au public, qui est déterminant pour juger si un portefeuille collectif interne doit être soumis à la loi sur les fonds de placement. Si l'appel au public est réalisé, le portefeuille collectif est considéré comme un fonds de placement. Si l'appel au public n'est pas réalisé, le portefeuille collectif n'est pas soumis à la loi.

D'après l'article 1 de l'ordonnance sur les fonds de placement, est réputée appel au public au sens de la loi toute sollicitation d'argent qui ne s'adresse pas seulement à un cercle restreint de personnes, comme par exemple appel par prospectus, annonces, affiches, circulaires, aux guichets des banques, etc.

Afin que la publicité ne s'adresse qu'à un cercle restreint de personnes, le cercle des intéressés doit être d'une part déterminé et, d'autre part, il doit être petit (ATF 107 I b 365).

Ayant constaté que les portefeuilles collectifs internes des banques étaient en train de connaître un développement important, la Commission des banques a entrepris en 1987 une enquête auprès de toutes les catégories de banques susceptibles d'avoir de tels portefeuilles collectifs afin de se renseigner sur leur importance actuelle, sur leur développement et surtout sur le nombre des participants et le cercle des clients auxquels ils sont réservés.

1.2 Europrogramme

Les fonds Europrogramme International (EPR) et Europrogramme International Série 1969 (EPR 69) sont en liquidation depuis le 30

septembre 1985 (cf. rapports de gestion 1984 p. 57 ss., 1985 p. 52 et 1986 p. 147/8).

Pour EPR, l'avancement des opérations de liquidation a permis en juin 1987 un deuxième remboursement de frs. 250.–, après le premier remboursement de même montant intervenu l'année précédente.

Les efforts déployés par la direction pour vendre «en bloc» les immeubles d'EPR 69 ont abouti à la conclusion en juin 1987 d'un contrat par lequel l'ensemble des immeubles du fonds sont vendus à la Société Pacchetti S. p. A. de Milan. Cet accord n'est cependant pas encore définitif. La Société Pacchetti a la possibilité de se retirer du contrat pendant un certain délai et les autorisations nécessaires pour réaliser cette opération doivent encore être obtenues des autorités italiennes compétentes.

2. Règlement modèle pour les fonds de placement mobiliers

Au cours de l'année 1987, la Commission des banques, dans plusieurs séances, s'est occupée activement du projet de nouveau règlement modèle pour les fonds de placement en valeurs mobilières que l'Association suisse des banquiers lui a soumis en été 1986, (cf. rapport de gestion 1986 p. 148/9).

A côté d'un certain nombre d'adaptations, en particulier celles qui sont devenues nécessaires à la suite de la modification du 6 novembre 1985 de l'ordonnance sur les fonds de placement, ce projet se concentre essentiellement sur l'introduction dans les règles de la politique de placement des nouveaux instruments financiers. Le projet prévoit notamment une disposition permettant l'achat d'options (calls) pour autant que la contre-valeur des titres faisant l'objet de l'option soit couverte par des liquidités et une autre disposition d'après laquelle les options, les futures et les opérations à terme sont autorisées à la condition expresse qu'ils ne servent qu'à la couverture des risques de cours et de change et des risques liés aux fluctuations des taux d'intérêt sur des placements existants ou sur des liquidités.

Bien que la Commission des banques n'ait pas encore arrêté définitivement sa position au sujet de ce projet, on peut déjà dire qu'elle

envisage de permettre une plus grande flexibilité dans l'utilisation des options et des futures, dans la mesure où ces instruments sont utilisés pour couvrir des risques. Les circulaires no 14 (ventes de devises à terme pour assurer le change) et no 17 (opérations à option et opérations à prime) seront modifiées dans ce sens.

Les fonds de placement suisses dans le cadre international

3.1 Relations internationales

Un échange d'expériences et d'informations a lieu chaque année entre les représentants des autorités de surveillance des fonds de placement des Etats membres de la Communauté européenne, de la Suède, des USA, du Canada et de la Suisse. En 1987, la réunion a été organisée à Paris par la Commission française des opérations de bourse.

Cette conférence s'est occupée notamment de l'évolution de la législation sur les fonds de placement dans les pays participant à la réunion et de l'utilisation dans la gestion des fonds de placement des nouveaux instruments financiers. La discussion a montré que dans tous les pays, cette question figure parmi les principaux problèmes qui se posent actuellement aux autorités de surveillance. On relèvera que la directive de la Communauté européenne autorise le recours à ces «techniques et instruments» en vue d'une bonne gestion du portefeuille. Ce n'est toutefois qu'avec prudence et pas à pas que les différents pays admettent les options et les futures. La tendance générale qui se dégage est que ces instruments doivent être avant tout utilisés pour la couverture de risques.

3.2 Création par des banques suisses de fonds de placement à l'étranger

Dans ses rapports de gestion de 1984 (p. 56) et 1985 (p. 49/50), la Commission des banques relevait la création par les banques suisses de fonds de placement à l'étranger. Depuis lors, ce phénomène

s'est poursuivi et il a même pris une telle importance que cette évolution préoccupe la Commission des banques.

Le risque existe qu'une partie non négligeable de l'industrie suisse des fonds de placement ne soit plus régie à l'avenir par la loi fédérale sur les fonds de placement, ce qui ne correspond certainement pas aux intentions du législateur.

Il ressort des explications fournies par les banques que trois raisons principales peuvent conduire à la création de fonds de placement à l'étranger:

- par rapport à l'étranger, la place financière suisse ne serait plus concurrentielle, notamment du point de vue fiscal (timbre d'émission et timbre de négociation). Il serait donc plus avantageux de créer des fonds de placement à l'étranger;
- la loi fédérale sur les fonds de placement n'aurait pas évolué ces 20 dernières années. Certaines de ses dispositions seraient trop rigides et ne seraient plus adaptées aux nécessités actuelles;
- à la suite de la directive du conseil des Communautés européennes, du 20 décembre 1985 (cf. rapport de gestion 1986 p. 148), il va se créer dans les pays membres du marché commun un vaste marché libre car les parts d'un fonds de placement domicilié dans un pays membre de la Communauté pourront sans autre être commercialisées dans les autres pays de la Communauté. En créant un fonds de placement dans un pays membre du marché commun, la banque suisse se donnerait la possibilité de vendre les certificats de ce fonds dans l'ensemble des pays de la Communauté européenne.

La création par des banques suisses de fonds de placement à l'étranger n'est donc pas due à des causes temporaires. Tant que ces causes existeront, le phénomène va continuer. Il est même vraisemblable qu'il va encore s'amplifier lorsque les pays du marché commun auront réalisé leur vaste marché libre. La Commission des banques attirera l'attention du Conseil fédéral sur cette situation.

4. Affaires traitées

Durant l'année 1987, 100 affaires (contre 110 en 1986) ont été traitées par la Commission des banques. Comme l'année précédente, aucune décision n'a fait l'objet d'un recours au Tribunal fédéral.

5. Développement des fonds de placement en 1987

	Nombre au 31.12.		Fortune des fonds au 30.9. en mio de frs.		Emissions ./. Rachats au 30.9. en mio de frs.	
	1987	1986	1987	1986	1987	1986
Fonds mobiliers	140	132	26'351	20'398	4'016	4'952
Fonds immobiliers	32	33	7'535	6'530	842	383
Total	172	165	33'886	26'928	4'858	5'335
Fonds étrangers autorisés à faire appel au public	98	73			1'718	848

De plus, six fonds de placement se trouvent en liquidation soit quatre fonds immobiliers (Europrogramme International, Europrogramme International Série 1969, hbg – Immobilienfonds et Lifo-Anlagefonds) et deux fonds mobiliers (Intercontinental Trust et Intervalor). Le fonds de placement Sogeloc Obligations Internationales I a été liquidé durant l'exercice sous revue.

Les deux seuls fonds mixtes qui existaient encore au début de 1987 se sont transformés l'un en fonds mobilier et l'autre en fonds immobilier. Il se confirme ainsi que la formule des fonds de placement mixte (placement d'un côté en titres et d'un autre côté en immeubles) n'a pas pu s'imposer.

La forte augmentation du nombre des nouveaux fonds de placement qui avait été enregistrée ces dernières années a continué en 1987 mais sans que le record absolu de 1986 soit atteint. Durant l'année 1987, neuf nouveaux fonds mobiliers ont été créés:

- EMETAC
- GAM (CH) Mondial
- GAM (CH) America
- GAM (CH) Pacific
- Gesti CH
- Gold-Invest
- RBC Worldwide Fund
- RBC Government Securities Fund
- Skandinavien-Invest

La commercialisation de parts de fonds de placement étrangers a aussi continué à rencontrer beaucoup d'intérêt. Vingt-cinq fonds ont été admis à faire appel au public en Suisse. Les autorisations sont allées à huit banques requérantes. Dans trois cas il s'agit de fonds étrangers qui sont proches d'établissements bancaires suisses (cf. ch. 3.2, p. 192).

V. Surveillance des lettres de gage

1. Revision des centrales d'émission de lettres de gage

Le Secrétariat de la Commission des banques doit s'assurer chaque année que les comptes annuels des centrales d'émission sont bien conformes, quant à la forme et au fond, aux prescriptions légales, statutaires et réglementaires et que les dispositions de la loi sur l'émission de lettres de gage (LLG) sont respectées (art. 42 LLG). Les institutions de revision bancaire examinent, pour leur part, le registre des gages et la couverture des prêts chez les membres des centrales.

Les revisions opérées en 1987 (comptes annuels 1986 de la Banque des Lettres de gage d'Etablissements suisses de Crédit hypothécaire, Zurich, et comptes annuels 1986/1987 de la Centrale de Lettres de gage des Banques cantonales suisses, Zurich) n'ont donné lieu à aucune remarque particulière.

2. Modification de l'ordonnance sur l'émission de lettres de gage

Lors de l'exécution des travaux de revision précités, les centrales d'émission et la Commission des banques ont constaté conjointement que certaines dispositions de l'ordonnance sur l'émission de lettres de gage, en particulier les prescriptions de présentation des comptes ainsi que la formule des lettres de gage, ne sont plus d'actualité. Elles devront être adaptées aux exigences actuelles lors de la prochaine revision de l'ordonnance sur l'émission de lettres de gage.

VI. Commission des banques et Secrétariat

1. Commission des banques

Atteint par la limite d'âge fixée pour les membres des commissions extraparlementaires, M. Paul Ehrsam, docteur en droit, a quitté ses fonctions au sein de la Commission des banques à la fin de l'année 1987. Pour le remplacer, le Conseil fédéral a nommé, à partir du 1er janvier 1988, M. Peter Nobel. La Commission des banques est ainsi à nouveau composée, comme auparavant, de sept membres.

2. Secrétariat

Le 31 mai 1987, M. Jacques B. Schuster, sous-directeur et remplaçant du directeur du Secrétariat, a été mis prématurément à la retraite pour des raisons de santé. M. Schuster était chef du service des autorisations et des fonds de placement. Grâce à ses excellentes connaissances et à sa force de persuasion M. Schuster a influencé de manière très importante l'application de la loi sur les fonds de placement entrée en vigueur le 1er février 1967. La Commission des banques lui exprime ses remerciements pour sa précieuse contribution à la surveillance des banques et des fonds de placement. Depuis le 1er juin 1987, M. Romain Marti, promu sous-directeur par la Commission des banques, dirige le service des autorisations. A partir de la même date, la Commission des banques a désigné M. André Cornu, docteur en sciences économiques, responsable des fonds de placement. Me Daniel Zuberbühler, sous-directeur et chef du service juridique, a été promu remplaçant du directeur avec effet au 1er juin 1987. Le Conseil fédéral l'a nommé directeur-suppléant à partir du 1er janvier 1988.

M. Paul Sommer, docteur en sciences économiques, chef du service de revision, a quitté le Secrétariat à la fin du mois de février 1987. Pour le remplacer, la Commission des banques a nommé M. Kurt Lindegger, promu sous-directeur.

L'effectif du personnel du Secrétariat, approuvé par le Conseil fédéral, s'élève à 27½ postes de travail qui sont occupés par 30 collaboratrices et collaborateurs, dont 5 à temps partiel.

3. Comptes annuels

Les frais découlant de la surveillance des banques et des fonds de placement sont supportés par les entreprises soumises à cette surveillance. Les émoluments qui sont prélevés par la Commission des banques sont arrêtés de manière à ce qu'ils couvrent ses frais et ceux de son Secrétariat.

Les dispositions régissant les comptes de la Confédération s'appliquent aussi à la comptabilité de la Commission des banques. La Commission des banques figure dès lors sous la rubrique correspondante des comptes de la Confédération.

Les comptes de l'année 1987 se présentent comme suit:

	Dépenses		Recettes	
	1987 frs.	1986 frs.	1987 frs.	1986 frs.
Autorités et personnel	2'732'000	2'640'424		
Frais généraux	2'388'811	2'312'966		
Emoluments de surveillance				
- Banques			3'959'998	4'168'218
- Fonds de placement			504'505	450'957
Emoluments d'arrêté et d'écritures			544'519	610'216
Report des années précédentes			383'678	107'686
Report à compte nouveau	271'898	383'687		
	5'392'709	5'337'077	5'392'709	5'337'077

Le Président: Dr. Hermann Bodenmann

Le Directeur: Dr. Kurt Hauri

Berne, fin janvier 1988

EBK CFB